H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 135
März | April 2012
2,50 Euro

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



DRESDENS NAZIAUFMARSCH

KURZE RUNDE

NAZIS **NSU UND KEIN ENDE**

BRAUNZONE **RECHTER KNIEFALL VOR FRIEDRICH II.**

EXTRATERRESTRISCH **»REICHSFLUGSCHEIBEN«**

INTERNATIONAL **»DÄNISCHE VOLKSPARTEI«**

SEITE 3

Dresden 2012 3

NAZIS

Aufarbeitung NSU 4
Chronologie des Terrors II 5
VS & Demokratie 6
NSU-UnterstützerInnen 8
Rechtsanwalt Harsch trennt sich 9
Angriff auf NSU-Gedenken 10
Gewalt in Bayern 11
KS Aachener Land 12
Porträt Vogelsbergkreis 13
Aufmarsch in Magdeburg 14
Zwei Jahre »Zuerst!« 15
Nazi-Ufos und Rechte 16
Nazi-Ufos und SciFi 18
Immobilienkauf in Thüringen 20

BRAUNZONE

Friedrich II. Rezeption 21
Porträt Moeller van den Bruck 22
»Freie Wähler« 24
VDSt Bremen 25
Hamburger Burschenschaft 26

INTERNATIONAL

»Dänische Volkspartei« 27
Schwedens extreme Rechte 29

Rezensionen 31

EDITORIAL

Die brutalen Morde, der organisierte Charakter und das langjährige Untergrundleben: In Politik und Medien bestimmte die Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) die Diskussion über den Neonazismus und die extreme Rechte in Deutschland. Zehn Menschen sind dem NSU und seinem Unterstützernetzwerk um und bei der NPD und »Blood & Honour« doch auch zum Opfer gefallen. Tote, die die Sicherheitsbehörden und Geheimdienste mit zu verantworten haben, weil sie ihren selbst gestellten Aufgaben nicht gerecht wurden. Breit und weit reichend muss denn auch die Debatte geführt werden.

Der herrschende Diskurs wird aber längst zum Alibi: Je mehr über den NSU gesprochen wird, desto weniger wird über den »Extremismus der Mitte« und die gesellschaftlichen Bedingungen des »Rechtextremismus« geredet. In diesem Jahr legte die Forschungsgruppe um Wilhelm Heitmeyer nach zehn Jahren zum letzten Mal ihre Studienergebnisse zur »Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit« mit erschreckenden Ergebnissen vor. Heitmeyer warnt, dass gerade in den »höheren Einkommensgruppen« die »deutlichsten Anstiege« für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie, Sexismus, Obdachlosenabwertung und Abwertung von Langzeitsarbeitslosen zu beobachten waren. Kurz: Die gesellschaftliche Mitte »entkultiviert«. Sie verkörpert eine »rohe Bürgerlichkeit«, die wenig Empathie und Solidarität aufbringt. Dass die betroffenen Milieus da lieber über die Brutalität und Einstellung »der anderen«, dieser »dumpfgewaltbereiten Rechtsextremen« reden, statt über sich, gehört zu ihrer Selbstwahrnehmung, die »gute Mitte« zu sein.

Im aktuellen DERRECHTERAND wird sich dieser Logik nicht folgend wieder mit den verschiedenen Erscheinungsformen der extremen Rechten auseinandergesetzt.

Auf die »Reichsscheiben«, die Nazi-Ufos und Verschwörungen mit Außerirdischen wird breit geschaut, blühen doch diese Ideen seit längerem auf. Auch hier rekrutiert die Szene neue Anhänger und Nachwuchs, hier vergewissert sie sich selbst gegen die Realität und flüchtet sich in Nebenwelten, die ihren heroischen, elitären, technokratischen und mythischen Gesellschaftsvorstellungen entsprechen. Der aktuelle DERRECHTERAND eröffnet auch in dieser Ausgabe wieder eine andere Perspektive auf die rassistische Mordserie. Das vollständige Versagen des Staates und der damit verbundene Geheimdienst-Skandal hätte zu politischen Konsequenzen führen müssen. Ein paar Rücktritte, eine ernsthafte Debatte um die Auflösung oder wenigstens radikale Umstrukturierungen und Kontrollen der Geheimdienste wären das Mindeste gewesen. Doch nichts davon findet parlamentarische Mehrheiten, nichts davon wird auf der Straße nachdrücklich gefordert. Die Regierungen und Sicherheitsbehörden, die kurzfristig in den Augen vieler als mitverantwortlich für den Terror galten, haben den Schwall der Empörung umgelenkt. Statt kritischer Reflektion, schnelle Chancennutzung für den Ausbau des Sicherheitsstaates und dem Abbau von Bürgerrechten. Einen Stärkung der »Zivilgesellschaft« wird so nicht betrieben. Diese steht aber auch weiterhin dank der Extremismusklausel der Bundesregierung unter Pauschalverdacht.

TERMINE

Nächste DERRECHTERAND-Ausgabe:
Anfang Mai 2012,
Redaktionsschluss: 10. April 2012

FOTOS

Bildarchiv DRR (S. 5, S. 26)
Antifa-Archiv Düsseldorf (S. 8)
Kombinat Fortschritt (S. 10)
Robert Andreasch (S. 11)
P. Juelich (S. 13)

Deutungskämpfe

Bundeskanzlerin befeuerte den neuen Mythos von Dresden

Der Saal des Konzerthauses Berlin wurde dunkel gehalten. Die Scheinwerfer waren allein auf sie gerichtet. Rechts von ihr hing eine Deutschlandfahne, links standen zwölf Kerzen. Am 23. Februar entschuldigte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bei den Angehörigen der Opfer des »Nationalsozialistischen Untergrund« für das Versagen des Staates: »Wie sehr die seelischen Wunden schmerzen, das können wir nur ahnen«. Die Rede nutzte Merkel aber auch, um die Deutungshoheit über die Auseinandersetzung mit dem »Rechtsextremismus« zurückzuerobern.

Von Andreas Speit

Andächtig hatten SchülerInnen die Kerzen bei der Gedenkfeier am Gendarmenmarkt zur Bühne getragen: Zehn für die Opfer des NSU, eine für alle Opfer des »Rechtsextremismus« und eine als »Symbol unserer gemeinsamen Hoffnung«, wie Merkel vor den geladenen Angehörigen und Gästen bewegt erklärte. Doch für wie viele Opfer stand die eine Kerze? Eine Zahl nannte sie nicht. Welche hätte sie auch nennen sollen ohne in Verlegenheit zu geraten? Zwei Tage vor der Veranstaltung hatte das Bundesinnenministerium die Zahl der Mordopfer von 47 auf 58 korrigieren müssen. Die Diskrepanz zu den nichtstaatlichen Zahlen ist jedoch weiterhin enorm. Seit 1989 starben nach einer Studie der »Amadeu Antonio Stiftung« mindestens 183 Menschen durch »rechtextreme« Täter. 125 Menschen und ihre Angehörigen, bei denen nicht klar ist, ob Merkel auch ihrer erinnern wollte.



Klarheit vermied die Kanzlerin aber nicht bloß durch Verschweigen. Beredt warf sie zum NSU »die alles überragenden Fragen« auf »›Warum sind wir nicht früher aufmerksam geworden?‹, ›Warum konnten wir das nicht verhindern?‹«. Antworten folgten nicht. Kein Wort der Kanzlerin zu den schon bekannten Verfehlungen der Verfassungsschutzbehörden und den möglichen Verstrickungen der Sicherheitsapparate, stattdessen Worte der Zuversicht.

Merkel & Dresden

Viele Menschen sehe die Kanzlerin, »die sich für ein friedliches Miteinander engagieren – zum Beispiel in Dresden, wo vor wenigen Tagen Tausende Bürgerinnen und Bürger des Jahrestages der Bombardierung der Stadt gedachten und sich dabei die Hände reichten. Mit dieser Geste boten sie den Neonazis Einhalt«, sagte Merkel. Bitte! Wer hat die Neonazis gestoppt? Die Menschenketten weit entfernt von der Marschroute? Aber nicht bloß Merkel kreiert einen neuen Mythos von Dresden. In vielen Medien wurde seit 2010 von den Menschenketten in der Innenstadt der Elbmetropole breit berichtet, die angeblich die Trauermärsche hätten scheitern lassen. 2012 missglückte der Neonazimarsch jedoch zum dritten Mal an dem Protest auf der Route.

Abends in Dresden

Nahe dem Hauptbahnhof versammelten sich am 13. Februar die Neonazis auf einem abgesperrten Platz. Das »Aktionsbündnis gegen das Vergessen« um Maik Müller hatte 2012 zu dem »Trauermarsch« aufgerufen. Die »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO), die über Jahre die Märsche verantwortet hatte, zog in diesem Jahr gar ihre Anmeldung für den 18. Februar zurück. Die JLO um Kai Pfürstinger, glaubt man dem »Aktionsbündnis«, sei nicht kompromissbereit gewesen. Mit der NPD waren die »Freien Kräfte« in diesem Jahr besser übereingekommen. Der NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel reihte sich denn auch an dem Abend in den Marsch ein. Rund 1.600 Neonazis wollten dem »Befehl des Gewissens« folgen. Doch schon bevor Maik Scheffler zur Marschaufstellung mit Fackeln und Fahnen aufrief, sprach sich herum, dass die geplante Route nicht eingeschlagen werden kann. Blockaden verkürzten den Weg. Die Laune sank, der Frust wuchs. Auf der Route weigerte sich denn auch ein Teil der TeilnehmerInnen weiterzugehen, da sie ahnten, wie kurz der Marsch werden würde. Erst rechts, dann dreimal links, schon waren die Neonazis um den Häuserblock zurück am Bahnhof. Dort, als längst noch nicht alle Kameraden da waren, schimpfte Olaf Rose, NPD-Landtagsfraktionsmitarbeiter, dass erst »das Zusammenspiel linksextremer Antifa-Banden sowie linker und bürgerlicher Politiker« das »nationale Dresden« verhindert habe. Die erste Stellungnahme der Anmelder fiel auffallend kurz aus. »Die äußeren Umstände haben erwartungsgemäß zu erheblichen Beeinträchtigungen geführt«, schrieb das »Aktionsbündnis« und »der selbst gestellte Anspruch« wurde »dennoch [...] ein Stück weiter erfüllt«. Das »dennoch« dürfte wenig trösten. Hat es auch nicht. Schande, Enttäuschung und »wir machen uns zum Gespött, wenn wir dies als einen Erfolg werten«, hieß es beim Nazi-Internetportal »thiazi«. Die Szene weiß es, Rose sprach es aus: Die Niederlagen erwirkten nicht das städtische Gedenken im Stillen, die offiziellen Menschenketten. Niederlagen bescherte ihnen seit 2010 ein breites gesellschaftliches Bündnis mit gezielten Blockaden. Dieser bundesweit von antifaschistischen Gruppen und linken Initiativen organisierte Protest leitete das Ende des europaweiten größten Neonazimarsches ein.

Extremisten? Neonazis!

Im Konzerthaus verschwieg die Kanzlerin aber lieber den nichtstaatlichen Widerstand gegen Rechts, wird er in der CDU doch als Bedrohung gesehen. Ihre Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, pfeift sie denn auch nicht zurück. Sie darf nach dem zufälligen Auffliegen des NSU und dem kreativem Widerstand gegen den Trauermarsch weiterhin mit ihrer »Extremismusklausel« Initiativen gegen Rechts unter Generalverdacht stellen. Dass einzelne der betroffenen Initiativen auch geladen waren, ändert nichts. Keine Überraschung, dass die Kanzlerin indes fragte: »Wer oder was prägt extremistische Täter?«. Die Rede von Semiya Sims – der NSU hat ihren Vater ermordet – durchbrach all diese Deutungskämpfe der Kanzlerin: »Elf Jahre durften wir nicht einmal reinen Gewissens Opfer sein«, sagte sie und: »Mein Vater wurde von Neonazis ermordet«. Von Extremismus sprach sie nicht. ■

Verharmloser

Pannen oder systematische Verharmlosung?

Warum blieb die rassistische Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrundes« unentdeckt? Alles nur Ermittlungspannen? Die Verharmlosung und Leugnung rechter Gewalt schützte die Täter. Das spiegelt sich auch in der parlamentarischen Aufklärung des staatlichen Versagens wider.

Von Ernst Kovahl

»Feste rechtsterroristische Strukturen fehlen«, war sich Eckhard Jesse sicher. In seinem 2011 erschienen Beitrag schreibt der Politikwissenschaftler und einflussreiche »Extremismus-Experte« über »nicht parteiförmigen Extremismus« in Deutschland. Seine Experten-Meinung, die er in dem von ihm gemeinsam mit Tom Thieme im angesehenen »VS Verlag« herausgegebenen Buch »Extremismus in den EU-Staaten« darlegte, war wenige Monate später nichts mehr wert. Denn die Morde des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) waren ans Licht gekommen. Zehn Tote, zahllose Banküberfälle, offenbar mehrere Anschläge, verübt in dreizehn Jahren aus dem Untergrund und mit einem konspirativen Netz an Unterstützern, gingen auf das Konto polizeibekannter Nazis. Nur wenige Monate später lag der Experte schon wieder daneben. Ende November sagte Jesse im Interview mit der Zeitung »Das Parlament«, der Terror des NSU habe mit der Nazi-Partei NPD nichts zu tun. Doch kurz darauf wurde der langjährige Thüringer NPD-Spitzenfunktionär Ralf Wohlleben als mutmaßlicher NSU-Unterstützer festgenommen, und der frühere stellvertretende Thüringer Vorsitzende der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten«, Carsten Schultze, erklärte Anfang 2012, er habe die Mordwaffe für das Trio beschafft.



^ Fahndungsplakat der Polizei nach Zeugen und Helfern des NSU

Nun ist Jesse nicht irgendwer. Der Politikwissenschaftler ist bei den Sicherheitsbehörden, in den Medien und bei den konservativen parteinahen Stiftungen seit vielen Jahren als »Experte« für »Rechtsextremismus« gefragt. Er ist es, der als einflussreicher Berater Politik, Polizei und Verfassungsschutz durch Vorträge, Schulungen und mit seinem »Jahrbuch Extremismus & Demokratie« mit Wissen und Einschätzungen versorgt – und offenbar immer wieder daneben liegt und so die Warnungen vor Terror von Rechts ins Reich der Märchen verwies.

Keine Erkenntnisse

Doch damit steht Jesse nicht allein. Die Verharmlosung des Neonazismus und rechter Gewalt durch Staat, Sicherheitsapparate, Teile der Medien und Politik sowie durch »Extremismus-Forscher« zieht sich durch die Geschichte der Bundesrepublik. Sie nachzuzeichnen würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Daher hier nur ein zweites Beispiel: In der Drucksache Nummer 3/1383 vom 26. Februar 2001 des Thüringer Landtages heißt es auf eine Anfrage der damaligen PDS: »Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse vor, dass Thüringer Rechtsextremisten an rechtsterroristischen Aktivitäten beteiligt sind. Ob Thüringer Rechtsextremisten gegebenenfalls rechtsterroristische Aktivitäten befürworten würden, entzieht sich aufgrund des spekulativen Charakters einer solchen Aussage gegenwärtig einer Bewertung durch die Landesregierung. […] Die Landesregierung sieht gegenwärtig keine Ansätze für das Entstehen derartiger Strukturen. […] Diese Einschätzung wird vom Bundeskriminalamt und dem Bundesamt für Verfassungsschutz auch für die Bundesrepublik Deutschland geteilt.« Zum Zeitpunkt dieser Antwort agierte das Thüringer Neonazi-Trio NSU bereits seit drei Jahren im Untergrund, hatte seinen ersten Mord und mehrere Überfälle zur Finanzierung seines Lebens in der Illegalität begangen. Zudem gab es zu dieser Zeit immer wieder konkrete Hinweise auf Attentatspläne, Waffen und Sprengstoff wurden bei Razzien gefunden. Erstaunt kommentierte jüngst »Der Spiegel« (Nr. 8/2012), die mutmaßlichen NSU-Mörder hätten »im Untergrund ein überraschend offenes Leben« geführt. Kein Wunder angesichts von Wegschauen, Leugnen und Fahndungspannen.

Konsequenzen?

Aber auch heute wiegt sich die Neonazi-Szene sicher. So erklären gegenwärtig zahlreiche Neonazis, unter ihnen auch Kommunalpolitiker der NPD, auf ihren persönlichen Facebook-Seiten ihre Solidarität mit dem inhaftierten mutmaßlichen NSU-Unterstützer Wohlleben und fordern »Freiheit für Wolle«. Und die RechtsRock-Band »SKD« schreibt in einem Posting über das Gedenken an die Opfer des NSU sogar: »Hätten Gewissen Leute doch ruhig mal weiter gemacht…« (Fehler im Original).

Unterdessen haben im Bund und in Thüringen parlamentarische Untersuchungsausschüsse ihre Arbeit aufgenommen, um das damalige staatliche Handeln und Versagen zu ergründen. Doch bis es aus diesen Gremien Ergebnisse gibt, werden Monate vergehen – wenn sie überhaupt zu tauglichen Erkenntnissen kommen. Die Verstrickungen vieler Beteiligter mit dem damaligen Versagen ist zu groß, zu stark ist die Abhängigkeit der Abläufe von den beteiligten Ministerien und Sicherheitsbehörden. Zumal viele Vorgänge weiterhin unter Verschluss bleiben. Eine transparente Aufklärung ist so kaum zu erwarten. In Sachsen, wo der NSU über Jahre untertauchte, glaubt die Regierung aus CDU und FPD sogar, gleich ganz auf die parlamentarische Aufklärung möglicher Pannen bei den Ermittlungen verzichten zu können.

Neben Lippenbekenntnissen der Bundesregierung zum Gedenken an die Opfer werden vor allem eine Stärkung und Zentralisierung der Sicherheitsarchitektur und der Befugnisse der Behörden Ergebnis der Debatten um die Morde des NSU sein. Die Gelegenheit ist zudem günstig, die bisher zumindest formal gewahrte und historisch mit den Erfahrungen aus dem Staatsterror des NS begründete Trennung von Polizei und Geheimdiensten zu schleifen – der Traum aller Law-and-Order-Politiker kann nun wahr werden. ■

Eine Chronik des NSU – Fortsetzung





Von Sören Frerks und Ernst Kovahl

2011

9. Dezember: Nach Aufforderung durch das Bundeskriminalamt soll die Bundespolizei Handy-Daten des mutmaßlichen NSU-Unterstützers André Eminger gelöscht haben. In Medienberichten wird der Verdacht laut, dass Beweismittel vernichtet worden seien. Nachdem die Löschung im Februar 2012 öffentlich wurde, bestätigte ein Sprecher des »Bundeskriminalamtes« (BKA) den Vorgang und erklärte, die Daten seien nur bei der Bundespolizei gelöscht worden, beim BKA aber weiterhin vorhanden.

12. Dezember: In einem Geheimbericht des »Bundesamtes für Verfassungsschutz«, der mehreren Medien vorliegt, wird von Kontakten des »Nationalsozialistischen Untergrundes« (NSU) zur sächsischen Sektion von »Blood & Honour« berichtet.

2012

16. Januar: Laut eines Berichts der »Berliner Zeitung« sollen mindestens fünf V-Leute über den »Thüringer Heimatschutz« (THS) informiert haben. Neben dem Thüringer »Landesamt für Verfassungsschutz«, das außer Tino Brandt noch eine zweite Person geführt habe, seien drei weitere Bundesbehörden aktiv gewesen, auch das »Bundesamt für Verfassungsschutz« und der »Militärische Abschirmdienst«.

20. Januar: Die Schweizer Polizei nimmt einen Mann wegen des Verdachts fest, illegal Waffen weitergegeben zu haben, die später in den Besitz des NSU gelangt seien. Seine Frau komme aus Thüringen. Er wird nach zwei Tagen wieder aus der Untersuchungshaft entlassen; er habe keine Kontakte in Neonazikreise.

25. Januar: Die Polizei durchsucht die Wohnungen von vier mutmaßlichen Unterstützern des NSU in Dresden, Ludwigsburg und den thüringischen Gemeinden Laasdorf und Wolfersdorf. Es bestehe der Verdacht, die Personen hätten dem NSU zwischen 1998 und 2003 Sprengstoff beziehungsweise Schusswaffen besorgt. Zwei der Personen sollen Inhaber des mittlerweile geschlossenen Neonaziladens »Madley« in Jena gewesen sein. Außerdem wurden ein Video- und Computerspielverleih in Chemnitz sowie eine Wohnung in Ehrenfriedersdorf durchsucht. Dort wurden unter anderem Schreckschusspistolen und Neonazi-Devotionalien gefunden. Die Mitarbeiter des Geschäfts, Pierre J. und Hermann S., sind verdächtig, dem NSU eine Waffe besorgt zu haben. Sie bestreiten die Vorwürfe.

26. Januar: Die »tageszeitung« berichtet, einer der von der Polizei am 25. Januar Durchsuchten sei der ehemalige Anführer der sächsischen Sektion von »Blood & Honour«, Jan W., der den NSU mit Waffen und Geld unterstützt haben soll. Zudem habe Jan W. gute Kontakte in die Schweiz.

30. Januar: »Die Welt« berichtet, dass die Mitglieder des NSU von 1998 bis 2011 ununterbrochen in Wohnungen in Sachsen gewohnt haben sollen.

1. Februar: Ein fünfter mutmaßlicher NSU-Helfer wird in Düsseldorf festgenommen. Der ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende der thüringischen »Jungen Nationaldemokraten«, Carsten Schultze, soll 2001 oder 2002 eine Schusswaffe und Munition an Ralf Wohlleben weitergegeben haben, der diese per Kurier den Zwickauer Neonazis zukommen ließ. Außerdem habe er 1999 und 2000 als Einziger Telefonkontakt zum NSU gehabt. Schultze behauptet hingegen, 2000 aus der Neonaziszene ausgestiegen zu sein.

5. Februar: Der »Spiegel« meldet, das BKA habe bis zum jetzigen Zeitpunkt 64 Mietverträge für Wohnmobile und Leihwagen im Zusammenhang mit dem NSU sichergestellt. 17 davon könnten mit den Morden des NSU in Verbindung gebracht werden. Sie seien unter dem Namen Holger Gerlach, der Tarnidentität Uwe Böhnhardts, angemietet worden.

7. Februar: In der Schweiz wird eine weitere Person wegen des Verdachts einer Waffenlieferung festgenommen. Dem Mann aus dem Berner Oberland wird vorgeworfen, die Tatwaffe, eine Pistole der tschechischen Marke »Ceska«, weitergegeben zu haben. Er soll nicht zur Neonaziszene gehören.

9. Februar: Der Bundestags-Untersuchungsausschuss zum NSU nimmt seine Arbeit auf. Im Thüringer Landtag beginnt der dortige Untersuchungsausschuss am 16. Februar die Aufarbeitung von Fehlern und möglichen Kontakten von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz zu den drei aus Jena stammenden Neonazis. Der Ausschuss beschließt einstimmig eine Befragung des mutmaßlichen NSU-Mitgliedes Beate Zschäpe. In Sachsen fordert die Opposition ebenfalls einen Untersuchungsausschuss, die Landesregierung aus CDU und FDP lehnt das bisher ab.

18. Februar: Generalbundesanwalt Harald Range kündigt im Interview mit der »Süddeutschen Zeitung« an, im Herbst 2012 wegen der Mordserie des NSU Anklage zu erheben. Er behauptet, ein neonazistisches »Netzwerk« sei im Zusammenhang mit den Morden nicht zu erkennen, eine organisatorische Verbindung über den engen Kreis des NSU hinaus existiere nicht. Überschneidungen zur NPD seien Einzelfälle.

18. Februar: Semiya Simsek, die Tochter des ersten Mordopfers des NSU, erhebt öffentlich schwere Vorwürfe gegen die Sicherheitsbehörden. Dem »Tagesspiegel« sagt sie: »Jahrelang hat die Polizei versucht, etwas aus uns herauszubekommen, was nicht da war. Man hat uns vorgeworfen, wir würden schweigen, weil wir Türken sind. Man hat uns auch nicht geglaubt, weil wir Türken sind.« Ihr Vater Enver Simsek war am 9. September 2000 in Nürnberg erschossen worden.

20. Februar: Der Sänger der Neonaziband »Gigi & Die braunen Stadtmusikanten«, Daniel G., wird wegen Volksverhetzung angeklagt. Er soll das Lied »Döner-Killer-Song« geschrieben und veröffentlicht haben. Die Behörden ermitteln, ob es in der Band NSU-Mitwisser gab. Am selben Tag wird bekannt, dass das Bundesinnenministerium die Morde des NSU nun offiziell als »rechtsextremistische« Tat zählt.

23. Februar: Der Anwalt des festgenommenen Carsten Schultze teilt per Pressemitteilung mit, sein Mandant habe »mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit« zwischen Herbst 1999 und Sommer 2000 die Mordwaffe, eine »Ceska 83«, für den NSU beschafft. Auch sei er von Herbst 1998 bis Sommer 2000 Kontaktperson für die drei Untergetauchten gewesen. Er habe die Waffe von dem Jenaer Andreas S. gekauft, damals Mitinhaber des rechten Szeneladens »Madley« in Jena. ■

^ v. l. n. r. Inhaftierter Holger Gerlach
Waffe, mit der Michelle Kiesewetter erschossen wurde

Von wegen Frühwarnsystem

Die Entwicklung des Verfassungsschutzes



Die Neonazi-Mordserie, ihre skandalöse Nichtaufklärung und die Ausblendung des rassistischen Hintergrunds schockieren. Die Verbrechen der »Zwickauer Zelle« um die Nazi-Terrorgruppe »NSU« haben die akute Gefahr durch rechte Gewalt endlich in den gesellschaftlichen Fokus gerückt. Dabei sind auch der Verfassungsschutz, sein dubioses V-Leute-System und seine Verwicklungen in Naziszenen in die Schlagzeilen geraten.

Von Rolf Gössner

Angesichts eines solchen Skandals ist wohl kaum von Unfähigkeit, Dilettantismus, Pannen oder Konfusion des polizeilichen Staats- und geheimdienstlichen Verfassungsschutzes zu sprechen – stattdessen eher von ideologischen Scheuklappen der Sicherheitsorgane, von Ignoranz und systematischer Verharmlosung des Nazispektrums – begünstigt durch eine jahrzehntelang einseitig ausgerichtete Politik der »Inneren Sicherheit« gegen »Linksextremismus«, »Ausländerextremismus« und »Islamismus«.

Folgen der »Wehrhaften Demokratie«

Nach herrschender Auffassung wird die Bundesrepublik als »wehrhafte Demokratie« definiert. Um die inneren Feinde der »freiheitlich demokratischen Grundordnung« frühzeitig aufzuspüren, hat sich Westdeutschland – neben anderen Sicherheitsorganen – gleich zu Beginn der 1950er Jahre einen Inlandsgeheimdienst zugelegt: den »Verfassungsschutz« (VS). Damit leistet sich die Bundesrepublik, inklusive »Bundesnachrichtendienst« (BND) und »Militärischer Abschirmdienst« (MAD), 19 Geheimdienste, denn allein der VS gliedert sich in das Bundesamt und in 16 eigene Landesbehörden.

Der VS ist eine Institution, die offen oder verdeckt Informationen, unter anderem über Bestrebungen gegen die »freiheitlich demokratische Grundordnung«, sammelt und auswertet. Als »Frühwarnsystem« soll er Regierungen, Parlamenten und Öffentlichkeit Erkenntnisse über verfassungsfeindliche Bestrebungen mitteilen. Auch wenn sich »Verfassungsschutz« ganz seriös und harmlos anhört, so handelt es sich doch in Wahrheit um eine schönfärberische Bezeichnung für einen veritablen Regierungsgeheimdienst mit geheimen Mitteln, Methoden und Strukturen.

Die irreführende Bezeichnung dürfte einer der ersten Euphemismen der alten Bundesrepublik gewesen sein: Schon der frühere CSU-Bundesinnenminister Hermann Höcherl hatte sich darüber mokiert: Die Verfassungsschützer würden »hochtönend und unzutreffend« zu »Hütern der Verfassung« stilisiert, obwohl es sich doch um »Frontkämpfer bei der Bekämpfung des Staatsfeindes« handle. Das war damals positiv gemeint. Gerhard Schröder, ebenfalls früherer CDU-Innenminister, soll die Bezeichnung »Staatssicherheit« für treffender gehalten haben.

Tatsächlich könnte man auf die verschwörerisch anmutende Idee kommen, das Etikett »Verfassungsschutz« sei bewusst als Tarnname eines Staatsorgans gewählt worden, um seinen Geheimdienst-Charakter und seine anrüchigen nachrichtendienstlichen Mittel und Methoden zu verschleiern, die er von Gesetzes wegen gegen Spione, »Extremisten« und »Verfassungsfeinde« anwenden darf, also gegen die erklärten »inneren Feinde«. Mit verdeckten Ermittlern, V-Leuten, Lockspitzeln und technischen Hilfsmitteln für Lausch- und Spähangriffe infiltriert und bespitzelt er politisch verdächtige Gruppen und Parteien, aber auch einzelne Individuen und zwar weit im Vorfeld eines Straftatverdachts oder einer Gefahr. Er betreibt ideologische Gesinnungsschnüffelei und beansprucht dabei die Definitionsmacht hinsichtlich der Frage, was hierzulande als extremistisch zu gelten hat und was nicht. Insoweit übt dieser Geheimdienst im problematischen Extremismusdiskurs wirklichkeitsmächtige Sprachherrschaft aus – mit belastenden Folgen für die Betroffenen: Seine Einstufungen können dazu führen, dass verdächtige Gruppen und Personen aus dem Kreis der »Mehrheitsdemokraten« exkommuniziert, quasi mit Kontaktverbot belegt, und die dadurch Stigmatisierten ausgegrenzt werden.

Unkontrollierbares Kind des Kalten Krieges

Der VS ist ein ideologisches Kind des Kalten Krieges – gezüchtet als nachrichtendienstliche Waffe im Ost-West-Konflikt der 1950er Jahre, zur Absicherung des westdeutschen »Bollwerkes gegen den Kommunismus«. In jener Zeit des militanten Antikommunismus hat er auch seine zweifelhaften Verdienste bei der Ausspähung von Kommunisten und anderen linksgerichteten Kräften erworben, die in den 50er/60er Jahren zu einer exzessiven politischen Verfolgung beigetragen haben.

Die über 60-jährige Geschichte des VS lässt sich auch als Geschichte von Skandalen und Bürgerrechtsverletzungen darstellen: von der Waffenbeschaffung für militante Gruppen, der unheilvollen Verstrickung in den Mordfall Schmücker (1974) – mit fatalen Auswirkungen auf das Strafverfahren – der Überwachung demokratischer Organisationen und Parteien, die als »extremistisch beeinflusst« gelten, sowie politisch-sozialer Bewegungen wie der Anti-Atom- und Friedensbewegung, über skandalöse Sicherheitsüberprüfungen und illegale Telefonabhöraktionen bis hin zu jenem fingierten Bombenattentat, das als »Celler Loch« (1978) in die Geschichte einging – eine Chronik ohne Ende, die mit der V-Mann-Affäre im Parteiverbotsverfahren gegen die NPD ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Aus diesem Verbotsdesaster sind bis heute keine durchgreifenden Konsequenzen gezogen worden: Immer noch ist die NPD mit etwa 130 V-Leuten durchsetzt, die einem neuen Verbotsanlauf im Weg stehen.

Neuausrichtung nach Ende des Kalten Krieges

Nach dem Umbruch in Osteuropa und dem Ende des Kalten Krieges ist der VS zunächst in eine tiefe Sinnkrise geraten, da er recht unvorbereitet um seine altbewährten Feindbilder gebracht wurde. Nach anfänglicher Trauerarbeit wurde aber wieder kräftig ausgebaut – gen Osten und gesamtdeutsch. Anstatt nach dem Ende des Kalten Krieges die Frage nach der Existenzberechtigung zu beantworten, wurden seit 1990 immer wieder neue Legitimationen nachgeschoben: Neben den »traditionellen« Aufgabenfeldern »Links- und Rechtsextremismus«, »Ausländerextremismus« und »Terrorismus« sowie »Spionage-Abwehr« werden in manchen Ländern »Organisierte Kriminalität«, »Wirtschaftsspionage«, Teile der Linkspartei und die Scientologen als weitere Aufgabenbereiche bearbeitet. Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 beschäftigen sich alle VS-Behörden verstärkt mit dem »islamistischen Extremismus« und dem »Internationalen Terrorismus«. Alle Geheimdienste erlebten damals einen kräftigen Schub.

Sie wurden aufgerüstet und bekamen mit den Antiterrorgesetzen ab 2002 neue Aufgaben und Befugnisse, die tief in Grundrechtspositionen eingreifen.

Auch der »Rechtsextremismus«, der sich seit Beginn der 1990er Jahre als zunehmende Gefahr herausstellte, konnte als Legitimation für Weiterexistenz und Ausbau des VS genutzt werden. Eine höchst fragwürdige Legitimation, wenn man sich die Fehlleistungen dieses Geheimdienstes vor Augen hält; fragwürdig aber auch aus einem anderen Grund: Denn bis heute sind die braunen Flecken seiner Vergangenheit nicht aufgearbeitet worden. Hat doch die VS-Geschichte selbst »rechtsradikal” begonnen – mit Altnazis, die in der NS-Zeit bei der Gestapo tätig waren. Das »Bundesamt für Verfassungsschutz« (BfV) erhielt seine streng antisozialistische Ausrichtung unter der langjährigen Präsidentschaft von Hubert Schrübbers (1955 – 1972), der in der Nazizeit als Staatsanwalt gedient und sich mit grausamen Strafanträgen an der NS-Terrorjustiz beteiligt hatte. Bestens geübt in der Jagd auf politische Gegner, die weitgehend eben auch noch die gleichen blieben, fühlten sich solche Altnazis berufen, die neue Verfassung zu schützen. Kaum verwunderlich, dass sie dabei nicht verhinderten, dass sich auch andere Altnazis im Staatsapparat einnisteten, ob in der Verwaltung, bei Polizei oder Justiz – mit gravierenden Folgen für die westdeutsche Entwicklung: denkt man nur an das dem NS-Recht nachempfundene politische Strafrecht und die politische Justiz, die für eine extensive Kommunistenverfolgung in den 1950er/60er Jahren verantwortlich zeichneten, oder später an die gegen Linke gerichteten Berufsverbote der 1970er/80er Jahre sowie an die »bleierne Zeit« des »Deutschen Herbstes«. An all diesen dunklen Kapiteln war der VS maßgeblich beteiligt.

Kriminelles V-Leute-Netzwerk in Neonaziszenen

Und tatsächlich: Trotz stärkerer Bemühungen seit Anfang der 1990er Jahre konnten die meisten VS-Behörden weder die Vermehrung rechter Organisationen und Aktivitäten rechtzeitig vorhersagen noch die Zunahme rassistischer Gewalttaten erklären. Und lange Zeit bagatellisierten sie die organisatorischen Qualitäten von Nazi-Gruppierungen – obwohl es längst starke Ansätze zur Organisierung und Vernetzung gab, auch alarmierende Anzeichen für wachsende Gewaltbereitschaft mit rechtsterroristischen Tendenzen; und obwohl seit jener Zeit in Neonazi-Szenen ein regelrechtes Netzwerk aus Spitzeln und Informanten geknüpft wurde. Diese infiltrierenden Aktivitäten in den gewaltbereiten Neonazi-Szenen bergen enorme Gefahren: Brandstiftung, Totschlag, Mordaufrufe, Waffenhandel, Gründung einer terroristischen Vereinigung – das sind nur einige der Straftaten, die V-Leute im Schutz ihrer Tarnung begingen und begehen.

Erinnert sei nur an den V-Mann Hans-Dieter Lepzien, der bereits in den 1980er Jahren als Sprengstoff-Lieferant für die Nazi-Szene tätig war und dafür auch verurteilt, allerdings recht bald begnadigt wurde. Erinnert sei an den V-Mann Bernd Schmitt, dessen Kampfsportverein »Hak Pao«-Trainingscenter der militanten Neonazi-Szene in Solingen war. Ende 1999 ist ein V-Mann des mecklenburg-vorpommerschen VS zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil er mit anderen einen ausländerfeindlichen Brandanschlag auf eine Pizzeria in Grevesmühlen verübt hatte. Erinnert sei auch an die V-Leute in Brandenburg, Toni St. und Mirko H., welche die Neonazi-Szene mit Musik-CDs menschenverachtenden und rassistischen Inhalts versorgten – unter den Augen und dem Schutz des VS.

Im Fall des Nichtermittlungsskandals rund um die »Zwickauer Zelle« war der thüringische VS mit mehreren V-Leuten – etwa Tino Brandt, alias »Otto« – auch in jenen Nazi-Gruppen wie dem »Thüringer Heimatschutz« hautnah dran, in denen die späteren Mörder organisiert waren. Deshalb ist es unbegreiflich, weshalb drei Neonazis, denen bereits terroristische Straftaten vorgeworfen wurden, nach Erlass eines Haftbefehls mehr als ein Jahrzehnt untertauchen und unbehelligt quer durch die Republik eine ganze Serie von Morden an Migranten und einer Polizistin begehen konnten. Diese Mordserie hätte wohl verhindert werden können, wenn Erkenntnisse des VS über verbrecherische Straftaten und Wohnorte der Untergetauchten und ihrer Unterstützer rechtzeitig an die Polizei weitergegeben worden wären, wozu der VS gesetzlich verpflichtet war.

Das Erschreckendste, was ich bei meinen Recherchen erfahren musste, ist, dass der VS seine kriminell gewordenen V-Leute oft genug deckt, systematisch gegen polizeiliche Ermittlungen abschirmt, um sie weiter abschöpfen zu können – anstatt sie unverzüglich auszuschalten. Auch im Umfeld der mutmaßlichen Neonazi-Mörder hat der VS polizeiliche Fahndungsmaßnahmen torpediert und seinen braunen V-Leuten Observationen durch die Polizei verraten. Das ist Strafvereitelung oder psychische Unterstützung und Beihilfe zu Straftaten – eigentlich strafbar, doch die VS-Verantwortlichen sind dafür nie zur Rechenschaft gezogen worden, selbst wenn dadurch unbeteiligte Personen schwer geschädigt wurden.

Teil des Neonazi-Problems

Der Staat hat also die Neonazi-Szenen und -Parteien über seine bezahlten Spitzel letztlich mitfinanziert, rassistisch geprägt, geschützt und gestärkt, anstatt sie zu schwächen. Abertausende Euro flossen so in Neonazistrukturen. Über sein kriminelles V-Leute-System ist der VS selbst Teil des Neonazi-Problems geworden, jedenfalls konnte er kaum etwas zu dessen Lösung oder Bekämpfung beitragen.

Tatsächlich haben sich trotz der hohen Zahl an V-Leuten die Erkenntnisse des VS nicht nennenswert gesteigert: Was dieser mit Millionenaufwand zutage förderte, war für KennerInnen der braunen Szene nicht gerade erhellend. Ein gut ausgestattetes, kontrollierbares Dokumentationszentrum und Forschungsinstitut hätte die Rechtsentwicklung jedenfalls ohne dubiose Methoden und ideologische Scheuklappen, dafür mit wesentlich besseren diagnostischen und analytischen Fähigkeiten erforschen und erklären können.

Der Verfassungsschutz in seiner Ausprägung als Inlandsgeheimdienst ist demokratiewidrig, weil er mit seinen Geheimstrukturen, -mitteln und -methoden demokratischen Prinzipien der Transparenz und Kontrollierbarkeit widerspricht. Solchen intransparenten, skandalgeneigten und kontrollresistenten Institutionen gehören deshalb die nachrichtendienstlichen Mittel und Methoden ebenso entzogen wie die Lizenz zum geheimen Schutz der Verfassung. ■

Gekürzte Fassung eines Vortrags, den der Anwalt, Publizist und Vizepräsident der »Internationalen Liga für Menschenrechte«, Rolf Gössner, Ende Januar 2012 während einer Veranstaltung der Humanistischen Union im Münchner Gewerkschaftshaus gehalten hat.

Von der Vergangenheit eingeholt

Weiterer NSU-Unterstützer

Am 1. Februar 2012 wurde mit Carsten Schultze ein weiterer Verdächtiger wegen Unterstützung des NSU festgenommen. Bei dem Verhafteten handelt es sich um jemanden, der seit Jahren keinen Kontakt mehr zur Neonazi-Szene hatte.

Von Ole Färber und Ronja Josef

»Der Beschuldigte ist dringend verdächtig, Beihilfe zu sechs vollendeten Morden und einem versuchten Mord der terroristischen Vereinigung ›Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)‹ geleistet zu haben«, hieß es in einer Mitteilung der Generalbundesanwaltschaft vom 1. Februar 2012. Carsten Schultze wurde vorgeworfen, »dem ›NSU‹ 2001 oder 2002 eine Schusswaffe nebst Munition verschafft zu haben« und »billigend in Kauf genommen zu haben, dass die Schusswaffe für rechtsextremistische Morde verwendet werden könnte«.

Seit dem 23. Februar ist nun öffentlich bekannt, dass er tatsächlich eine Waffe übergeben hatte, jedoch offenbar nicht 2001 oder 2002, sondern »zwischen Herbst 1999 und Frühjahr/Sommer 2000«, wie sein Anwalt mitteilte. Und zwar »mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit« diejenige Waffe, mit der sämtliche neun rassistischen Morde zwischen September 2000 und April 2006 begangen wurden. Der Inhaftierte will aber nicht gewusst haben, wofür die Ceska 83 mit Schalldämpfer, die er im Auftrag der Untergetauchten von einem »Kameraden« besorgt und anschließend an Uwe Böhnhardt übergeben hatte, genutzt werden sollte. Er habe erst im November 2011 über die Medien davon erfahren, dass Straftaten von dem Neonazi-Trio begangen worden sind.



Zweite Vita

Carsten Schultze nahm im September 2003 als 23-Jähriger ein Studium der Sozial- und Kulturwissenschaften an der FH Düsseldorf auf. An seinem neuen Wohnort machte er kein großes Geheimnis aus seiner Vergangenheit und vertraute sich einzelnen Personen – auch AntifaschistInnen – an. Er habe Fehler gemacht, sei aber Ende 2000 ausgestiegen, habe mit seiner Vergangenheit rigoros gebrochen, diese aufgearbeitet und wolle sich jetzt ein neues Leben aufbauen, berichtete er im Herbst 2003. Von der neonazistischen Männerwelt habe er sich damals »homoerotisch« angezogen gefühlt. Die Reaktionen in der Neonazi-Szene auf das Bekanntwerden seiner Homosexualität hätten dann dazu geführt, dass ihm früher oder später klar geworden sei, dass er dort falsch ist und die neonazistische Szene für ihn eine Sackgasse bedeute. Zudem habe ihn die hohe Gewaltbereitschaft der Szene immer mehr abgeschreckt. Ein Rassist sei er im Übrigen nie gewesen …

Bei jemandem, der zehn Jahre zuvor als 16-Jähriger einmal zwei Wochen in die Neonazi-Szene geschnuppert und dann angewidert das Weite gesucht hat, mag eine solche Erklärung eventuell reichen – nicht aber für jemanden, der mehrere Jahre im »Thüringer Heimatschutz« aktiv war und zeitweise als NPD-Chef in Jena und JN-Landesvize von Thüringen sowie als Versammlungs- und Schulungsleiter fungierte. Gespräche mit ihm verliefen recht unbefriedigend. Zwar erschien seine Distanzierung von der extremen Rechten glaubwürdig, so richtig »auspacken« wollte er aber nicht. Viele Fragen blieben offen, er entzog sich unbequemen Fragen, insbesondere der konsequenten Offenlegung von Strukturen und Kontakten. Auch die Bereitschaft zur Reflexion seiner Täterrolle stieß an Grenzen, teilweise schien er sich eher als Opfer widriger Umstände zu sehen. Das Projekt »Schlussstrich unter die Vergangenheit« scheiterte. Ihm wurde von AntifaschistInnen vermittelt, sie würden ihn im Auge behalten und er wiederum habe Abstand zu politischen Strukturen, politischer Arbeit und linken Einrichtungen zu halten. Sollte er sich nicht daran halten, werde das Thema öffentlich verhandelt. Das geschah im Sommer 2004 in der alternativen Stadtzeitung »TERZ«, nachdem Schultze für das Amt des Schwulenreferenten an der FH kandidiert hatte und auf dem Sprung in den AStA war. Nach Intervention von AntifaschistInnen zog er allerdings seine Kandidatur zurück. Weitere Anläufe gab es nicht, er zählte aber über Jahre zu den ehrenamtlich Mitwirkenden im Schwulenreferat und engagierte sich in sozialen Projekten außerhalb der FH. AntifaschistInnen lagen und liegen seit Herbst 2003 keinerlei Erkenntnisse über Kontakte in die Neonazi-Szene oder Hinweise auf eine inhaltliche Nähe zur extremen Rechten vor.



Ausblick

Dass Schultze wegen Beihilfe zu den Morden angeklagt werden wird, davon ist auszugehen; diverse andere Straftatbestände sind zwischenzeitlich verjährt. Dass eine Ceska mit Schalldämpfer in den Händen ihm persönlich bekannter abgetauchter fanatischer und gewaltbereiter Neonazis, die bereits seit Jahren mit Sprengstoff hantierten und diesen auch einsetzten, nicht als Sammlerstück oder zum bloßen »Rumballern« dienen sollte, hätte ihm freilich klar sein müssen. Offenbar hatte er die Waffe ja gesehen und nicht verpackt übergeben bekommen, sonst hätte er sie zwölf Jahre später nicht identifizieren können. Es drohen ihm also bis zu 15 Jahre beziehungsweise bei Anwendung des Jugendstrafrechts – zum Zeitpunkt der Übergabe der Ceska war er erst 19 oder 20 Jahre alt – bis zu 10 Jahre Haft. Sollte der Nachweis nicht erbracht werden können, so bleibt immer noch die Frage, ob er zu einem späteren Zeitpunkt klar wurde beziehungsweise hätte klar werden müssen, dass der von ihm mit der Ceska belieferte NSU mordend durch das Land zog und dass er sich somit des Nichtanzeigens von geplanten weiteren Morden schuldig gemacht hat.

Für die Generalbundesanwaltschaft ist Carsten Schultze, der mehr oder weniger bereitwillig umfassende Aussagen macht, nicht nur Beschuldigter, sondern auch wichtiger Zeuge. Abgetrennte frühe Verfahren gegen ihn, Gerlach und andere sollen die Möglichkeit eröffnen, diese später im Verfahren gegen die Hauptangeklagten einzusetzen. Dass er hierfür zur Verfügung steht, daran zweifelt niemand. An seiner Mitverantwortung für die Morde und den Mordversuch ändert das allerdings nichts. ■

Plötzliche Trennung

Rechtsanwalt Harsch & PartnerInnen

Der CDU-Kreisverband in Rastatt nahe Karlsruhe hat ein Parteiausschlussverfahren gegen den Anwalt Klaus Harsch eingeleitet – aufgrund seiner Nähe zur extremen Rechten. Harsch kooperierte in seinen Kanzleien mit zwei Kollegen aus der RechtsRock-Szene und mit der Verteidigerin des mutmaßlichen NSU-Unterstützers Ralf Wohlleben. AntifaschistInnen aus der Region wiesen schon vor Jahren auf die Rechtsaußen-Kontakte des Mannes hin.

Von Jörg Kronauer

Niemand soll sagen, Klaus Harsch hätte es in seinem Leben zu nichts gebracht. Bis vor kurzem konnte sich der Rechtsanwalt aus der Kleinstadt Rastatt zweifelsohne zum mittelbadischen Provinz-Establishment zählen. Diesen Status kann sicherlich beanspruchen, wer die hohe Ehre hat, den örtlichen Karnevalsumzug moderieren zu dürfen. Harsch tat dies über Jahre hin. Auch darüber hinaus war der Narrenaktivist stets sehr engagiert. Er betätigte sich zehn Jahre lang als Vorstand im Anwaltsverein des benachbarten Kur- und Kasinostädtchens Baden-Baden und wirkte außerdem in den Reihen der CDU, keineswegs nur im »Arbeitskreis christlich-demokratischer Juristen der CDU Mittelbaden«, sondern nach eigenen Angaben zeitweise auch im Pressereferat der Partei. Harsch ist des weiteren bis vor kurzem Beisitzer im Vorstand der »Josef-Saier-Stiftung« aus Rastatt gewesen, deren Ziel, das »künstlerische Laienschauspiel« zu fördern, vielleicht nicht alle Welt vom Hocker reißen mag, die aber durchaus ein gewisses Renommee besitzt: Ihr Präsident ist der Rastatter Landrat, als seine Stellvertreter amtieren der Oberbürgermeister von Baden-Baden und ein CDU-Abgeordneter aus dem Landtag Baden-Württembergs. Daimler und die katholische Kirche sind mit Beisitzern im Vorstand vertreten und der baden-württembergische Umwelt- und Sozialminister a. D. Erwin Vetter gibt – als Ehrenpräsident – ebenfalls seinen Namen für die Organisation.

Nur Mandanten?

Dass Harsch, bis vor kurzem auch in einer Kanzlei in der Landeshauptstadt Stuttgart präsent, nicht nur unter den örtlichen Honoratioren bestens vernetzt war, sondern ebenfalls enge Beziehungen in die extreme Rechte unterhielt, darauf weisen Antifaschis-tInnen aus der Region seit Jahren immer wieder hin. Harsch, heißt es in einem Protestbrief, den sie mehrfach an Karnevalsvereine, an Parteien und an die Lokalpresse sandten, verteidige zahlreiche Aktivisten der extremen Rechten in der Region vor Gericht. So habe er gegen Aufmarsch-Verbote geklagt und sei 2006 sogar bis vor das Bundesverfassungsgericht gezogen, um eine Neonazi-Demonstration in Ettlingen bei Karlsruhe zu ermöglichen. Zum Kreis seiner Mandanten habe auch das Umfeld der »Kameradschaft Rastatt« gehört, nachdem diese eine IG Metall-Veranstaltung am 1. Mai 2006 im benachbarten Gaggenau attackiert hatte. Harsch habe zudem der NPD beigestanden, als diese im Jahr 2008 versuchte, ein »Nationales Partei- und Schulungszentrum« in Karlsruhe-Durlach aufzubauen. Im 2006 gehackten Internetforum des neonazistischen »Aktionsbüro Rhein-Neckar« sei Harschs Kanzlei sogar mit Telefonnummer genannt und ausdrücklich empfohlen worden.

Illustre PartnerInnen

Bis Dezember 2011 hielten Harschs – dank antifaschistischen Engagements weithin bekannte – Kontakte zur extremen Rechten kaum jemanden im mittelbadischen Establishment davon ab, mit ihm zusammenzuarbeiten. Erst als bekannt wurde, dass der wegen mutmaßlicher Unterstützung des NSU inhaftierte Ralf Wohlleben sich von Harschs Rastatter Kanzleikollegin Nicole Schneiders vor Gericht vertreten ließ, kam es zum Eklat. Schneiders hatte – noch unter ihrem Geburtsnamen Schäfer – bis 2002 der Jenaer NPD angehört; damals war Wohlleben dort Kreisvorsitzender. Dann hatte sie ihr Jura-Studium in Mannheim fortgesetzt und dort vermutlich Kontakte zur regionalen rechten Szene geknüpft. Schneiders' Aktivitäten verschafften auf einen Schlag weiteren antifaschistischen Recherche-Ergebnissen ein breites Medienecho: Harschs Kollegen in seiner Stuttgarter Kanzlei »H3« waren durchaus recht bekannte RechtsRock-Aktivisten. Alexander Heinig, auf das lukrative Erbrecht spezialisiert, zählte einst zu den Mitgliedern der Neonazi-Band »Ultima Ratio«. Steffen W. Hammer, Familienrecht-Experte, war Sänger der Band »Noie Werte«, deren Songs der NSU als Hintergrundmusik für sein Terrorvideo verwendete.

^ Poster aus dem Fanzine »White Supremacy«, das von einem mutmaßlichen NSU-Unterstützer 1998 veröffentlicht wurde

Katerstimmung

Der Schock, den das Bekanntwerden des NSU in der Öffentlichkeit auslöste, zwang selbst die regionale Prominenz zu Konsequenzen. Harsch trennte sich rasch von den Rechts-Rockern Hammer und Heinig und warf wenig später auch Schneiders aus seiner Rastatter Kanzlei. Doch da war es schon zu spät: Die »Josef-Saier-Stiftung« entfernte ihn aus ihrem Vorstand, die Rastatter CDU leitete ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn ein. Selbst die Burschenschaft »Teutonia Freiburg« teilte der Presse mit, sie gehe zu ihrem Alten Herrn Harsch »auf Distanz«; die Pennalverbindung »Markomannia 1824 zu Rastatt« ließ gar verlauten, sie habe sich von ihm »getrennt«. Am schwersten wiegt aber wohl, dass Harsch den Rastatter Karnevalsumzug in diesem Jahr nicht mehr moderieren durfte. Wer dieses Ehrenamt verliert, der hat in Rastatt wohl wirklich ausgedient. ■

Angriff auf Gedenken

Aktuell ist die NPD mit Blick auf die Enthüllungen der NSU-Mordserie um Zurückhaltung bemüht. Doch mit der vom neuen Bundesvorsitzenden Holger Apfel angekündigten »seriösen Radikalität« können die NPD und ihre Anhängerschaft in Rostock scheinbar nichts anfangen. Ein Direktkandidat für die Landtagswahlen 2011 gehört zu der Gruppe Neonazis, die jüngst versuchten, eine Gedenkkundgebung anzugreifen.

Sabine Diefenbach aus dem Redaktionskollektiv »Kombinat-Fortschritt«

Am 25. Februar 2004 ist Mehmet Turgut regelrecht hingerichtet worden. Dieser Mord ist nicht die einzige Tat, mit der die Gruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) in Mecklenburg-Vorpommern (M-V) aktiv wurde; so kam es in Stralsund auch zu zwei Banküberfällen. Inzwischen prüft eine Sonderkommission der Polizei mögliche Verbindungen zwischen der Terrororganisation und lokalen Neonazis.

Vor Ort in Rostock-Toitenwinkel erinnert bisher nichts an den Tatort und den Hintergrund. Den Imbissstand, an dem Mehmet Turgut ermordet wurde, gibt es schon lange nicht mehr. Antifaschistische und antirassistische Gruppen hatten zum Jahrestag eine Kundgebung organisiert, um die Erinnerung an die lange zurückliegende Tat wach zu halten. Für die lokalen Neonazis schien das bereits einer Kriegserklärung gleichzukommen. Das Neubaugebiet im Nordosten Rostocks verstehen sie als ihre Hochburg. Entsprechend empfindlich reagieren sie auf antifaschistische Aktionen. Als im Zusammenhang mit der Landtagswahl 2011 linke Jugendliche Flyer gegen den Landtagseinzug der NPD verteilten, war das offenbar Anlass genug, um mit Pfefferspray auf sie loszugehen.





Provokation und Gewalt als Prinzip

Am Tag der Gedenkkundgebung, dem 25. Februar 2012, werden die DemonstrantInnen mit Sprühereien wie »Dönermord Ha, Ha« empfangen. Ein Hakenkreuz prangt im Sichtfeld der TeilnehmerInnen. Im Internet hatte die rechte Szene im Vorfeld Aktionen angekündigt. Die Kameradschaft »Nationale Sozialisten Rostock« (NSR) hat ihr Kommen kundgetan und etwa 20 AnhängerInnen mobilisieren können. Als diese sich in Richtung der Kundgebung begeben, sind fast alle vermummt. Michael Fischer, NPD-Direktkandidat bei der Landtagswahl 2011 im Wahlkreis Rostock IV, führt den Trupp an. Die Neonazis drohen und pöbeln. Als sich einige von ihnen auf rund 50 Meter der Kundgebung genähert haben, kehren sie plötzlich um und hetzen im Laufschritt durch das Wohngebiet. Dennoch kann die Polizei später neun Personen festsetzen. Vorher hatten die Neonazis einen Beamten in Zivil mit einer Eisenstange angegriffen und am Knie verletzt. Gegen sie wird nun unter anderem wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs ermittelt. Solche Ermittlungen dürften wohl einige aus dem Umfeld des Michael Fischer mittlerweile gewohnt sein. Ebenfalls bei dem Angriff dabei war etwa Danny Brandt, zunächst als Späher auf dem Fahrrad, dann inmitten der Gruppe. Weil er 2008 massiv gegen Polizeibeamte vorging, als diese ein illegales Neonazikonzert in Rostock-Gehlsdorf auflösen wollten, wurde er zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt.

Die »NSR« als De-facto-Jugendorganisation der NPD

Versuchten die NSR anfangs noch ihre Eigenständigkeit zu betonen, wurde im Laufe der Zeit immer deutlicher, wie eng die Verbindungen zur NPD sind. In den Wahlkampf 2011 war man gar derartig eingebunden, dass die Aktualisierung der eigenen Homepage eingestellt wurde – stattdessen begnügte man sich damit, das Wahlprogramm der NPD Punkt für Punkt zu übernehmen. Mecklenburg-Vorpommern ist seit geraumer Zeit eine Region, in der es eine enge Zusammenarbeit zwischen offiziellen Parteistrukturen und »freien Kräften« gibt; 2005 kam es zu Masseneintritten seitens der Kameradschaften. So war es für Szenekenner wenig überraschend, dass Michael Fischer als Direktkandidat aufgestellt wurde. Zuvor schon galt er als führender Kopf der NSR. Darüber wurden in der Vergangenheit auch seine KommilitonInnen durch Flyer an der hiesigen Universität informiert. Derzeit ist er im Studiengang Good Governance eingeschrieben, doch fällt er beinahe ausschließlich als Akteur der rechten Szene auf. So schreibt er für das auf den NPD-Landtagsabgeordneten David Petereit angemeldete Portal »MUP-INFO«. Er ist häufig in Rostock und Umgebung unterwegs, wenn sich die Möglichkeit bietet, AntifaschistInnen abzulichten. Derartige Fotos erscheinen in der Regel jedoch nicht auf »MUPINFO«, sondern finden sich auf der Homepage der NSR. So auch an diesem Samstag, als kurz nach den Vorfällen um die Gedenkkundgebung entsprechende Bilder auf »info-rostock« auftauchten.

Dort wurden ebenfalls zahlreiche wohlwollende Kommentare bezüglich der Anschlagsserie auf Parteibüros, die in M-V seit mehreren Jahren für Aufmerksamkeit sorgen, veröffentlicht. Auch über einen Buttersäureanschlag auf ein alternatives Wohnprojekt in Rostock Ende Januar 2012 berichteten die Neonazis wohlwollend. Im Zusammenhang mit den Angriffen gab es in der Vergangenheit bereits mehrfach Schmierereien der NSR. Spätestens seit dem versuchten Übergriff auf die Gedenkkundgebung wird offenbar, dass die formale Trennung zwischen NPD-Organisation und den militanter auftretenden NSR reine Makulatur ist: Die NPD hätte ihr Verhältnis zu den Morden des NSU kaum klarer darstellen können. Wer die Taten öffentlich verurteilt, muss mit Angriffen der rechten Szene rechnen. ■

^ Fischer am Rande des Gedenkens, Neonazis verhöhnen die Opfer des NSU

Brutale Normalität

Neonazistische Gewalt in Bayern

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann beschreibt das Auftreten heimischer Neonazis seit Bekanntwerden der NSU-Mordserie als »dreister« und »markiger«. Damit verharmlost er nicht nur die akute Häufung neonazistischer Gewalt, sondern vermittelt gleichfalls den Eindruck, Qualität und Frequenz seien gänzlich neu – das stimmt nicht.

Von Jan Nowak

Seit November 2011 häufen sich organisierte neonazistische Gewalttaten in Bayern. Ziel sind in erster Linie politische GegnerInnen, die schon seit Jahren öffentlicher Hetze, Bedrohungen und Übergriffen von Neonazis ausgesetzt sind. Und obwohl sich der Neonazismus nach dem Auffliegen der NSU-Mordserie eigentlich deutlich in der politischen Defensive befindet, scheint für bayerische Neonazis – wieder einmal – die Zeit verstärkter Gewaltanwendung gekommen zu sein. Neu ist dieses Verhalten nicht; bereits in der Vergangenheit setzten bayerische Neonazis in Phasen der politischen Erfolglosigkeit verstärkt auf Gewalt, so etwa nach der gescheiterten Wahlteilnahme der NPD im fränkischen Fürth 2008. Damals wurde in der Region eine Reihe von Anschlägen auf antifaschistische Infrastrukturen sowie auf Autos und Häuser bekannter AntifaschistInnen verübt.



^ FNS Transparent am 1. Mai 2011 in Heilbronn

Auch aktuell liegt der Schwerpunkt gewalttätiger Übergriffe auf AntifaschistInnen wieder in Franken. Ende November 2011 wurde binnen weniger Tage mehrmals ein alternatives Jugendzentrum (JUZ) in Weißenburg angegriffen. Zwei Menschen wurden dabei von 20 vermummten Neonazis verletzt und das Gebäude beschädigt. Auf der Internetseite der »Freien Nationalisten Weißenburg«, die in der Vergangenheit eng mit dem »Freien Netz Süd« (FNS) zusammenarbeiteten, brüsteten sich die Neonazis peinlich verklausuliert mit den Angriffen auf das JUZ. Die Polizei konnte weder hier noch bei den Sachbeschädigungen an drei Autos von öffentlich bekannten AntifaschistInnen seit November 2011 in Fürth und Weißenohe – bei dem ein Wagen sogar in Brand gesetzt wurde – TäterInnen ermitteln oder Ermittlungsergebnisse vorweisen. Dabei wurde auf den Websites der »Anti-Antifa Nürnberg« und des »Freien Netzes« wiederholt gegen die FahrzeuginhaberInnen gehetzt und die Anschläge wurden im Nachhinein teils wohlwollend kommentiert. Auch als Mitte Dezember 2011 die Fenster des SPD-Büros in Aschaffenburg eingeworfen und am Briefkasten neonazistische Sticker hinterlassen wurden, meldete sich das FNS zu Wort: Von einer »großzügigen Belüftung der Arbeiterverräter-Bude« war die Rede. Nur wenige Tage später wurden in Nürnberg die Scheiben eines linken Kulturzentrums zerstört und im Umfeld einer rechten Kneipe griffen Neonazis mehrmals gezielt AntifaschistInnen an. In der Silvesternacht versuchten etwa 20 Neonazis, darunter Personen aus Hamburg und Rheinland-Pfalz, ein alternatives Café in Ansbach zu stürmen. Als dies nicht gelang, besprühten sie vor dem Lokal stehende Gäste mit Pfefferspray und schlugen und traten auf diese ein, acht Personen wurden dabei verletzt.

2011 – im Zeichen der Gewalt

Hinsichtlich der Frequenz kann momentan zwar tatsächlich von einer Steigerung neonazistischer Gewalt gesprochen werden, doch entsprechende Angriffe gab es bereits 2011: Im Februar vergangenen Jahres war das Haus einer Familie nahe Schwandorf, die sich gegen Neonazis stellt, mit entsprechenden Drohungen beschmiert und beschädigt worden. Wenige Tage später wurde auf das selbstverwaltete Jugendhaus in Erlangen ein Buttersäureanschlag verübt. Im März überfielen der FNS-Aktivist Kai Zimmermann und weitere Neonazis eine Gruppe Jugendlicher, weil sie diese als AntifaschistInnen identifizierten. Auf einen zu Boden Geschlagenen traten sie mehrfach ein. Anfang April griff Ulrich Pätzold (NPD-Bundesvorstandsmitglied) am Rande einer neonazistischen Veranstaltung den Journalisten Robert Andreasch an und schlug ihm mit der Faust gegen den Kehlkopf. Im Juni verübten drei Rechte einen Brandanschlag auf eine AsylbewerberInnenunterkunft in Weiden, verletzt wurde dabei glücklicherweise niemand. Im Vorfeld hatte das FNS auf seiner Internetseite gegen die Flüchtlingsunterkunft gehetzt. Anfang Juli wurde die Fassade eines alternativen Studententreffs im Bamberg großflächig mit Lack beschmiert und mit Stickern des FNS beklebt. Nur wenige Tage später wurde auf das selbstverwaltete Jugendzentrum in Dachau ein Brandanschlag verübt, nachdem dieses zuvor häufiger mit rechter Propaganda beklebt worden war. Mitte September versuchten etwa 30 Neonazis, teils ausgerüstet mit Mundschutz und Quarzhandschuhen, eine antifaschistische Demonstration in Deggendorf anzugreifen. Ganz vorn dabei waren wichtige Kader des FNS, etwa Norman Kempken, Martin Wiese und Norman Bordin.

Gleiche Köpfe, gleiche Praxis

Das »Freie Netz Süd« ist für die militanten Neonazis im Freistaat der Dreh- und Angelpunkt – in Brandenburg wäre eine solche Struktur längst verboten worden. Nicht in Bayern – hier gilt ihr Agieren nur als »dreist« und »markig«. Dabei weisen BeobachterInnen seit der Gründung Ende 2008 darauf hin, dass das FNS sowohl inhaltlich als auch personell wie eine Neuauflage der »Fränkischen Aktionsfront« (FAF) erscheint. Diese war 2004 aufgrund der »Wesensverwandschaft mit dem Nationalsozialismus« und ihrer »aggressiven Agitation« durch das bayerische Innenministerium verboten worden. Zwei der damals wichtigen Kader dieser Struktur, Matthias Fischer und Norman Kempken, haben heute wieder Führungspositionen in eben jenem Freien Netz inne. ■

Terror als Strategie

Zehn Jahre »Kameradschaft Aachener Land«

Die »Kameradschaft Aachener Land« (KAL) ist eine der aktivsten Neonazi-Gruppen im Westen der Republik und fest im Gefüge des bundesweiten Netzwerkes der »Kameradschaften« verankert. Trotz der offen nazistischen Ausrichtung und zahlreicher aus ihrem Umfeld begangenen Gewalttaten kann sie legal operieren.

Von Dominik Clemens

Im Februar 2012 schlugen mutmaßliche Neonazis in Aachen wieder zu: Am DGB-Haus wurden Scheiben eingeschlagen und die Gebäudefront mit einem Hakenkreuz und dem Wort »Arbeiterverräter« beschmiert. Nur drei Tage zuvor traf es das »Autonome Zentrum« (AZ). Durch den Briefschlitz wurde Buttersäure in den Eingangsbereich gegossen. Antifa-Gruppen berichteten zudem, dass ihnen per Mail die Drohung einer »White Unity Underground Agency« zugegangen sei, die ankündigte, bei einer Anti-Nazi-Demonstration und im Gästeblock des Tivoli beim Spiel Alemannia Aachen gegen St. Pauli Bomben zu zünden. In allen Fällen vermuteten die Betroffenen die TäterInnen im Umfeld der KAL.



Wurzeln im Umfeld der »Wiking-Jugend«

Die Wurzeln der Neonazi-Gruppe liegen in Stolberg. Hier sammelten sich um die Jahrtausendwende um Wolfgang Nahrath die Reste des Aachener NPD-Kreisverbandes. Der ehemalige »Bundesführer« der 1994 verbotenen »Wiking-Jugend« dürfte Pate gestanden haben, als im Frühjahr 2001 jüngere Neonazis aus diesem Zirkel heraus die KAL gründeten.

Die Gruppe erwies sich als bemerkenswert stabil, denn andere Neugründungen von »Kameradschaften« in der Region scheiterten spätestens nach einigen Jahren, manche binnen Monaten. Anfang Februar 2012 feierte die KAL mit fast einem Jahr Verspätung ihr zehnjähriges »Jubiläum« – auf dem Privatgrundstück des »Kameradschaftsführers« René Laube im Kreis Düren.

Jahrelang hat sie eng mit der NPD der Region kooperiert. Das Verhältnis war stets ambivalent, jedoch dürften insbesondere (wahl-)taktische Überlegungen dazu geführt haben, dass die KAL ein allzu aggressives Auftreten in der Öffentlichkeit vermieden hat. Diese Rücksichtnahme auf NPD-Interessen hat die Gruppe in den vergangenen Jahren zunehmend aufgegeben. Ende 2011 wurde Laube im Zuge des gescheiterten Versuchs des NPD-Kreisverbandes Düren, den Landesverband auf offenen NS-Kurs zu bringen, nach fast 14 Jahren Mitgliedschaft aus der Partei ausgeschlossen. Dies könnte sich als Katalysator für eine weitere Radikalisierung der KAL erweisen.

Radikalisierung der regionalen NS-Szene

An ihrer Gewaltbereitschaft lässt die KAL keinen Zweifel: Ihr Logo zeigt zwei stilisierte Kämpfer mit Sturmgewehren. Nach den Enthüllungen der Terrorserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« veröffentlichte sie auf ihrer Website ein Bild der Comicfigur Paulchen Panther und den Slogan »Zwickau Rulez!!«. Spätestens seit 2008, als Neonazis eine antifaschistische Demonstration in Aachen überfielen, lässt sich eine zunehmende Militanz der regionalen Neonaziszene beobachten. Unter den Tätern befanden sich mehrere Kader der KAL. Seitdem kam es wiederholt zu Bedrohungen und Angriffen gegen das AZ, vermeintliche und tatsächliche Antifaschist/innen, jüdische Einrichtungen, Aussteiger aus der Neonaziszene sowie Büros demokratischer Parteien. Auffallend ist, dass die Taten zunehmend zielgerichteter ausgeführt werden.

Auf Anfrage der Linksfraktion wies die NRW-Landesregierung für die Jahre 2008 bis 2010 allein für die Stadt Aachen 14 Körperverletzungsdelikte und drei Bedrohungen durch Neonazis aus. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen, auch weil viele Opfer das Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden verloren haben. Allzu häufig waren in der Vergangenheit bei Straftaten mit extrem rechtem Hintergrund die Ermittlungen eingestellt worden. Vorläufiger Höhepunkt der Gewaltwelle war der Plan der Aachener Neonazis Falko Wolf und Daniel Thönissen, selbstgebaute Bomben gegen PolizistInnen oder GegendemonstrantInnen bei einem Aufmarsch am 1. Mai 2010 in Berlin einzusetzen. Das Vorhaben scheiterte, weil die Täter sich in einer Vorkontrolle der Sprengkörper entledigten. Anfang 2012 verurteilte die Jugendkammer des Aachener Landgerichts die beiden Neonazis wegen der Vorbereitung von »Sprengstoffverbrechen« zu Bewährungsstrafen. Wolf räumte während der Verhandlung ein, Mitglied der KAL gewesen zu sein.

Auch der KAL-Aktivist Denis Unruh wurde wegen verschiedener Körperverletzungsdelikte zu Haftstrafen verurteilt. Der ehemalige Dürener NPD-Funktionär sitzt seit November 2011 in Untersuchungshaft – wegen »Wiederholungsgefahr«.

Nicht immer lassen sich die Gewalttaten eindeutig der Gruppe zuordnen. Nachdem im August 2011 in Aachen das Haus des Organisators eines »Rock gegen Rechts«-Konzerts mit Farbbeuteln attackiert und ein davor parkendes Auto in Brand gesteckt wurde, tappt die Polizei bei der Suche nach den TäterInnen noch im Dunkeln. Auffallend: Wenige Tage vor dem Anschlag hatte die KAL den für sein Engagement bekannten Gewerkschafter via Website virtuell an den Pranger gestellt. Das geplante Konzert fand schließlich nicht statt.

Kommt das Verbot?

»Ein Verbot der dazugehörigen Strukturen ist das Mindeste was hier zu geschehen hat«, erklärte der Aachener DGB-Vorsitzende Ralf Woelk angesichts der jüngsten Vorfälle. Tatsächlich könnten die Tage der KAL gezählt sein. Der Ruf nach einem Verbot wird in der Region immer lauter. Zahlreiche Kommunalparlamente der Region haben inzwischen eine entsprechende Resolution verabschiedet. »Der Rechtsterrorismus ist nicht weit weg«, heißt es dort. »Wir erleben derzeit auch vor unserer Haustür den Versuch von Neonazis, das Miteinander von Menschen in unserer Region tiefgreifend zu stören.« ■

Rechts im Vogelsberg

Eine scheinbar ruhige Region Hessens

Mit einer Studie wurden rechter Lifestyle und rechte Lebenswelten im osthessischen Vogelsbergkreis systematisch untersucht. Die Recherche in »Sozialen Netzwerken« zeigt die rechten Lebenswelten in Osthessen.

Von Matthias Ritter und Stephan Schneider

Die Vogelsberger Neonaziszene galt lange Jahre als aktivste in ganz Hessen. Grund dafür waren vor allem die zahlreichen Aktivitäten der subkulturell geprägten Kameradschaft »Berserker Kirtorf«. Die Mitglieder der bis zu 40 Personen umfassenden Gruppe organisierten seit Mitte der 1990er Jahre »Heldengedenken«, luden zu »Kameradschaftsabenden« ein und nahmen bundesweit an Demonstrationen teil. Vor allem durch regelmäßige RechtsRock-Konzerte, die in einem umgebauten Schweinestall stattfanden, machte sich die Gruppe auch überregional einen Namen. Die Auftritte national wie international renommierter RechtsRock-Bands zogen neonazistische Skinheads aus dem ganzen Bundesgebiet in die Kleinstadt Kirtorf im Norden des Vogelsberg mit knapp 3.500 EinwohnerInnen. Höhepunkt war der Auftritt der Band »Kategorie C« im Jahr 2002. Vor rund 600 Gästen feierte man den zwanzigsten Geburtstag der Dortmunder »Borussenfront«. Zunehmend gefragt war auch die lokale RechtsRock-Band »Gegenschlag«.





Rückgang organisierter Strukturen

Doch nachdem 2004 die Öffentlichkeit durch einen im Fernsehen gesendeten, heimlich aufgenommenen Konzertmitschnitt über die Vorgänge in Kirtorf informiert wurde, sahen sich die Behörden zum Handeln gezwungen. Kurz nach der Ausstrahlung erfolgten eine Hausdurchsuchung und schließlich ein Nutzungsverbot für den Veranstaltungsraum. Infolgedessen gingen die Aktivitäten der »Berserker« stark zurück. Auch der NPD gelang es nicht, Fuß zu fassen. Zwar zeugten die knapp acht Prozent, die Diana Böhm in der Gemeinde Grebenhain bei den Bürgermeisterwahlen 2007 für die NPD errang, von Zuspruch für die extreme Rechte. Doch darüber hinaus konnte die NPD kaum nennenswerte Aktivitäten vorweisen. Die regelmäßigen Auftritte unorganisierter, rechter Cliquen im öffentlichen Raum ließen die kritischer gewordene Öffentlichkeit allerdings immer wieder aufhorchen. Doch konkrete Anhaltspunkte für deren Treiben sowie für die Existenz einer organisierten Szene blieben aus.

Langzeit Internet-Studie

Eine einjährige Internet-Recherche im Auftrag des »Deutschen Gewerkschaftsbundes« (DGB) sollte Licht ins Dunkel bringen und rechte Lebenswelten in der Region beleuchten sowie virtuelle und reale Treffpunkte der Rechten ausfindig machen (siehe DRR Nr. 133). Im Rahmen der Recherche wurden systematisch zahllose szeneinterne und nichtszeneinterne Internetseiten, deren Gästebücher und Foren, Foto-Webseiten von Kirmes- und Diskoabenden und vor allem die virtuellen sozialen Netzwerke und Partyforen gesichtet. Damit konnte dokumentiert werden, auf welchen Party-, Disko- und Kirmesveranstaltungen ProtagonistInnen der extremen Rechten, wie Mitglieder der kaum noch aktiven »Berserker Kirtorf«, offen auftreten, geduldet oder gar integriert sind.

Geringer Organisationsgrad

Der extremen Rechten im Vogelsbergkreis konnte kein hoher Organisationsgrad nachgewiesen werden. Die »Berserker Kirtorf« treffen sich zwar weiterhin in unterschiedlichen Kneipen, gehen jedoch weitestgehend getrennte Wege. Während ein Teil fortwährend in einer subkulturell geprägten Neonaziszene unterwegs ist und sich einzelne Protagonisten Rockerclubs zugewendet haben, ziehen sich andere ins Familienleben und in ihr ehemaliges »Dorfnazi-Dasein« zurück. Man trifft sie auf öffentlichen Großveranstaltungen, wie etwa der regionalen Kirmes, auf Faschingsveranstaltungen oder beim Diskoabend in der Bar um die Ecke. Nicht selten sind sie durch Symbole auf ihrer Kleidung oder durch Tätowierungen eindeutig der Neonaziszene zuzuordnen. Zu stören schien das lange Zeit niemanden.

Überdeutlich wird dies bei sogenannten »Deutschrock«-Veranstaltungen. Dessen bekannteste Vertreter, die »Böhsen Onkelz« und die Band »Freiwild«, sind im Vogelsbergkreis beliebt. Dass »Böhse Onkelz«-Partys und Deutschrock-Konzerte beliebte Anlaufpunkte für Neonazis sind, ist seit Langem bekannt. Diese Tatsache lässt sich mittels »Sozialer Netzwerke« und durch Partycommunitys im Internet noch einmal gut belegen. Zahlreiche dort eingestellte Bilder, auf denen teils bekannte Neonazis mit eindeutigen Symbolen gemeinsam mit vermeintlich unpolitischen Jugendlichen Arm in Arm zu sehen sind, belegen eine hohe Toleranz gegenüber rechtem Lifestyle.

Rand – Mitte – Überall

Dass auch bekannte und bekennende Neonazis nicht am Rand der Gesellschaft zu suchen sind, zeigt sich in den virtuellen Netzwerken deutlich. In den häufig auch offen einsehbaren Freundeslisten verschwinden zwischen unzähligen vermeintlich unpolitischen Bekanntschaften oftmals weitere Neonazis, deren Profile keinen Hinweis auf ihre rechte Ideologie geben. Doch diese scheinbar nicht-rechte Mitte der Gesellschaft sammelt sich dann in von Neonazis initiierten virtuellen Gruppen, wie »Ich bin stolz Deutsch zu sein« oder »Todesstrafe für Kinderschänder«. Letztlich verwundert es auch nicht, dass viele Neonazis auf ihren Profilen Hobbys wie »Freiwillige Feuerwehr«, »Kirmesclub« oder »Technisches Hilfswerk« angeben.

Die Onlinestudie »Die extreme Rechte im Vogelbergkreis« belegt, dass sich sowohl rechte Jugendcliquen als auch gestandene Neonazis – wie die »Berserker Kirtorf« – als Teil der regionalen Gemeinschaft fühlen können. Ebenfalls konnte gezeigt werden, dass ein rechter Lifestyle gerade in ländlichen Gebieten – auch dort, wo keine organisierten rechten Strukturen existieren – auf eine hohe Affinität bei jungen Menschen trifft. Mit der detaillierten Dokumentation der Rechercheergebnisse und der Veröffentlichung durch den DGB in einer Broschüre konnten diese Zustände nun fundiert problematisiert werden. ■

^ Kameradschaft »Berserker Kirtorf« in Wunsiedel 2003
Kirtorf 2004 – Waffenfunde bei Razzia

Zum Trauern angetreten

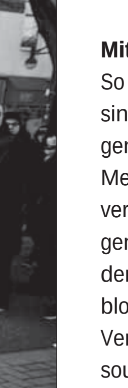
Jährlicher Naziaufmarsch in Magdeburg mit Zwischenfällen

Seit dem Ende der 1990er Jahre hat sich der alljährliche neonazistische Aufmarsch im Januar in Magdeburg nicht nur zur größten regelmäßigen Neonazi-Veranstaltung in Sachsen-Anhalt entwickelt, sondern auch zum bundesweit zweitgrößten sogenannten Trauermarsch anlässlich der alliierten Luftangriffe auf deutsche Städte zur Beendigung des Zweiten Weltkrieges.

Von Silke Heinrich

Rund 1.200 Neonazis hatten unter dem Motto »Ehrenhaftes Gedenken statt Anpassung an den Zeitgeist« am 14. Januar 2012 den Weg in die sachsen-anhaltinische Landeshauptstadt gefunden, um mit ihrer angeblichen Trauer die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren. Auch Neonazis aus Chemnitz, Dessau und Lübeck waren angereist, wo ebenfalls jährlich derartige Veranstaltungen stattfinden. Die TeilnehmerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet zeigen, dass der so genannte Trauermarsch in Magdeburg mehr als nur von regionaler Bedeutung ist.

Angemeldet wurde die mehr als vier Kilometer lange Aufmarschstrecke von Magdeburg-Buckau in die Innenstadt und zurück von der »Initiative gegen das Vergessen« aus der Landeshauptstadt und ihren Hauptprotagonisten Andreas Biere und Andy Knape. Fast ununterbrochen dudelte dabei die Musik Richard Wagners aus dem Lautsprecherwagen. Auf der ersten Zwischenkundgebung sprachen dann der Anmelder und Landesvorsitzende der »Jungen Nationaldemokraten« (JN) Andy Knape, »ein Kamerad aus Österreich« sowie Sven Skoda vom niedersächsischen »Gedenkbündnis Bad Nenndorf«. Nach Einbruch der Dunkelheit entzündeten die Neonazis Fackeln und Grablichter und hielten eine zweite Kundgebung ab, bei der zunächst Andreas Biere eine sogenannte »Totenehrung« abhielt, bevor der als ehemaliger Jagdflieger und »Vertreter der Erlebnisgeneration« angekündigte Reinhold Leidenfrost einige Worte an die aufmarschierten Kameraden richtete.



Seit 2010 arbeitet die Magdeburger Initiative eng mit dem Dresdener »Aktionsbündnis gegen das Vergessen« um Maik Müller zusammen. Beide Initiativen betreiben eine gemeinsame Internetseite und unterstützen sich bei den Aufmärschen gegenseitig. Auch die Zusammenarbeit mit Dortmunder Neonazis der »Antikriegstags«-Initiative wurde nicht nur durch die Durchführung einer Mobilisierungsveranstaltung eine Woche vorher deutlich, sondern auch durch den Redebeitrag eines Vertreters dieser Gruppe in Magdeburg. Außerdem stellten die Dortmunder den Lautsprecherwagen zur Verfügung. Mit viel Pathos und wenig historischer Substanz schmückten Veranstalter und Redner die Situation in der Magdeburger Bombennacht aus. Dabei wurde immer wieder der Nationalsozialismus glorifiziert und die eigene Standhaftigkeit beschworen.

Rückblick

Am 16. Januar 1945 bombardierten die britische und amerikanische Luftwaffe die Rüstungsstadt Magdeburg. Während die stadtgeschichtliche Forschung die Anzahl der Todesopfer offiziell mit 2.000 bis 2.500 angibt, verbreitet die Neonazi-Initiative ähnlich wie in Dresden eine vielfach höhere Zahl – sie spricht von 16.000 Todesopfern. Das Propaganda-Potential dieser Luftangriffe hatte die örtliche Neonazi-Szene bereits 1999 entdeckt. Nachdem sie zunächst an der städtischen Gedenkveranstaltung auf dem Magdeburger Westfriedhof teilgenommen hatte, begann sie 2001 mit der Durchführung eigener sogenannter Trauermärsche, die meist durch den Stadtteil Stadtfeld führten und auf dem Westfriedhof mit einer Kranzniederlegung an der Gedenkstätte für die Opfer des Bombenangriffs endeten. Zum 60. Jahrestag 2005 nahmen erstmals 1.000 Neonazis teil. Erst nach einer Änderung der Friedhofssatzung durften sie ab 2007 den Friedhof zu diesem Anlass nicht mehr betreten. Ihren Aufmarsch führten sie mit einer konstanten TeilnehmerInnenzahl zwischen 800 und 1.200 jedoch weiterhin durch. Während die Neonazis um Andreas Biere und Andy Knape zunächst als »Kameradschaft Festungsstadt« und als »Nationale Sozialisten Magdeburg« mobilisierten, traten sie 2008 erstmals als »Initiative gegen das Vergessen« auf. Und obwohl die Akteure der Initiative zeitweise für die NPD und die JN aktiv waren oder es bis heute sind, war der Magdeburger Aufmarsch, anders als zum Beispiel in Dresden, nie eine Plattform für Parteien oder andere neonazistische Vereine. Auch auf der UnterstützerInnenliste finden sich außer der Landes- und der Bundes-JN keine weiteren Parteiuntergliederungen.

Mittlerweile spürbare Gegenproteste

So unmittelbar wie in diesem Jahr sind die Neonazis bisher nicht mit Gegenprotesten konfrontiert gewesen. Mehrere unfreiwillige Zwischenstopps verzögerten den Aufmarsch, als GegendemonstrantInnen an verschiedenen Punkten die Strecke zeitweise blockierten. Und auch wenn sich die Veranstalter im Nachhinein selbst einen souveränen Umgang mit der Situation bescheinigten, war ihnen ihr Unmut vor Ort deutlich anzumerken. Zu einem Tumult kam es kurzzeitig, als in direkter Nähe des Aufmarsches Feuerwerkskörper und eine »Rauchbombe« gezündet wurden. Aber auch die zivilgesellschaftliche »Meile der Demokratie« zog mehrere tausend Menschen an, die ein Zeichen gegen Neonazis setzen wollten. Nachdem es für die Neonazi-Szene aufgrund der zunehmenden Proteste immer schwieriger wird, ihre Aufmärsche in Dresden zu inszenieren, scheint auch in der Ottostadt ein ungestörtes »Trauern« der Vergangenheit anzugehören. Magdeburg besitzt zudem nicht den symbolischen Wert und die strömungsübergreifende Integrationskraft von Dresden, um Neonazis im hohen vierstelligen Bereich anzuziehen. Insbesondere, wenn sich auch hier die Gegenproteste verstetigen. ■

Hochglanz-Nazis

Seit zwei Jahren erscheint monatlich »Zuerst!«

Das neonazistische Hochglanz-Blatt »Zuerst!« funktioniert als Verkaufskatalog der Verlagsgruppe »Lesen & Schenken«. Die Zeitschrift des rechten Verlegers Dietmar Munier steht heute unter der Leitung des ehemaligen Redakteurs der neurechten »Jungen Freiheit«, Manuel Ochsenreiter.

Von Ernst Kovahl

»Ich halte die multikulturelle Gesellschaft für unmenschlich«, sagte Manuel Ochsenreiter dem »Bayerischen Rundfunk«. Damals – im Sommer 1995 – war der Jungrechte aus dem Allgäu gerade einmal 19 Jahre alt und Mitglied in der »Jungen Union«. Bis heute ist er seinen rassistischen Überzeugungen treu geblieben. Als Autor hatte er in dem 1994 erschienenen Standardwerk der damals aufstrebenden »Neuen Rechten«, dem von Roland Bubik im »Ullstein Verlag« herausgegebenen Buch »Wir ´89er. Wer wir sind und was wir wollen« reüssiert. Zwölf Autoren aus dem Dunstkreis der »Jungen Freiheit« (JF) bekannten darin ihre Liebe zur deutschen Nation und verkündeten den Aufbruch einer jungen, intellektuellen Rechten. Nach Stationen als Redakteur bei der JF sowie als Chefredakteur der »Deutschen Militärzeitschrift« (DMZ) ist Ochsenreiter heute Chef der neonazistischen Zeitschrift »Zuerst!«.

Rechter Warenkatalog

Im März 2011 übernahm Ochsenreiter von dem alternden Günther Deschner, der in konservativen Kreisen einen Namen hat, den Job des Chefredakteurs bei dem monatlich erscheinenden Hochglanzmagazin, das Anfang 2010 die Nachfolge des neonazistischen Traditionsblattes »Nation Europa« antrat. Großspurig verkündete Verleger Dietmar Munier von der Verlagsgruppe »Lesen & Schenken« bei der Gründung, er wolle es mit den Wochenmagazinen »Der Spiegel« und »Focus« aufnehmen. Doch statt Massenmedium zu werden, blieb »Zuerst!« ein Nischenprodukt. Das Medienmagazin »Zapp« des NDR berichtete jüngst, »Zuerst!« verkaufe pro Monat nur »wenige tausend« Exemplare – andere Zahlen sind nicht bekannt. Auch das Anzeigengeschäft läuft sichtlich schlecht. So warben hier beispielsweise in der Februar-Ausgabe lediglich die österreichischen Rechtsblätter »Die Aula« und »Zur Zeit« sowie kleinformatig die neonazistische Initiative »Gedenkmarsch«, die für den Aufmarsch am 13. Februar 2012 in Dresden mobilisiert, ein esoterisch anmutender Anbieter für »Selbstversorgung & Krisenvorsorge« sowie der Produzent einer Anti-EU-Publikation. Verleger Munier nutzt das Blatt vor allem dafür, die Produkte seiner eigenen Verlage, unter anderem »Bonus« und »Arndt«, sowie die DMZ und »Der Schlesier« anzupreisen. »Zuerst!« funktioniert so für ihn als Verkaufskatalog mit redaktionellem Teil.

Vertriebsnetz

Den Vertrieb der »Zuerst!« organisiert von Anbeginn die »Verlagsunion«, ein Tochterunternehmen des »Bauer Verlags«. Erst jüngst protestierten erneut der DGB sowie der Betriebsrat des »Bauer Verlags« gegen den Vertrieb des Blattes. Doch der Konzern verteidigt sein offenbar profitables Geschäft mit dem Argument, so die »Meinungsfreiheit« an den Kiosken zu erhalten. Johannes Ludwig, Professor für Medienökonomie an der »Hochschule für Angewandte Wissenschaften« in Hamburg kommentierte im Interview mit »Zapp« den Nutzen der Zusammenarbeit mit dem renommierten Verlagshaus für die »Zuerst!«: »So ein eingespieltes Vertriebsnetz eines großen Verlages ist [...] natürlich ausgesprochen hilfreich. Da käme so ein kleiner Verlag gar nicht an die Kundschaft ran, die er da vielleicht im Auge hat [...]«.

Durchgängig rassistisch

Politisch ist sich »Zuerst!«-Chef Ochsenreiter treu geblieben. »Das »Volk« sei für ihn das »natürliche«, das sich in den Dörfern und auf dem Land finde, bekannte er 1995. In den Städten dagegen, so raunt er, sammle sich das »Künstliche«. Die vermeintlich konfliktfreie Gesellschaft des »Volkes« auf dem Dorf gelte es zu erhalten. Sollte dort aber »plötzlich eine Moschee« stehen, gäbe es einen »Konfliktfall«, denn »dann haben wir hier diese zwei völlig gegensätzlichen Kulturen, die sich auch auf die Enge nicht vertragen werden«, erklärte er. »(H)ier hat das einfach nichts verloren«, lehnte Ochsenreiter entschieden die Vorstellung ab, in seinem Allgäuer Dorf könne eine Moschee errichtet werden. Er erschauderte: »Da kommt dann der Muezzin drauf und der ruft dann.« Doch Ochsenreiters Rassismus ist nicht allein antimuslimisch motiviert. Offen bekannte er seine Vorstellungen auf der »Bielefelder Ideenwerkstatt« unter dem Titel »Die Völkerwanderungen im 21. Jahrhundert – Fluch oder Segen für Europa?« der »Burschenschaft Normannia-Nibelungen« am 5. und 6. November 2011. Ausführlich berichteten die »Burschenschaftlichen Blätter« (Nr. 4/2011) über diesen Vortrag des »Verbandsbruders« Ochsenreiter (»Berliner Burschenschaft der Märker«). Europa müsse sich bemühen, die aktuellen Konflikte im arabischen Raum zu beenden, um Einwanderung nach Europa zu verhindern. Denn auch christliche Flüchtlinge seien »nicht besser zu integrieren als muslimische Einwanderer«, meint er. Sie seien »in ähnlichen kulturellen Strukturen verhaftet wie die Moslems in diesen Ländern«. »Patriarchalisch organisierte Sippen mit Idealen, die mehr ins Mittelalter passen, als in das aufgeklärte, säkularisierte Europa« gebe es dort, referierte Ochsenreiter. »Im Ergebnis« sei der »christliche Exodus aus Arabien« genauso »konfliktbehaftet wie die zumeist muslimisch geprägten Völkerwanderungen von dort und aus Afrika.«, warnte er. Während Ochsenreiter vor MigrantInnen und dem Islam in Deutschland warnt, posiert er gerne und regelmäßig mit religiösen Partei- und Regierungsvertretern arabischer Länder, die er für »Zuerst!« interviewt. Sein Rassismus auf der einen Seite wird flankiert von einer Sympathie für jene Regierungen, die sich gegen die USA und Israel stellen. ■

WEITERES OPFER

Erneut ermordeten Neonazis in Russland einen Antifaschisten. Am 9. Februar 2012 fand die Polizei in Samara den 20-jährigen Nikita Kalin mit 61 Messerstichen und Kopfverletzungen in der Nähe des Physikalischen Institutes »P.N. Lebedeva« der Russischen »Akademie der Wissenschaften« tot auf. Kalin engagierte sich gegen Neonazis und war Mitglied der Treffen »für faire Wahlen«.

NEUER NPD-LANDESVORSITZ

Bei der Wahl des neuen Berliner NPD-Landesverbands am 4. Februar 2012 wurde der 26-jährige Sebastian Schmidtke, bisher stellvertretender Landesvorsitzender, zum neuen Vorsitzenden des NPD-Landesverbands Berlin gewählt. Er stellte sich als einziger Kandidat für das Amt und erhielt rund 87 Prozent der Stimmen beim Landesparteitag. Als Stellvertreter wurden Uwe Meenen und Udo Voigt gewählt. Schmidtke zählt zu den führenden Köpfen der Berlin/Brandenburger Kameradschaftsszene. Sein politischer Werdegang verlief vom »Kampfbund Deutscher Sozialisten« (KDS) mit der »Sozialistischen Zelle Straußberg« über den »Märkischen Heimatschutz« (MHS) und der Zusammenarbeit mit den Berliner Kameradschaften »Berliner Alternative Süd-Ost« (BASO) und »Tor« bis zur Berliner NPD. Er trat als Anmelder und Redner bei Aufmärschen auf.

»Reichsflugscheiben« greifen an!

UFO-Glaube zwischen Nazis und Verschwörungstheorien

Das Bild besticht alle, die sich mit UFOs und Reichsflugscheiben auseinandersetzen: Eine Armada von außerirdischen Nazi-Flugscheiben greift New York an und liefert sich eine Schlacht mit irdischen Kampfjets und bewaffneten SpaceShuttles. Für NostalgikerInnen des Nationalsozialismus eigentlich eine Traumvorstellung, die aber lächerlich gemacht wird.

Von Eike Sanders

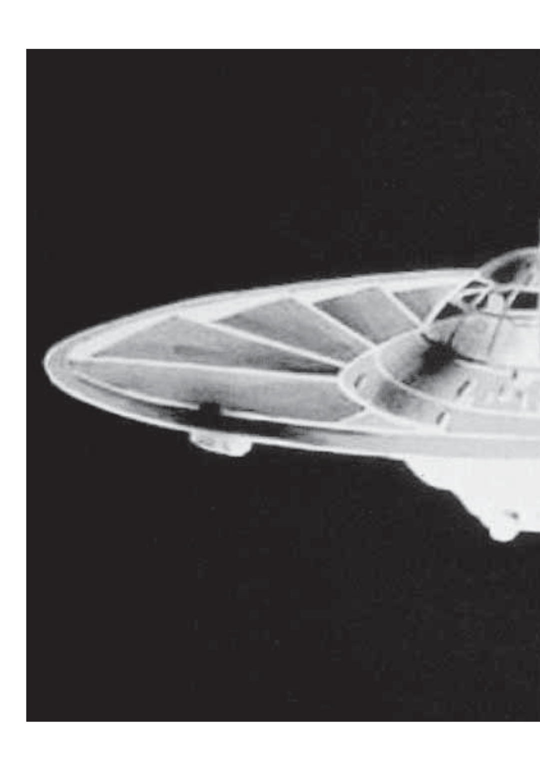
In der Science-Fiction-Komödie »Iron Sky«, die im Februar 2012 ihre Weltpremiere auf der »Berlinale« feierte, hebt das gigantische NS-Mutterkampfschiff »Götterdämmerung« nur kurz ab und macht eine Bauchlandung – noch auf dem Mond. Die Story, die zu dem absurden Bild führt, ist ebenso abgedreht wie altbacken: 1945 fliehen die Nazis auf die dunkle Seite des Mondes, wo sie eine Zivilisation in einem riesigen hakenkreuzförmigen Bunker aufbauen. Hier bereiten sie sich darauf vor, irgendwann auf die Erde zurückzukehren und der Menschheit ihr hehres Weltbild aufzudrücken. »We come in peace« ist offiziell die Parole. Doch die Entdeckung ihres Versteckes im Jahre 2018 durch eine US-amerikanische Mondexpedition »zwingt« die Nazis zum sofortigen Handeln und das heißt Krieg. Den verlieren die »Arier« so unspektakulär, dass es eine Freude ist: Die »Götterdämmerung« stürzt ab, weil der Akku des von der Erde gestohlenen iMac leer ist. Die irdische Technik hätte das Problem der Energieversorgung für den Koloss endlich beheben sollen – und scheiterte. So weit, so »trashig«.

Der Film lässt lachen, und wer sich mit den vielzähligen Anspielungen und Zitaten beziehungsweise der Sprach- und Symbolwelt von NS-NostalgikerInnen, UFO-Gläubigen und Verschwörungsfans auskennt, kann sich über manche Details köstlich amüsieren. Wer den Film ernst nimmt oder ihm eine politische Botschaft unterstellt, die über das Bloßstellen der Nazis hinausgeht, mag sich über die billigen Seitenhiebe gegen die USA ärgern oder das Ganze einfach zu abgeschmackt finden. Die NS-NostalgikerInnen – egal ob UFO-gläubig oder nicht – verstehen diesen Film schon jetzt als ernsthaften Angriff auf das eigene Weltbild.

Rechte »Iron Sky«-Rezeption

»Ich kann mir kaum vorstellen, dass die Seite der Eroberer nur im Geringsten als positiv dargestellt wird«, spekulierte »Hermann von Salza« im neonazistischen »Thiazi«-Forum bereits Ende 2011 und löste damit die übliche Welle von neonazistischem Selbstmitleid ob »negativer Berichterstattung« und »böser Klischees« aus.

Auf der extrem rechten Esoterik-Website »Terra-Germania« wird nur wenige Tage nach der Premiere etwas substanzieller über den Film diskutiert. Das Argumentationsschema ist indes typisch für dieses Spektrum: Die hoffnungsvollen Spirituellen streiten sich mit den fatalistischen Verschwörungsgläubigen. »Die eigentliche Botschaft dieses Filmes wird größtenteils unterbewusst weitergegeben!«, freut sich user »Kevin Döring« über die Thematik von »Iron Sky« und führt aus: »Alles, was die Flugscheiben und das Reich betrifft, hat aus energetischen und potentiellen Gründen eine besonders starke Wirkung [...]. Energetisch, weil es letztlich unsere eigene Geschichte und Verbindung zu den RDs [»Reichsdeutschen«, E. S.] betrifft und potentiell, weil durch die Unterdrückung [...] der Wahrheiten [...] ein hoher Druck aufgebaut wurde, der sich früher oder später ausgleichen will. Wie gesagt, das Unterbewusstsein ist die eigentliche Bühne dieses Meisterstücks!« Der user »Larry Summers« möchte allerdings den Film als eindeutige »Feindpropaganda« eingestuft wissen, denn schließlich gewinnen am Ende ja die »guten Juden«: »Das wirklich einzig Positive [an diesem Film] ist die Tatsache, dass die Zionisten sich offensichtlich gezwungen sehen, das Thema propagandistisch aufzugreifen, schlichtweg weil sie Angst vor den Flugscheiben haben. Ansonsten hat so eine Scheiße nichts aber auch rein gar nichts auf einer Seite zu suchen, die sich der Absetzbewegung verschrieben hat.« Die Seite »Terra-Germania« propagiert nämlich ernsthaft die Theorie der »Absetzbewegung«: 1944 oder 1945 haben die Nazis die Erde verlassen, aber sie werden mit Reichsflugscheiben zurückkommen.



Peter Schmidt vom Webforum »Neuschwabenland«, einer den Nationalsozialismus verherrlichenden Gruppe, die sich nicht virtuell, sondern tatsächlich seit Jahren meist zweiwöchentlich in Berlin trifft, möchte trotzdem über den Film diskutieren. Er fragt sich, wieso und von wem ein Film mit so einem Thema prominent platziert wurde und gleichzeitig in seinen Augen zu wenig rezipiert wird. Dahinter müsse eine Verschwörung stecken: die »reichsdeutsche Tarnung oder die bundesdeutsche Zensur«. User »Gandalf der Blaue« ist sich im Forum von »Thiazi« auch sicher, »dass dieser Film eine Botschaft transportiert, obwohl der Macher nach meiner Kenntnis kein HolyWut-You [gemeint ist »Hollywood-Jude«, E.S.] ist. Ohne tieferen Sinn und Zweck dürfte der Film NIE gezeigt werden.«

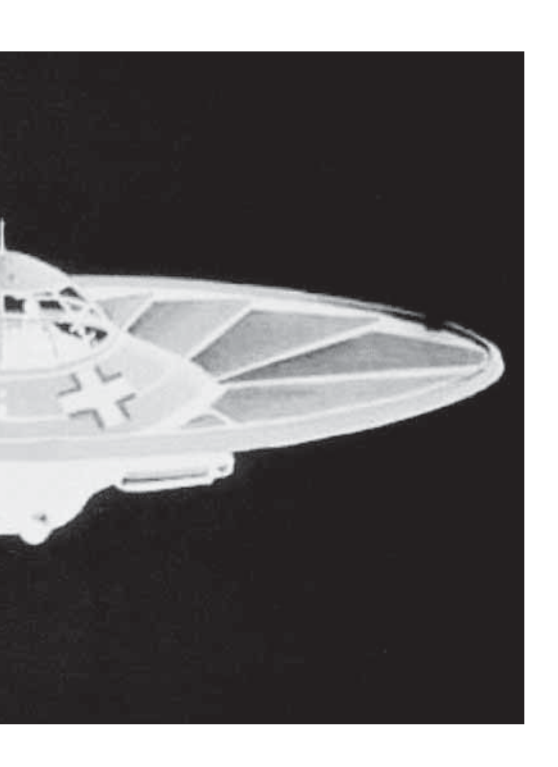
UFO-Gläubige zu »Reichsflugscheiben«

Das Thema UFOs und »Reichsflugscheiben« ist immer mit Verschwörungstheorien verknüpft. Wie anders könnten UFO-Gläubige sonst den Mangel an Fakten und gleichzeitig die »glaubhaften« Berichte über diverse Phänomene erklären? »Reichsflugscheiben« sind das Steckenpferd der NS-NostalgikerInnen, die nur bedingt zu den UFO-Gläubigen gezählt werden können. Im Prinzip müssen sie auch nicht an die Existenz Außerirdischer glauben. Die technisch hochentwickelten Nazis hätten, so ihre Vorstellung, Flugscheiben gebaut, mit denen sie nun durch die Gegend flögen. UFO-Gläubige hingegen halten diese Objekte fälschlicherweise für Vehikel von Außerirdischen. Die Menge an frei kombinierbaren Details und Erklärungen ist jedoch unermesslich und die wenigsten legen sich auf eine stringente Theorie fest. Beispielsweise, mutmaßen manche, könnten die Nazis ihr Wissen über den Bau von Flugscheiben von Außerirdischen haben – diese könnten

auch ihre Vorfahren gewesen sein. Oder die Nazis sind nicht nur 1945 nach Neuschwabenland in der Antarktis geflohen, sondern womöglich auf einen anderen Planeten, zum Beispiel nach Aldebaran. Der Übergang zur SciFi-Literatur ist fließend. Die »Neuschwabenländer« diskutieren tatsächlich über derart abstruse Vorstellungen – anhand vermeintlicher oder echter historischer Dokumente, gepaart mit einer Unmenge an Verschwörungstheorien, Spinnereien und dem Traum von einem wiederkehrenden »Dritten Reich«.

Das Gros der UFO-Gläubigen, das sich im Bereich der Esoterik und der sogenannten Grenzwissenschaften verortet, bezieht sich jedoch kaum positiv auf den Nationalsozialismus. Die allerwenigsten von ihnen halluzinieren »Arier« des »Dritten Reiches« in den Flugobjekten, sondern außerirdische Wesen. In den meisten UFO- und Alienforen macht man sich über Nazis und Flugscheibengläubige lustig, zumal UFOs in anderen Ländern anders diskutiert werden. Die meisten entsprechenden Sichtungen werden aus den USA berichtet und die meisten Kornkreise, die in diesem Kontext auch eine Rolle spielen, werden in England »gefunden« – historische Nazis sind dementsprechend kaum Thema.

Überschneidungen finden dort statt, wo heutige extreme Rechte in Deutschland Erklärungen für den gesellschaftlichen Umgang mit »der unterdrückten Wahrheit« über außerirdisches Leben suchen, das sie selbst für bewiesen halten. Zu nennen sind hier vor allem die Verschwörungstheorien von Jan Udo Holey alias »Jan van Helsing«. Mit seinen Büchern »Geheimgesellschaften« – Band 1 1993, Band 2 1995, beide im »Ewert-Verlag« – lieferte er die Vorlage für eine Vielzahl esoterischer Verschwörungsgläubiger, von denen Jo Conrad derzeit immer noch der umtriebigste ist. Während die durchgängig antisemitischen »Geheimgesellschaften« von Jan van Helsing, nachdem sie über 100.000 Mal verkauft worden waren, 1996 als volksverhetzend mit Beschlagnahmebeschluss indiziert wurden, sind Jo Conrads Bücher weiterhin frei erhältlich und Mainstream-esoterische Zeitschriften wie die »SEIN« sind sich nicht zu schade, Artikel von ihm abzudrucken (SEIN 7/2010).



Gute vs. böse Außerirdische

Der Glaube an Außerirdische ist fester Bestandteil der Esoterikszene. Erich von Däniken, ein sich wissenschaftlich gebender Autor, stützt seine Argumentation auf archäologische Quellen und mythische Überlieferungen, aus denen er Hypothesen über das Wirken Außerirdischer ableitet. Sein Entwurf von Aliens ist eher positiv, »sie« hätten »uns« zum Beispiel geholfen, die Pyramiden zu bauen. Von Däniken hat über 30 Bücher geschrieben – mit einer Auflage von insgesamt 62 Millionen Exemplaren. Es ist davon auszugehen, dass er gute Geschäfte macht, vor allem unterhält er ein Millionenpublikum mit pseudowissenschaftlichen Gedankenspielen über die ungelösten Rätsel der Menschheit. Andreas von Rétyi hingegen, der im »KOPP Verlag« und in Jan van Helsings »Amadeus Verlag« publiziert, setzt auf den verkaufsfördernden Gruseleffekt. Seine Außerirdischen, die »Grauen«, sind böse, brutal, pervers und mitleidslos. Sie entführen Menschen zu Versuchszwecken. Die Regierungen seien dabei mit im Spiel, indem sie verheimlichen und manipulieren, womöglich, weil sie mit Außerirdischen paktieren. Bei Autoren wie David Icke und Jo Conrad sind die Mächtigen vielleicht gar selbst halbaußerirdische Reptiloide – wie beispielsweise auch in der US-amerikanischen TV-Serie »V – Die Besucher kommen«.

Exopolitik vs. Truther

Mit der Frage der Informationspolitik der Regierungen über Außerirdische beschäftigt sich schließlich auch die sogenannte Truther-Szene – »Wahrheitssuchende«, die diversen Verschwörungstheorien anhängen, allerdings nicht an UFOs glauben. Im Gegensatz zu den UFO-Gläubigen von »Exopolitik«: Diese verlangen von der Politik weltweit, die »Tatsache« der Existenz außerirdischen Lebens anzuerkennen und entsprechend zu handeln. Von den »Truthern« grenzen sie sich mit dem Appell »UFOs & 9/11 – Don't mix!« ab, so heißt es auf dem Blog von »Exopolitik Deutschland«: »Zwei wichtige Wortführer der internationalen Exopolitik-Bewegung sprachen sich [...] gegen eine Verknüpfung der Ufologie mit Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit den WTC-Anschlägen aus.« Die Vermischung schade dem eigenen Anliegen, »wenn die Diskussion mit anderen kontroversen Themen überfrachtet werde«. Robert Fleischer von »Exopolitik Deutschland« führt aus, es werde »auch im Lager der 9/11-Aktivisten« befürchtet »dass ihr Thema durch Vermengung mit UFO-Themen an Glaubwürdigkeit verliert«. Dennoch sucht er die Zusammenarbeit, denn schließlich bestünde »auf beiden Seiten ein großer Wille, die Wahrheit herauszufinden«. Alexander Benesch von »infokrieg.tv«, der wichtigsten deutschsprachigen Internetplattform der »Truther«, traf sich denn auch am 10. August 2011 mit Fleischer zu einem Gespräch. Laut Benesch glauben achtzig Prozent der US-AmerikanerInnen an außerirdisches Leben. Dies deutet er als die gezielte Vorbereitung auf einen zukünftigen fingierten außerirdischen Angriff unter falscher Flagge und er wirft den UFO-Gläubigen vor, einer raffinierten Verschwörung aufzusitzen. Das UFO-Phänomen sei gezielte Desinformation, um von anderen Projekten der Weltpolitik abzulenken und mit einem inszenierten intergalaktischen Krieg zur Eine-Welt-Regierung zu gelangen. »Die Oligarchie finanziert das UFO-Movement und […] Steven Spielberg geht […] nach Spanien zum Bilderberger-Treffen und kriegt laut Insider-Info die Order ›mach mehr UFOs- und Alienfilme!‹«. Und hier lässt sich die Gefahr des UFO-Glaubens vielleicht am besten ablesen: In dem Moment, wo Außerirdische – oder ihre Fiktion – in Bezug gesetzt werden mit der globalen Politik blühen die Verschwörungstheorien und entmächtigen die Menschen als eigenständig Handelnde. Die »Bilderberger-Konferenz«, ein tatsächlich stattfindendes informelles Treffen einflussreicher Personen aus Wirtschaft, Politik, Militär, Wissenschaft und Adel, dient als Projektionsfläche für die eigene Ohnmacht und als »Sündenbock« für die Übel der Welt. Die Konstruktion von Verschwörungstheorien ist dabei nicht nur bei eindeutig extremen Rechten wie den Reichsflugscheiben-Gläubigen antisemitisch: Allzu oft werden die »Schuldigen«, die im Geheimen besprochen hätten, wie sie die Welt zu ihrem Nutzen lenken sollen, als »Juden« halluziniert, und die »Protokolle der Weisen von Zion« tauchen seit Jahren als »historische Quelle« in den unterschiedlichsten Spektren auf. Die Abgrenzung der Truther-Szene, genauso wie die der UFO-Gläubigen von den neuen und alten antisemitischen Verschwörungsmythen, ist zwar in Teilen bemüht, doch liegt die Crux in den irrationalen Welterklärungsmodellen an sich. Das Bedürfnis nach einfachen Erklärungen und die gefühlte Ohnmacht nehmen stetig zu. So unterhaltsam verrückte Geschichten von Mondnazis auch sind; das Erschreckende dabei ist tatsächlich, dass es Einige gibt, die an die Mythen glauben – und deren Rassismus und Antisemitismus ist wiederum real. ■

Aldebaran & der Dritte Sargon

Braune Sprengsel im Science Fiction

Nazi-Ufos von der dunklen Seite des Mondes, die die Welt erobern – der Science Fiction ist voll von derartigen Geschichten. Verfasst und verlegt werden derartige Romane und Comics indes nicht nur von einschlägigen rechten Akteuren.

Von Wolfgang Janshen

Die Erde im Inneren hohl, deutsche Basen auf dem Mond, Reichsflugscheiben, die durch die Zeit fliegen und Sumerer, die einst aus dem Sonnensystem Aldebaran auf die Erde kamen. Manche scheinen das für Realität zu halten, beispielsweise Autoren wie Norbert Jürgen-Ratthofer und Ralf Ettl. Ihnen zufolge reiste Freiherr von Sebottendorf, ein Hochstapler und gleichwohl wichtiger Protagonist der völkischen Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, seinerzeit durch den Nahen Osten und stieß dabei auf die Prophezeiung der Seherin Sajaha aus der Stadt Babylon, die im sechsten Jahrhundert vor Christi Geburt gelebt haben soll. Sie »sah«, dass eines Tages der Dritte Sargon kommen, der wie seine Vorgänger Großreiche schaffen werde. Er sei der Retter aus dem Norden (von Mitternacht her), der die Welt von der Herrschaft der bösen Mächte befreie. Getroffen haben soll Sebottendorf 1917, so gehen die Legenden der braunen Esoteriker weiter, auch das Medium Maria Orsic (auch Ortisch), die telepathisch Kontakt mit dem Sternensystem Aldebaran aufgenommen hätte. Aus den Weiten des Weltraums kam die Information, dass die Aldebaraner vor hunderten von Millionen Jahren die Erde besiedelt hätten und – wen wundert's – die Deutschen die Nachkommen dieser frühen Siedler seien.

Zwei abstruse Geschichten, in deren Mittelpunkt jener Freiherr steht, der an der Gründung der »Thule Gesellschaft« im revolutionsbewegten München 1918 beteiligt war. Mitglieder dieser Organisation waren später an der Gründung der NSDAP in München beteiligt, was nicht nur in den Nationalsozialismus-apologetischen Kreisen zu Theorien über geheime und geheimgesellschaftliche Hintergründe in der Vorgeschichte der Nazi-Partei führte, sondern auch Ausgangspunkt vieler heutiger Verschwörungsfantasien ist. Das Medium Mara Orsic beispielsweise gilt vielen als der Ursprung der Nazi-Ufos: Sie soll die Baupläne von Aldebaran telepathisch empfangen haben, mit denen die Nationalsozialisten während des ›Dritten Reichs‹ dann zum Mond und nach Aldebaran geflogen seien. Bücher von Jürgen-Ratthofer, Ettl oder auch Wilhelm Landig über Ufos und deren babylonischen beziehungsweise aldebaranischen Ursprung kommen mal als Sachbuch, mal als Roman daher, haben jedoch über eine an braun gefärbten esoterischen Inhalten interessierte Szene hinaus nur wenig Verbreitung.

Verschwörungen in SciFi-Verpackung

Anders ist das bei dem in der Schweiz beheimateten »Unitall Verlag«. Seit einigen Jahren schon verkauft dieser solche Inhalte, verpackt in verschiedenen Science-Fiction-Reihen. In der Reihe »Der Engel der Schwarzen Sonne« agiert eine Geheimgesellschaft, die sich auf die Prophezeiungen von Sajaha bezieht und die Erscheinung des Dritten Sargon vorbereitet. In der Romanreihe »Aldebaran« kämpfen die Aldebaraner unter Führung ihres Imperators Sargon II. gegen ein reptilienartiges Volk. Im Zuge dessen schicken sie auch eine Expedition auf die Erde, die hier im Jahr 1869 landet. Sie legen geheime Stützpunkte an, einen in der Antarktis und einen weiteren auf dem Mond. Jener am Südpol spielt auch in der Romanreihe »Stahlfront« eine Rolle. Dorthin haben sich demnach die Nazis nach 1945 zurückgezogen und greifen von dort mittels Flugscheiben in die Machenschaften geheimer Mächte auf der Erde ein. In der Romanreihe »Kaiserfront« wird der Mond hingegen von Deutschen erobert, die den Zweiten Weltkrieg gewonnen haben und 1949 eine Mondmission starten.



^ Erster Band aus der »Stahlfront«-Reihe im »Unitall« Verlag

Alle Romane des »Unitall Verlages« zeichnet ein gleichsam simpel gestrickter und trivialer Stil aus. Die Geschichten sind gewaltverherrlichend und leben einen spätpubertären Machokult aus. In dem ersten Roman der Reihe »Schwarze Sonne« wirft der Held der Geschichte sogar seine schwangere Lebensgefährtin aus seinem Luxusapartment, weil sie sich entgegen seiner Anordnung noch mit einer ihm nicht genehmen Freundin trifft. Der Protagonist der Geschichte ist indes nicht nur geschäftlich erfolgreich, wohlhabend, clever etc., sondern er kann auch in der Luft schweben. Gleichwohl verbindet die Geschichten ein Führerkult, ein Hang zur Xenophobie und zum Militarismus (s. DRR Nr. 127). Die Angaben zu Autoren der Bücher sind dabei fantasiereich, so wurde »Aldebaran« angeblich von einem Experten für Quantenmechanik geschrieben und die »Schwarze Sonne« von einem ehemaligen Angehörigen der »Republikanischen Garde«, einer militärischen Eliteeinheit des Irak unter Saddam Hussein. Zum Verlagsprogramm gehören im Übrigen auch vermeintliche Sachbücher wie beispielsweise die Prophezeiungen von Sajaha und Schriften des

Nazi-Esoterikers Lanz von Liebenfels. Der hatte sich noch zu Lebzeiten damit gebrüstet, dass Hitler seine Lehren aufgegriffen habe. Eine Legende, die auch außerhalb der Szene der braunen Esoteriker immer wieder aufgegriffen wird.

Der Verlagsname von »Unitall« stammt aus der Serie Ren Dhark, einem Science-Fiction-Klassiker, der in den 1960er Jahren als Konkurrenz zu Perry Rhodan erschien. Dort ist Unitall ein annährend unzerstörbares Material, aus dem Raumschiffe gebaut werden, und das von einem geheimnisvollen Volk, den »Mysterious« beziehungsweise »Worgun«, stammt. Ihre Hauptwelt wird Babylon genannt.

Die Ren-Dhark-Reihe wird heute vom »HJB Verlag« des Verlegers Hans-joachim Bernt fortgesetzt, dessen Firma aus Radolfzell am Bodensee exklusiv die Bücher von »Unitall« in Deutschland vertreibt. Bei letzterem sind inzwischen wiederum auch Neuauflagen von Ren-Dhark-Büchern erschienen. In einem Buch über Sajaha, das bei Unitall verlegt wurde, behauptet Bernt im Vorwort, dass diese »okkulte Schrift« konträr zum »vorgegebenen Weltbild« stehe. Was mit dem »vorgegebenen Weltbild« gemeint ist, macht Max Kaltmeister im Hauptaufsatz des Buches deutlich: Mit Verweis auf neueste Erkenntnisse von Neurobiologie und Genetik versucht er eine Art neue, biologisch notwendige »Volksgemeinschaft« zu konstruieren. Zu einem ähnlichen Thema hatte Kaltmeister schon einmal beim »Bildungswerk für Heimat und nationale Identität« der NPD Sachsen im Jahr 2010 referiert.

Neuauflage von NS-Romanen

Der »HJB Verlag und Shop KG« ist als Internetversand eine feste Größe in der LeserInnenschaft klassischer Science-Fiction-Reihen. Im Angebot finden sich neben neuen Veröffentlichungen von Reihen wie Perry Rhodan auch Neuauflagen und Reprints älterer Romane, wie zum Beispiel die Heftreihe »Jan Mayen«. Bei ihr handelt es sich um eine ursprünglich Ende der 1930er Jahre im »Dritten Reich« erschienene Romanserie, die die Urbarmachung von Grönland mit Hilfe von riesigen, im Weltraum stationierten Sonnenspiegeln beschreibt. Die Insel wird dabei mit Thule gleichgesetzt, der nach nationalsozialistisch-esoterischer Vorstellung Urheimat der »Arier« ist. Der »Jan Mayen«-Autor Paul Alfred Müller war im Übrigen ein Anhänger der »Hohlen Erde«-Theorie. Er glaubte, die Erde sei eine hohle Kugel mit der Sonne im Mittelpunkt und die Menschheit würde im Erdinneren leben. Nach 1945 versuchte Müller, diese Vorstellungen in der Science-Fiction-Reihe »Rah Norten« noch einmal zu popularisieren. Seine wichtigste Romanreihe war jedoch »Sun Koh – Der Erbe von Atlantis«, die zwischen 1933 und 1936 erschien. Darin geht es um das Wiederauftauchen des Kontinents Atlantis aus dem Atlantik, der als neuer Lebensraum für die »weiße Rasse« dienen solle. Die Reihe passte sich im Laufe ihrer 150 Bände immer mehr den weltanschaulichen Vorstellungen des NS-Regimes an. Bewunderer des Autoren gründeten in der Schweiz den »SSI Verlag«, in dem die Romanreihen als Reprint mit den unveränderten Texten wieder aufgelegt werden. Vertrieben werden diese Veröffentlichungen vor allem von Versand- und InternethändlerInnen, die nicht zum neonazistischen Spektrum gehören, wie beispielsweise der Kölner Versand Mohlberg, der besonders gut in der Szene rund um Nostalgiecomics verankert ist und das ganze Programm der Unitall-Bücher führt.



∧ ›Flugscheiben-Comic‹ – Fundstück

Gleichwohl bewirbt HJB die Produkte von »Unitall« in Zeitschriften, die alles andere als naziaffin sind. In der 68. Ausgabe der Zeitschrift »Comics & mehr« (2011), die mit einer Auflage im fünfstelligen Bereich kostenlos über Comicläden verbreitet und von der LeserInnenschaft entsprechend beachtet wird, befinden sich gleich zwei Anzeigen: Sie bewerben Veröffentlichungen der »Unitall«-Reihe »Edition Verbotene Zone« (Edition VZ), wie zum Beispiel den Roman »Die Gotteskrieger«, der im Jahre 2066 in Deutschland spielt, wo die Demokratie durch Islam und Scharia abgelöst wurde. Im passenden Anti-Pc-Jargon heißt es dazu in einer der Anzeigen, dass die Titel »sich keinerlei Beschränkungen durch Linke/Rechte/Gutmenschen/Egal-Wer unterwerfen«.

»Das grosse Spiel«

Das Thema Nazi-Ufos taucht auch gelegentlich in Veröffentlichungen auf, in denen Nazis nicht als die »Guten« dargestellt werden. In der Comic-Serie »Das grosse Spiel« wird ein alternativer Verlauf der Weltgeschichte erzählt: Nazi-Deutschland hat den Zweiten Weltkrieg bereits während des Frankreich-Feldzuges 1940 verloren, Adolf Hitler wird durch einen Militärputsch gestürzt und tötet sich selbst. Nach dem Überfall der Sowjetunion auf Deutschland wird das Reich unter Führung von Rudolf Hess von den Westmächten unterstützt und so kann Deutschland mit Hilfe von tibetanischen Kriegern und Werwölfen die KommunistInnen zurückschlagen. Die Arktis wird nach mehreren mysteriösen Zwischenfällen zu einem Sperrgebiet. Deutsche Forscher finden jedoch im ewigen Eis einen Zugang zum Erdinneren und errichten in der Arktis einen geheimen Stützpunkt. Mit dem Wissen aus der inneren Erde baut Wernher von Braun »fliegende Untertassen« für Deutschland. Kommandant des Stützpunktes ist im Übrigen der Obersturmführer Otto Rahn, der als Angehöriger der SS für Heinrich Himmler den Heiligen Gral sucht – auch ihn hat es tatsächlich gegeben. Auch ansonsten ist die Comic-Serie voll mit Anspielungen auf Legenden der braunen Esoterik, ebenso wie auf Klassiker der Science-Fiction-Literatur.

Verlegt wird die Serie in Deutschland vom Verlag »Bunte Dimensionen« aus Augsburg, der auf französische Comic-Serien spezialisiert ist. Skurrilerweise erscheint die Serie in der Reihe »History« und nicht in der Reihe »Mystery«. Auf sie konzentriert sich die Firma in erster Linie: In verschiedenen Serien werden dort Mythen der Weltverschwörungstheorien aufgegriffen, bei denen stets geheime Mächte im Hintergrund ihre Fäden ziehen. Die »Mutter« aller Mysteryserien ist die US-Fernsehserie »Akte X«, die weltweit ausgestrahlt wurde und einen Boom an Filmen, Fernsehserien und Büchern auslöste. Auch die Entstehung der frühen Hochkulturen wird hier vielfach thematisiert. In dem Science-Fiction-Film »Stargate« (1994) von Roland Emmerich sowie in diversen Serien rund um die gleichnamige Military-Science-Fiction-Fernsehserie wird der Mythos der Gründung der frühen Hochkulturen durch Außerirdische, die als Götter auftreten und die Menschen als Untertanen ausbeuten, aufgegriffen. Doch existieren dort auch »gute Götter« – das sind die nordischen aus Asgard. Hier wird der Übergang zum braunen Science Fiction fließend, denn in diesen Göttern sehen sie, wie so viele Neonazis, auch Heilsbringer. ■

Immobilien-Paradies

Neonazis kaufen weitere Häuser in Thüringen

Bekannte Neonazis konnten in Thüringen zwei weitere Häuser kaufen, die nun für Veranstaltungen genutzt werden. Regierung, Polizei und Verfassungsschutz wurden erst tätig, nachdem die Käufe erfolgreich abgewickelt waren.

Von Ernst Kovahl

Rund 100.000.- Euro soll das Haus gekostet haben. Am 7. Februar 2012 gab die Thüringer Landesregierung bekannt, dass Neonazis in dem kleinen Ort Crawinkel (Landkreis Gotha) ein Haus mit einer Gaststätte erworben hatten (siehe Foto). Der Kaufvertrag für die Immobilie sei am 15. Dezember 2011 unterzeichnet worden. Bereits kurz nach dem Kauf fand zum Jahreswechsel laut AugenzeugInnen die erste Party statt. Und am Abend des 4. Februar 2012 versammelten sich dann bis zu 100 Nazis in dem kleinen Ort mit etwa 1.500 EinwohnerInnen, um gemeinsam zu feiern. Ein Konzert sei geplant gewesen, heißt es bei den Sicherheitsbehörden. Überregional seien Gäste angereist, Instrumente und Verstärker ins Haus gebracht worden. Die Polizei schritt ein, kontrollierte 93 Personen und erteilte 81 Platzverweise. Die als Privatveranstaltung deklarierte Party musste ausfallen. Unter den Gästen seien eindeutig der rechten Szene zuzuordnende Musiker gewesen, teilte die Landesregierung mit. Wenige Tage nach dem geplatzten Konzert informierte die Landesregierung selbst die Öffentlichkeit über den Kauf – ein bisher einmaliger Vorgang in der Geschichte Thüringens –, und kam damit der Opposition im Landtag nur wenige Stunden zuvor. Vor Ort war der Verkauf schon länger bekannt. Der Bürgermeister des Ortes hatte sich Wochen zuvor bereits hilfesuchend an die zuständigen Behörden gewandt. Dort wurde verabredet, die Öffentlichkeit vorerst nicht zu informieren.



Langjährige Neonazis

Die beiden Käufer des Hauses in der Bahnhofstraße sind Steffen Mäder und Marko Zint. Beide sind seit Jahren in der Thüringer Neonazi-Szene aktiv, unter anderem im Umfeld des heute aufgelösten Gothaer Neonazi-Vereins »Torinig e. V.«, der bis 2005 in der Stadt einen Szene-Treff betrieb. Heute agieren die Hausbesitzer unter dem Namen »Hausgemeinschaft Jonastal«. Bei Facebook unterhalten sie eine Seite, auf der sie auch die Versuche kommentieren, den Aufbau eines neuen Treffpunktes der Neonazi-Szene zu verhindern. So schrieben sie am 20. Februar 2012: »nun ist der nächste kredit auch gekündigt. hut ab meine herren, aber egal womit ihr es versucht, uns bekommt ihr nicht klein!!« Zuvor waren den Käufern zwei Kredite geplatzt, mit denen der Immobilien-Deal finanziert werden sollte. Ein Antrag auf einen zinsgünstigen »Familienkredit« war bei der landeseigenen »Thüringer Aufbaubank« eingegangen. Er wurde nach eigenen Angaben der Bank zuerst bewilligt, aber die Auszahlung dann offenbar aufgrund falscher Angaben im Antrag gestoppt. Ein zweiter Kredit soll dadurch nun auch hinfällig sein.

RechtsRock-Szene

Neben den zwei Käufern ist vor allem der neue Bewohner des Hauses, Thomas Wagner, einschlägig bekannt. Er war Mitglied der Neonazi-Band »SKD« (»Sonderkommando Dirlewanger«) aus Gotha, zeitweise eine der aktivsten RechtsRock-Bands in Thüringen. Wagner taucht auch im Zusammenhang mit dem Thüringer RechtsRock-Produzenten »Frontschwein Records« auf. Er ist administrativer Ansprechpartner für die Website des Labels. Ein Problem hat nun der Wirt der Gaststätte »Drei Linden«, die er seit 1984 in dem Haus in Crawinkel betreibt. Er gehört nicht zur Neonazi-Szene. Offenbar wird er nun doch noch von den neuen Hauseigentümern befreit. Die Gemeinde will auf den letzten Drücker ihr Vorkaufsrecht wahrnehmen.Thüringens Verfassungsschutz jedenfalls verkündete schnell, er habe erst nach Abschluss des Vertrags von der Sache Wind bekommen. Dabei hatte die Gothaer Neonazi-Szene bereits 2006 verkündet, sie sammle Geld für ein neues »nationales Hausprojekt«.

»Schlesische Jugend«

Nur einen Tag nachdem der Verkauf des Hauses in Crawinkel an zwei Neonazis bekannt wurde, flog der nächste Immobilien-Deal auf. DIE LINKE hatte herausgefunden, dass die alte Pension und Gaststätte »Am Bahnhof« in Marlieshausen (Ilmkreis) von Fabian Rimbach, dem Bundesvorsitzenden und Thüringer Landeschef der »Schlesischen Jugend« (SJ), gekauft wurde. Der Bürgermeister des Ortes hatte schon im Herbst 2011 von dem Kauf erfahren und sich über den Hintergrund des Käufers beim Landratsamt erkundigt. Das Ordnungs- und das Gewerbeamt sowie die Polizei sollen Unbedenklichkeit attestiert haben. Dabei hätte ein Blick ins Internet oder in den Thüringer »Verfassungsschutzbericht 2010« genügt, um sich über Rimbach zu informieren. »Das Internet sei nicht genutzt worden«, berichtete die Presse später hämisch über die Recherche der Behörden. Die SJ unterhält enge Kontakte zur »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland« und nahm in der Vergangenheit mehrfach an den jährlichen Großaufmärschen der Organisation in Dresden teil. 2011 war der Jugendverband mit Sitz im Thüringischen Floh-Seligenthal aus der »Landsmannschaft Schlesien« (LMS) geflogen. Ihr hatte das braune Treiben ihrer Jugend zu viele Negativschlagzeilen beschert. Doch aufgrund eines Urteils des Amtsgerichts Königswinter vom 1. Januar 2012 musste der Rauswurf nun rückgängig gemacht werden.

Thüringer Neonazis bauen seit Jahren nahezu ungestört ihre Strukturen auf. Mittlerweile verfügt die Szene mit dem »Alten Rittergut« in Guthmannshausen, der »Erlebnisscheune« in Kirchheim, dem »Europahaus« in Bad Langensalza, dem »Braunen Haus« in Jena, dem »Gutshaus Hanstein« in Fretterode, dem »Hotel Hufhaus« in Ilfeld sowie den zwei neuen Immobilien über zahlreiche sichere Treffpunkte. Thüringen wird immer mehr zum wichtigen Rückzugsort für ungestörte Veranstaltungen mit bundesweiter Bedeutung. ■

›Preußens Glanz‹

Die extreme Rechte und der 300. Geburtstag von Friedrich II.

Am 24. Januar jährte sich der Geburtstag des preußischen Königs Friedrich II. zum 300. Mal. Nicht nur die Medien beschäftigten sich umfassend mit Friedrich dem Großen und Preußen, auch für die (extreme) Rechte war der Jahrestag Anlass, den König in den Mittelpunkt zu stellen.

Von Patrick Schwarz

Am 21. Januar lud das »neu-rechte« »Institut für Staatspolitik« (IfS) zu seinem »Berliner Kolleg« unter dem Motto »Friedrich der Große« zu dem 150 TeilnehmerInnen kamen. Die Veranstaltung hebe sich von der »etablierten« Darstellung Friedrichs ab und versuche neue Akzente zu setzen, betonte eingangs der ideologische Kopf des Instituts, Karlheinz Weißmann. Als Referenten traten neben Vertretern des Instituts »Experten« an das Rednerpult. Der Geschäftsführer des IfS, Dr. Erik Lehnert, stellte Friedrich als »aufgeklärten Staatsmann« und sein Verhältnis zur Philosophie in den Mittelpunkt seines Referats, während Dirk Reitz von der »Technischen Universität Darmstadt« unter dem Titel »Zwischen Prinz Eugen und Napoleon. Friedrich als Feldherr« die Militärstrategie und das Wirken des preußischen Königs als Kriegsherr betonte. Prof. Frank-Lothar Kroll von der »Technischen Universität Chemnitz« hingegen rückte den Mythos um Friedrich in den Mittelpunkt seiner Ausführungen mit dem treffenden Titel »Nachruhm ist die wahre Unsterblichkeit der Seele«. Er skizzierte ausführlich die Rezeption beziehungsweise Instrumentalisierung des Königs – ausblendend, dass auch auf diesem 20. Kolleg der Preuße für die eigenen Zwecke des »neu rechten« Think-Tanks eingespannt wurde. Das sollte Kroll spätestens bei Weißmann deutlich geworden sein, der abschließend unter der Überschrift »›Größe ist, was wir nicht sind‹. Friedrich als großes Individuum« seinen Respekt zollte.

Nicht zum ersten Mal befasste sich das IfS mit Preußen – auch in der Vergangenheit war das 1947 von den Alliierten aufgelöste Land wichtiger Fixpunkt für die ideologische Verortung des Instituts – sowie für das gesamte Spektrum des Rechtskonservativismus und der »Neuen Rechten«.

Einer für Alle

Bereits am 26. Februar 2011, quasi zum 299. Geburtstag, hatte die »Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e. V.« (SWG) eine Tagung mit dem Titel »Friedrich der Große – seine Bedeutung für das heutige Deutschland« in Hamburg veranstaltet. Verschiedene Vorträge thematisierten den Rechtsstaat, die Justizverwaltung und das staatsmännische Wirken des Preußenkönigs. Die Dokumentation erschien schließlich pünktlich zum runden Geburtstag.



Wie nicht anders zu erwarten, titelte sowohl die »Junge Freiheit« (JF) bereits am 6. Januar 2012 mit Friedrich dem Großen – mit dem vielzitierten Leitspruch des Königs: »Erster Diener des Staates« – als auch die »Preußische Allgemeine Zeitung« der »Landsmannschaft Ostpreußen e. V.« am 21. Januar 2012: »Der unsterbliche König«. Noch 226 Jahre nach dessen Tod fallen sie im übertragenen Sinne vor ihm auf die Knie, verkörpert er doch angeblich, wie die JF schreibt, die »Sehnsucht der Deutschen, auch in der Gegenwart gut regiert werden zu wollen«.

Und der tote Preuße ist im wahrsten Sinne des Wortes für JedeN da – wie es auch schon historisch der Fall war: Jede deutsche Nation hat ihn in Anspruch genommen. Entsprechend darf beim Jubiläum die NPD nicht fehlen. Den »Taschenkalender des Nationalen Widerstandes 2012« aus dem Hause des »Deutsche Stimme Verlages« schmückt das Konterfei von Friedrich II.; ein Aufsatz im Inneren geht auf den König ein. Deutlicher wird indes der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen W. Gansel in der Parteizeitung »Deutsche Stimme«: »Preußentum« sei nicht nur eine »idealistische Geisteshaltung«, vielmehr müsse es wieder Garant für nationale Politik werden. Vor allem, so Gansel, fehle »den Repräsentanten der Bundesrepublik jeder Funke von dem Patriotismus, den Friedrich in sich trug«. »Wie nötig hätte Deutschland heute eine solche vaterländische Kraftgestalt...«, beschließt er seinen Artikel.

Für die ganz Wissbegierigen des Spektrums hält der »Druffel & Vowinckel Verlag« mit einem Sonderheft seiner Zeitschrift »Deutsche Geschichte« politisch korrekte Lektüre bereit. »Friedrich II. – Ein großer König und souveräner Mensch« heißt die Ausgabe, in der auf 148 Seiten verschiedene Aspekte aus der preußischen Geschichte und dem Leben Friedrichs II. thematisiert werden. Notwendig sei das, so Herausgeber und Verleger Gert Sudholt, denn »je lebendiger der Geist Preußen ist, umso wahrscheinlicher ist es, dass diese ganz und gar zeitgeschichtliche Idee für uns zum Nothelfer in einer schwierigen Zeit werden könnte.« Günther Deschner, ehemaliger Chefredakteur der neonazistischen Monatszeitschrift »Zuerst!«, dem im Heft die Aufgabe vorbehalten ist, über die Rezeption des Preußenkönigs zu schreiben, sparte selbstverständlich diese eigene Inanspruchnahme der extremen Rechten aus.

Leitmotiv Friedrich

Friedrich der Große und sein historisches Wirken werden als ein Leitmotiv der extremen Rechten zum 300. Jahrestag gegenwärtig aktualisiert. Sei es das »starke Preußen« oder der idealisierte Friedrich II. als »starker und erfolgreicher Staatsmann«, der nicht nur »militärische Größe« gezeigt habe, sondern auch offen für die Philosophie gewesen sei und notwendige Reformen durchgeführt hätte. Dabei wird, wie so oft bei historischen Inanspruchnahmen, all das ausgeblendet, was nicht ins eigene Weltbild passt. Friedrichs Faible für französische Philosophie und die Sprache des später verhassten Nachbarn – der König sprach am Hofe Französisch, nicht Deutsch –, seine mögliche Homosexualität, über die derzeit viel gemutmaßt wird, und und und … ■

Der Vordenker

Moeller van den Bruck – Der Feind der Republik

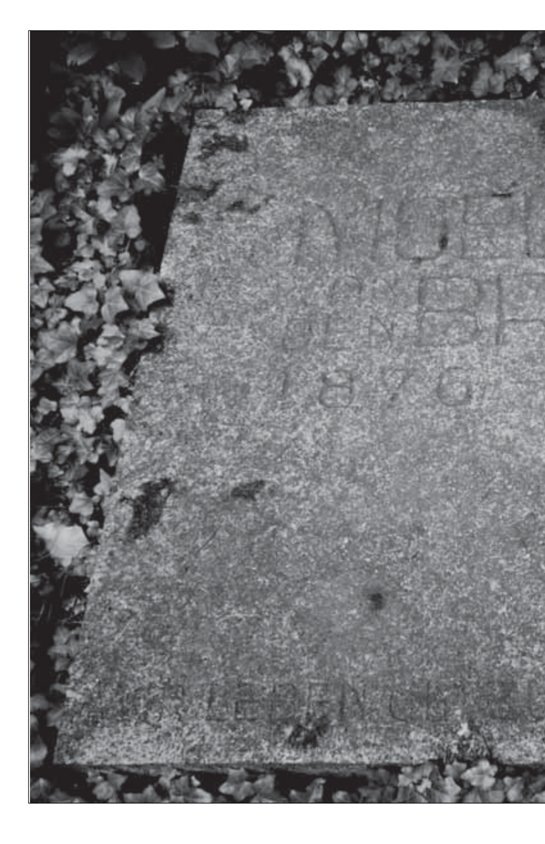
»Wir leben um zu hinterlassen«, heißt es auf dem Grabstein des 1925 verstorbenen rechten Theoretikers Arthur Moeller van den Bruck – die Inschrift sollte sich leider bewahrheiten.

Von Volker Weiß

In seiner Kritik an der Wahl von Christian Wulff zum Bundespräsidenten griff Jürgen W. Gansel für die NPD-Parteizeitung »Deutsche Stimme« im August 2010 tief in die Zitierkiste der deutschen Rechten: »Arthur Moeller van den Bruck formulierte mit Blick auf das Politik-Personal der Weimarer Republik sehr treffend: ›Revolution und Republik haben kein Genie hervorgebracht, sondern Kompromißler: Geduldmenschen, nicht Tatmenschen; Gestoßene, nicht Stoßende; Langmut, nicht Wagemut; Gehenlassen, nicht Inangriffnahme – und niemals Schöpfung.‹« Der »revolutionäre« Duktus des NPD-Abgeordneten im sächsischen Landtag ist gewollt. Gansel bezieht sich hier auf einen führenden Protagonisten jener Strömung, die in der Zwischenkriegszeit des zwanzigsten Jahrhunderts alle politischen Kräfte der Rechten gegen die Republik zu bündeln versuchte. Dieser Versuch der Erneuerung nach dem Zusammenbruch des konservativen wilhelminischen Kaiserreichs unter völkisch-nationalistischen Vorzeichen wird gemeinhin unter der paradoxen Formulierung »Konservative Revolution« subsumiert. Seit der ersten Auflage von Armin Mohlers Bibliographie zur »Konservativen Revolution« von 1949 erlebt diese Strömung turnusmäßig ihre Renaissance in den Theoriedebatten der Rechten. Mohler war es gelungen, unter diesem Begriff die Legende einer bedeutenden, gegenüber dem Nationalsozialismus resistenten Strömung innerhalb der deutschen Rechten zu schaffen. Diese gewagte Konstruktion eröffnete die Möglichkeit eines Neuanfangs, nachdem ihre Position durch die Verbrechen und Niederlage des Nationalsozialismus desavouiert schien.

Vita

Arthur Moeller van den Bruck (1876-1925) war einer der zentralen Theoretiker dieser sich selbst meist als »jungkonservativ« bezeichnenden Strömung. Dabei schien ihn sein Lebensweg zunächst wenig für die führende Rolle in einer rechten Offensive zu prädestinieren. Als Autodidakt begann er kurz vor der Jahrhundertwende mit literaturkritischen Publikationen. Dabei zeigte er, außergewöhnlich für einen Nationalisten seiner Generation, ein ausgesprochenes Faible für die zeitgenössische literarische Moderne. Bekannt wurde er vor dem Ersten Weltkrieg hauptsächlich aber durch eine deutschsprachige Edition der Werke Dostojewskis. Sein rastloses Leben führte ihn quer durch Europa, vor allem nach Frankreich und Italien. In seiner achtbändigen Reihe »Die Deutschen, unsere Menschengeschichte« (1904-1910) zeigte er sich überzeugt von der Überlegenheit und historischen Sendung des Deutschtums in der Geschichte. Er entwickelte eine rassenanthropologisch gestützte Kulturtheorie, der zufolge bestimmte ästhetische und politische Formen als »Mythen« unveränderlich in den Wesenskern der Völker eingeschrieben seien und sich im Laufe der Geschichte in ihrer Kultur manifestierten. Die Deutschen, so seine These, haben ihren Zenit noch nicht erreicht und müssten neben wirtschaftlicher und militärischer Macht auch kulturell zu sich finden, um endlich ihren Platz an der Spitze der Nationen einzunehmen; Titel wie »Nationalkunst für Deutschland« (1909) und »Erziehung zur Nation« (1911) zeugten davon. Neben der Literatur galt sein besonderes Interesse der Architektur, da sie die Geschichte überdauernde »Monumente der Mythen« zu schaffen in der Lage sei, die den Nachgeborenen Zeugnis vom eigentlichen Wert eines Volkes geben können. Im Verein mit seiner Begeisterung für die Moderne entwickelte er darin die Vorstellung einer besonderen deutschen Baugestaltung, des »Preußischen Stils« (1916). Anfang der 1930er Jahre sollte sich sowohl die »Neue Sachlichkeit« als auch der nationalsozialistische Klassizismus darauf berufen. Der Erste Weltkrieg führte ihn in die amtliche Kriegspropaganda, wo man seine Fähigkeiten als Autor bald zu schätzen lernte. Noch in den letzten Kriegstagen entwickelte er die Theorie vom »Recht der jungen Völker«, dem die alten Imperien zu weichen hätten. Der Gedanke wurde zum Schlagwort in nationalistischen Kreisen, sah Moeller doch in den Deutschen das aufstrebende »junge Volk«, dem es galt, die Zukunft zu erringen. Moellers Freund Hans Grimm trug mit seinem Romanbestseller »Volk ohne Raum« (1926) maßgeblich zur Popularisierung der Formel bei. Kriegsniederlage und Revolution deutete Moeller dialektisch als notwendig, um die »reaktionären« wilhelminischen Traditionen zu kappen und den Deutschen mit Hilfe eines »revolutionären« Nationalismus erneut den Weg an die Spitze zu bahnen. Die einzige angemessene Form für die deutsche Nation sei das von Moeller zu überhistorischem Ewigkeitswert erhobene »Reich«, die Republik galt ihm als illegitimes »Interregnum«. Immer wieder forderte er, ihre Politik durch die Mobilisierung von Mythos und Leidenschaft auszuschalten. Diese Haltung, die aus der Beschäftigung mit Dostojewski resultierte, lag auch Moellers »Ostideologie« zugrunde. Er vertrat die Überzeugung, dass die Deutschen nicht Teil des Westens seien, Demokratie und Aufklärung als »westliche« Phänomene ihnen daher wesensfremd seien. Bis heute hält sich der Irrtum, Moeller sei aufgrund dieser Dispositionen als »Slawophiler« zu werten. Tatsächlich beinhaltete seine »Ostorientierung« jedoch eine weite Ausdehnung des Deutschen Reichs nach Osten und die Zerschlagung Polens.



^ Verwahrlost – Grabstelle von Moeller van den Bruck

Nach der Kriegsniederlage wurde Moeller van den Bruck der Kopf des Berliner »Juni-Klubs«. Hier arbeitete er als federführender Redakteur des Zentralorgans »Gewissen«. Er und seine

Mitstreiter organisierten eine jungkonservative Kaderschmiede, das »Politische Kolleg«. In seiner Schrift »Das dritte Reich« (1923) formulierte Moeller zentrale Theoreme der deutschen radikalen Rechten. Besonders für die Parteifeindlichkeit der Weimarer Rechten war er ein wichtiger Stichwortgeber. In seinen Augen kam »alles Elend deutscher Politik von den Parteien«. Der von ihm anvisierten »dritten Partei« solle die Aufgabe zukommen, alle anderen »Parteien von der Seite der Weltanschauung her zu zertrümmern«. In seinem Umfeld wurde selbst die NSDAP noch als zu demokratisch abgelehnt. Anstelle der von Parteien dominierten Republik solle ein straff organisierter Ständestaat treten, der von der Elite der Nation regiert werde. Nach Moellers Freitod in einer Nervenheilanstalt in Berlin 1925 existierte der Berliner Jungkonservatismus in Form des »Deutschen Herrenklubs« weiter. Politische Bedeutung sollte er durch sein Mitglied Franz von Papen erfahren, der 1932 als Reichskanzler maßgeblich an der Demontage der Republik mitwirkte und 1933 schließlich als Vizekanzler Hitlers die Koalition mit der NSDAP einging.

Moellers enigmatische Persönlichkeit, sein aphoristischer Stil und vor allem das umfangreiche, schwer zu überschauende Œuvre erklären die ungebrochene Anziehungskraft, bieten sie doch für JedeN etwas. Besonders aber lebt die Moeller-Verehrung von der Legende einer Verfemung des Autors durch den Nationalsozialismus. Dabei war der Konflikt zwischen den Jungkonservativen und der NSDAP einzig eine Auseinandersetzung um die Hegemonie innerhalb der deutschen Rechten. Hitler wurde von den Granden des Juni-Klubs als »Trommler« für die gemeinsame Sache akzeptiert, nicht als Führer. Ihre Weltanschauung entsprach der europäischen Strömung des Faschismus. Obwohl sich die Legenden um Moeller längst widerlegen lassen, hält sich bis heute sein Nimbus als »sauberer Rechter«. Dabei widmete sich auch die NSDAP der Pflege seines Andenkens. So ist auch die Nennung Moeller van den Brucks durch den NPD-Mann Gansel nicht weiter verwunderlich.



Heutige Verehrung

Der NPD-Ideologe Gansel hat 1999 sein Geschichtsstudium mit einer Magisterarbeit über den »Antikapitalismus der Konservativen Revolution« abgeschlossen. Aus seinen Kenntnissen dieser Strömung resultiert auch die revolutionär anmutende Schmähung der »Ausbeutung«, denn die Theoretiker der Konservativen Revolution waren ebenso antiliberal wie antimarxistisch. Gansel ist nur ein Beispiel dafür, wie die gegenwärtige extreme Rechte versucht, die ideologische Gemengelage am rechten Rand der Weimarer Republik für heutige Zwecke auszumünzen. Seit einiger Zeit kommt es wieder verstärkt zur Rezeption der Schriften Moeller van den Brucks. Stellvertretend sei hier auf einen Text des »Freien Widerstands Chemnitz« mit dem Titel «Teilnahme an Wahlen? Ein Diskussionsbeitrag« aus 2009 verwiesen, den diverse neonazistische Internet-Portale bis hin zu »Altermedia« wiedergeben. Die AutorInnen machen sich dabei nicht nur die Theorien, sondern auch den Sprachduktus Moeller van den Brucks zu eigen. Als Kronzeuge eines »revolutionären Nationalismus« dient er einem Bogenschlag über die unterschiedlichen Fraktionen der äußersten Rechten hinweg bis ins Lager des Neonazismus. Auch für Materialnachschub ist gesorgt: Der auf extrem rechte Klientel spezialisierte »Uwe Berg Verlag« in Toppenstedt hat in seiner Reihe »Quellentexte« sowohl Moeller van den Brucks Hauptwerk »Das dritte Reich« (1923) als auch den von ihm mit herausgegebenen Sammelband »Die neue Front«, eine Standortbestimmung des Juni-Klubs von 1922, neu aufgelegt. Im ähnlich ausgerichteten »Regin-Verlag« hat sich Sebastian Maaß mit »Kämpfer um ein Drittes Reich. Arthur Moeller van den Bruck und sein Kreis« 2010 an einer Monografie versucht. Der Band ist in der Reihe »Kieler ideengeschichtliche Studien« erschienen. Die anderen Bände der von Maaß allein besorgten Reihe widmen sich mit Othmar Spann, Edgar Julius Jung, Wilhelm Stapel und Carl Schmitt weiteren Köpfen der »Konservativen Revolution«. In den Organen der Rechten, die sich, wie die »Junge Freiheit« (JF), »Sezession« oder die »Blaue Narzisse«, in der Tradition der »Konservativen Revolution« sehen, fanden die Bücher durchaus ein Echo. Allerdings wartet die Arbeit zu Moeller mit keinerlei neuen Erkenntnissen auf, weshalb selbst die JF zu Recht monierte, der Autor biete in seiner Arbeit über Moeller van den Bruck »definitiv zu wenig« (JF 22/2010). Dabei steuerte mit Alain de Benoist ein Stammautor der Wochenzeitung ein Vorwort bei, das von der »Blauen Narzisse« separat publiziert wurde.

Internationale Rezeption

Benoist, der in Deutschland wohl prominenteste Vertreter jener französischen Strömung, die seit über dreißig Jahren unter dem Label »Nouvelle Droite« firmiert, ist seit langem bemüht, das Denken der radikalen Rechten der Weimarer Zeit international bekannter zu machen. Als Brückenbauer innerhalb der europäischen Rechten hat er Moellers Texte übersetzt; er publiziert neben Frankreich vor allem in Deutschland und Italien. Angesichts von Moellers Hinwendung zum Osten ist es auch kein Wunder, dass sich sein Werk in Kreisen der »Eurasier« großer Beliebtheit erfreut. Für die geforderte geostrategische Umorientierung Deutschlands gegen die USA, nach Russland und in den Orient, liefert Moeller die theoretische Grundlage. So zollen ihm in Russland die ultranationalistischen Kreise um Aleksander Dugin und die Zeitschrift »Elementy« ihre Bewunderung. Als hauptsächlicher Nachlassverwalter der Konservativen Revolution sieht sich jedoch noch immer die JF. Wie sehr man sich dort der Tradition und insbesondere auch der Person Moeller van den Brucks verpflichtet fühlt, zeigen zwei Spendenkampagnen der Zeitung in den Jahren 1993 und 2007. Mit ihnen sammelte sie Geld zur Erhaltung der Grabstätte Moeller van den Brucks auf dem Parkfriedhof Berlin-Lichterfelde. Zudem wähnt sich das eng mit dem Blatt verbundene »Institut für Staatspolitik« (IfS) in der Nachfolge des »Politischen Kollegs«. Zumindest formulierte Karlheinz Weißmann 1999 in der »Jungen Freiheit« seine »Vision eines politischen Kollegs« (JF 45/1999) mit deutlichen historischen Bezügen, um ein Jahr später mit Götz Kubitschek das IfS zu gründen. Insgesamt bewahrheitet sich eine Feststellung Kurt Lenks, nach der die »Konservative Revolution« heute hauptsächlich der »Ideenspeicher der Neuen Rechten« ist. Doch beschränkt sich ihre Wirkung nicht mehr nur auf diese Kreise, sondern vermag es, unterschiedliche rechte Fraktionen zu integrieren. Anhand der »konservativ-revolutionären« Denker und insbesondere anhand der Person Moeller van den Brucks ist ersichtlich, wie schnell die viel beschworenen Grenzen zwischen Neonazismus und der sogenannten »Neuen Rechten« verschwimmen können. Wie schon bei ihren historischen Vorbildern gilt er ihnen allen als einer der zentralen Wegweiser zu ihrem gemeinsamen Ziel: der Wiedererrichtung des »ewigen Reichs«. ■

»Opflschorle« mit »Henkel trocken«

»Freie Wähler« auf bundesweitem Kurs?

Mit Olaf Henkel ehemals Vorsitzender des »Bund der Industriellen« und einem populistischen Anti-Euro-Kurs will Hubert Aiwanger die »Freien Wähler« bundesweit in Stellung bringen.

Von Alexander Häusler

Nirgends klafft die Schere zwischen rechtsnationalen, fremdenfeindlichen Einstellungen und Wahlentscheidungen für eine Partei rechts des etablierten Parteiengefüges so sehr auseinander wie in Deutschland: Der Islam, die Einwanderungsgesellschaft, der Euro-Rettungsschirm und das Gender Mainstreaming – das sind Reizthemen, die die Betriebstemperatur im Kessel des rechten Wutbürgertums ansteigen lassen. Die »Wutbürger-Klasse an sich« hat als »Klasse für sich« noch keine adäquate Ausdrucksform gefunden – bislang hat keine Partei rechts der CDU/CSU das Potenzial dieser »Empörten« bündeln können. Die von Geert Wilders unterstützte rechtspopulistische Partei »Die Freiheit« zeigt knapp ein Jahr nach ihrer Gründung deutliche Auflösungstendenz; die von der FPÖ unterstützte, extrem rechte Pro-Bewegung dümpelt in Nordrhein-Westfalen ebenso vor sich hin wie die aus der »Schill-Partei« hervorgegangenen »Bürger in Wut« in Bremen. Aktuell bietet Hubert Aiwanger mit den »Freien Wählern« und Olaf Henkel, ehemals Vorsitzender des »Bund der Industriellen«, ein neues parteipolitisches Ventil für ressentimentgeladene Mittelschichten an. Die »Freien Wähler« haben historisch eine politische Verortung, welche den aktuellen Positionierungen und Expansionsplänen teilweise diametral entgegensteht. Denn als kommunale und politisch heterogene WählerInnenvereinigungen sind sie in Abgrenzung zu klassischen Parteien entstanden und zogen ihr Selbstverständnis eher aus BürgerInnennähe, kommunaler Verankerung und basisdemokratischem Engagement. Die Mittelschichtenorientierung der vielen kommunalen WählerInnengruppen war verbunden mit Bekenntnissen zur Förderung regionaler Wirtschaft und der Ablehnung großpolitischer Organisationen. Ihre Vernetzung auf Länder- und Bundesebene basierte bislang auf Betonung regionaler Eigenständigkeit. Ihre stärkste Bastion besteht in Bayern, wo die »Freien Wähler« mit ihrem Vorsitzenden Aiwanger im Jahr 2008 mit 10,2 Prozent den Einzug in den Landtag erreichten. Der Landwirt und passionierte Jäger verlieh den »Freien Wählern« den herben Charme eines unverbrauchten bayerischen Bierzelt-Populismus, der den Finger in die Wunde der anscheinend allmächtigen CSU legte: Korruption, Abgehobenheit, Bürgerferne, antinationale und antibayerische Orientierungen – mit solchen Anprangerungen fuhr Aiwanger politische Geländegewinne gegenüber Seehofer & Co. ein und strebte zugleich nach bundesweitem Einfluss. Folglich wurde die Grenze zu rechtspopulistischen Orientierungen immer dünner: In Brandenburg wie in Bremen vollzogen sich in den Landesverbänden rechtspopulistische Einflussnahmen, die etwa in Brandenburg im Jahr 2009 zum Ausschluss der »Freien Wähler Brandenburg« aus dem Bundesverband wegen rechtspopulistischer Strukturen führte. Mit populistischen Kampagnen gegen den EU-Rettungsschirm will nun Aiwanger ein Themenfeld besetzen, das hohe Zustimmung verspricht und die »Freien Wähler« auf bundesweiten Kurs bringt: Als »größte Bürgerbewegung der Republik« preist der Vorsitzende seine heterogene Gemeinschaft mit ihren ca. 300.000 Mitgliedern. Mit dem neoliberalen Apologeten Henkel hat Aiwanger zwar einen prominenten Fürsprecher für antieuropäische Parolen gefunden, jedoch zugleich für erheblichen Zwist an der Basis gesorgt. Denn bei weitem nicht alle »Freien Wähler« halten Henkels neoliberalen Marktradikalismus für zielführend. Ein Blick in die Kolumne »Henkel trocken«, welche der Ex-BDI-Chef regelmäßig für das Handelsblatt füllt, weist deutlich eine rechtspopulistische Tönung auf: Ein »Europa der Vaterländer« fordert Henkel dort, dessen Währungssystem sich »den vorhandenen Kulturen anzupassen« habe.



^ Rechter Kapitalist Henkel



^ Populist Aiwanger

Solche Worte erklären, warum Henkel zu den energischsten Unterstützern von Sarrazins völkischen Untergangsprophezeihungen gehörte. Das Parteiprogramm der »Freien Wähler« will Henkel »so ändern, dass es ähnlich ist wie das der FPD, aber mit einer anderen Europolitik«. Nun ist auch Henkel kein deutscher Wilders und die »Freien Wähler« keine neue FDP. Doch die FDP droht zwischen »Piraten« und »Freien Wählern« zerrieben zu werden. Mit ihrem nicht unwahrscheinlichen Untergang wird jedoch das Ende der Merkel-Ära besiegelt. Danach erst wird eine große Tür offen sein für eine Sarrazin-kompatible und Euro(pa)-feindliche, konservativ-marktliberale Rechte. Ob das mit rechtspopulistisch gewendeten »Freien Wählern« erfolgreich sein könnte, werden die internen Kursdebatten und die nächsten Wahlen zeigen. ■

Stelldichein am rechten Rand

»Verein Deutscher Studenten«zu Bremen

Der VDSt zu Bremen macht keinen Hehl daraus, dass er ein »elitärer Verein auf Lebenszeit« ist. Dass die Verbindung in der Hansestadt jedoch eine Anlaufstelle für den Grenzgang zwischen konservativer und »Neuer Rechter« ist, gibt sie weniger offen zu.

Von Arne Basten

Seinen Ursprung hat der »Verein Deutscher Studenten« zu Bremen im »Heimverein VDSt zu Bremen e.V.« aus dem Jahre 1965. Nach 30-jähriger Vorarbeit durch sogenannte Alte Herren, konnte Anfang der 1990er Jahre die aktive Arbeit unter den Studenten aufgenommen werden. Aus der Vereinsregisterakte geht hervor, dass man in der Alt-Herrenschaft die Stimmung an der Universität lange für zu korporationsfeindlich für eine Neugründung hielt. Erst 1993 wurden acht Studenten als so genannte Füxe in die Verbindung aufgenommen. 1999 konnten schließlich die ersten Studenten in die fünf Zimmer auf dem »Hermann-Ehlers-Haus« des VDSt einziehen.

Stelldichein in Horn-Lehe

Der VDSt vertritt einen »kulturalistischen Nationalismus«. An Begriffen wie Volk und Vaterland wird festgehalten, jedoch nicht an deren plumper biologistisch-rassistischer Begründung. Diese Aktualisierung eines im Kern nationalistischen Gedankenkonstrukts erlaubt es, eine »besondere« ideologische Mischung auf dem Haus des Bremer VDSt zusammen zu bringen. Von Bremer Lokalprominenz aus Politik, Universitätsbetrieb und Wirtschaft über konservativ bis »neu-rechts« und rechtspopulistisch reicht die Spanne der eingeladenen ReferentInnen bei den so genannten Hanseatischen Gesprächen. So referierte unter anderem Felix Menzel, Chefredakteur der »Blauen Narzisse« beim VDSt zu Bremen. Auf der Internetpräsenz des Bremer VDSt heißt es zu der Veranstaltung: »Eine mutige Entscheidung der Aktivitas des VDSt zu Bremen, auch einmal den Blick über den Tellerrand des politischen ›Mainstreams‹ der ›Political Correctness‹ zu wagen.« Außerdem wurde der Geschichtsrevisionist Gerd Schulze-Rhonhof zu einem Vortrag auf das »Hermann-Ehlers-Haus« geladen.

Darüber hinaus durfte Jan Timke bei den deutschen Studenten in der Lilienthaler Heerstraße zum Thema »Ausländerkriminalität im Bundesland Bremen« referieren. Seit zwei Wahlperioden sitzt Timke für die rechtspopulistische Wählervereinigung »Bürger in Wut« im Bremer Landesparlament. Über die Themen Zuwanderung und Sicherheitspolitik versucht er sich dort am rechten Rand zu profilieren.

Lokale Akzeptanz

Im aktuellen Wintersemesterprogramm des Bremer VDSt sind zwei Veranstaltungen erwähnenswert: Zum einen das Referat von Reinhard Erös zum Thema »Tee mit dem Teufel. Als deutscher Militärarzt in Afghanistan«, welches jedoch wegen Krankheit ausfallen musste. Erös hatte in der Vergangenheit zwar Vorträge bei DB-Verbindungen abgesagt, ist aber kein Unbekannter in der »Neuen Rechten«. So hielt er 2008 eine Laudatio bei der Verleihung des »Gerhard-Löwental-Preises«, eines Journalistenpreises, der seit 2008 von der »neu-rechten« Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) vergeben wird. Brisant an dem Vortrag des VDSt war vor allem der geplante Veranstaltungsort: der als seriös geltende Bremer Presseclub im Stadtteil Schnoor. Im Club sind neben Bremer PressevertreterInnen und Medienbetrieben auch bekannte öffentlich-rechtliche sowie private Unternehmen, Parteien und Vereine vertreten. Zum anderen erregte eine Veranstaltung mit Rainer Langhans, der in der Vergangenheit durch Interviews in extrem rechten Magazinen wie »Zuerst!« oder »Umwelt & Aktiv« aufgefallen ist, besondere Aufmerksamkeit. Zahlreiche regionale Medien berichteten über die gut besuchte Veranstaltung mit dem »Kommune 1«-Gründer. Zwar kam Langhans in der Berichterstattung insgesamt nicht gut weg – kritische Töne zum VDSt suchte man jedoch vergeblich.

Kontinuität: Rechte Netzwerker

Trotz der vermeintlich unverfänglichen Inhalte dienen die Veranstaltungen des VDSt als rechte Netzwerktreffen. Konservative und »Neue Rechte« kommen zusammen, tauschen sich aus, knüpfen und pflegen Kontakte. So hatte sich für die Veranstaltung mit Erös unter anderem Bastian Behrens angekündigt. Er ist einer der Alten Herren und war Bundes- und Verbandssprecher des VDSt. Heute ist er bei der JF für die Pressekontakte zuständig. Auch Johannes Lihl wollte an der Veranstaltung teilnehmen. Im Wintersemester 2010/11 gehörte er zu den Amtsträgern, so genannten Chargen, der Aktivitas des VDSt-Bremen. Neben seiner Verbindungstätigkeit ist er erster stellvertretender Landesvorsitzender der »Jungen Union« in Bremen, wo er als Hardliner gilt. Dort steht er für besonders rechte Positionen. So gehört er zu den Unterzeichnern der Aktion »Linkstrend Stoppen«. Der »taz« zufolge outete sich Lihl außerdem 2010 als Abtreibungsgegner.

Vor allem in der Kontinuität solcher rechten Begegnungen liegt die Gefahr des Bremer VDSt. Seit Anfang der 90er Jahre ist es ihm gelungen, eine aktive Verbindung aufzubauen, die in Bremen Akzeptanz erfährt, ohne Gefahr zu laufen, durch offene Verbindungen zur extremen Rechten aufzufallen. Im Vergleich zur rassistischen »Deutschen Burschenschaft« oder anderen Studentenverbindungen ist der VDSt weniger radikal: Biologistischer Rassismus und Kontakte zur NPD sind nicht bekannt. Im Vergleich zum DB ist der kulturalistische Nationalismus des VDSt deutlich anschlussfähiger für die vermeintliche Mitte der Gesellschaft. Kontakte und Überschneidungen zur Bremer CDU und Vertretern der »Neuen Rechten« sind ein deutlicher Beleg für den Erfolg des rechten Grenzgangs beim VDSt. ■

Folgenreicher Besuch

Nazi-Kontakte der »Hamburger Burschenschaft Germania«

Bei den Alten Herren der »Hamburger Burschenschaft Germania« herrscht wegen Kontakten zu Nazis Muffensausen. Bei der letzten Veranstaltung wurden die engen Verbindungen zur NPD und Reservisten erneut offensichtlich.

Von Felix Krebs

Ausgerechnet die konservative Zeitung »Die Welt« brachte die Dimension der Kontakte auf den Punkt, als sie im Untertitel schrieb: »Laut Senat waren der niedersächsische NPD-Vize und ein extrem rechter Publizist bei der Burschenschaft zu Gast. Hamburger Reservistenchef ist Mitglied und war Vorstand bei Germania.« Besonders Letzteres verdeutlicht, dass einige Burschenschaften nicht nur Nazi-Kontakte pflegen, sondern auch einigen Einfluss in der Mitte der Gesellschaft haben. Der Hamburger Reservistenverband hat immerhin 2.200 Mitglieder, darunter auch Innensenator Michael Neumann.

Lange hatte die »Hamburger Burschenschaft Germania« (HBG) für einen »Germanenabend« zum Thema »Die Manipulation des Völkerrechts« geworben. Allerdings ohne anzugeben, dass Nazi-Ideologe Jürgen Schwab ein gleichnamiges Buch geschrieben hatte. Die Plattform »Sache des Volkes« – von Schwab initiiert – bestätigte Mitte Januar: »Auf Einladung der »Burschenschaft Germania Hamburg« [...] war Jürgen Schwab vom 5. bis 7. Januar in Norddeutschland unterwegs«. Zum Verhängnis wurde den Germanen jedoch, dass vor der Tür JournalistInnen warteten, die den Gast Matthias Behrens (niedersächsischer NPD-Vize) beim Betreten des Germanenhauses ablichteten.

Zwar dementierte die Germania umgehend Kontakte zu NPD und Neonazis, doch ist das wenig glaubhaft. Die Hamburger Medien berichteten, dass eine Anfrage im Parlament gestellt worden sei und auch der Chef des Hamburger Verfassungsschutzes, Manfred Murck – sonst wenig auskunftsfreudig bezüglich brauner Burschen – sah sich genötigt, zu kommentieren: »Die Anwesenheit von Matthias Behrens ist nicht der einzige Fall, in dem die Germania nach unseren Erkenntnissen Kontakt zu Rechtsextremisten hatte«. Letzteres wusste, wer antifaschistische Zeitschriften wie »Der Rechte Rand« liest, schon länger. Welche Konsequenzen der neuerliche Vorfall haben wird, bleibt abzuwarten.

Brauner Sumpf

Immer wieder erregte die HBG durch ihre Kontakte, Doppelmitgliedschaften, aber auch Referenten aus der extremen Rechten Aufsehen. In den letzten zehn Jahren waren Germanen durch Doppelmitgliedschaften sowohl mit der Hamburger NPD wie auch der »Jungen Landsmannschaft Ostpreußen/Ostdeutschland« (JLO) und der offiziell als »rechtsextremistisch« geltenden »Pennalen Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg« verbunden. Bis 2010 war ein André Busch Konkneipant (Mitglied mit Einschränkungen) der Germanen. Der Alte Herr wurde bekannt, weil er einen Nazi-Bestseller mit dem Titel »Blutzeugen« geschrieben hatte. Über sein Buch, welches Busch immerhin seinen Job als Filialleiter einer Bank kostete, referierte er noch im Mai 2010 im ›Germanenhaus‹. Und ›Germane‹ Olaf Haselhorst wurde Anfang 2011 leitender Redakteur des braunen Blattes »Der Schlesier«. Für Haselhorst ist die NPD eine Partei wie jede andere und so kommentierte er wohlwollend nach der Wahl in Berlin: »Das Potential für eine nationale Alternative ist durchaus vorhanden, nur die Außendarstellung wirkt abschreckend auf den Wähler.«



^ »Germanen«-Haus in Hamburgs City

Militarismus, Reservisten, Wehrsport

Besondere Aufmerksamkeit verdienen auch die Verbindungen zum Militär. Alte Herren der Germania sind im Reservistenverband der Bundeswehr organisiert und Aktive studieren an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr (HSU). Olaf Haselhorst zum Beispiel war zwölf Jahre bei der Marine. Auch soldatischen Themen widmet die Germania gern Veranstaltungen. So hielt HSU-Student Martin D. im Juli 2010 einen Vortrag zum Thema »private Söldnerfirmen« und im November folgte Fux Jan-Mortimer B. mit dem Thema »Afghanistan – Der deutsche Versuch im ›großen neuen Spiel‹ zu bestehen – aus Sicht eines Truppenoffiziers«.

Die wichtigste Verbindung der ›Germanen‹ zur Bundeswehr ist jedoch Oberstleutnant d. R. Ramon-Stefan Schmidt als Vorsitzender der Hamburger Landesgruppe des »Verbands der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.«. Der Oberreservist war bis 2009 auch stellvertretender Vorsitzender des Altherrenverbandes der HBG. Die Alten Herren haben durch ihre finanzielle, personelle und ideelle Unterstützung erheblichen Einfluss auf die Vorgänge im Germanenhaus. Ob sich die Duldung von Nazivorträgen allerdings mit der Verantwortung für 2.200 Reservisten verträgt, ist fraglich.

Anfang der 1990er Jahre geriet die Reservistenarbeit soldatischer Burschen sogar ins Blickfeld des Geheimdienstes. Angehörige der HBG hatten zusammen mit Neonazis und anderen Burschenschaftern einen »Deutschen Freundeskreis« (DFK) gebildet, der sich im Germanenhaus traf. Der militärische Ableger des DFK, das »Komitee für freiwillige Reservistenarbeit Nord«, überwiegend aus studierenden Reservisten bestehend, führte damals Wehrsportübungen in Niedersachsen durch. Der Hamburger Verfassungsschutz konstatierte damals: »Die Wehrsportaktivitäten der Burschenschafter haben einen Organisations- und Aktionsgrad erreicht, der deutlich über die allgemein bei Rechtsextremisten feststellbare Vorliebe für militaristisches Gehabe hinausgeht.«

Das Interesse am Militarismus sowie die personellen Verflechtungen der HBG und auch anderer Waffenstudenten mit der Bundeswehr sind bis heute ungebrochen. Der Hamburger Reservistenverband der Bundeswehr führt regelmäßig Schieß- und Geländeübungen durch. Wie viele Nazifreunde der HBG daran teilnehmen, ist ebenso unbekannt wie die Anzahl von Reservisten in rechten Burschenschaften oder die Zahl der Schusswaffen, über die diese verfügen. ■

»Dänemark den Dänen«

Zehn Jahre »Dansk Folkeparti« an der Macht

Mit den Parlamentswahlen in Dänemark im September 2011 löste eine sozialdemokratisch geleitete Koalition die liberal-konservative Regierung ab. Damit ging auch die zehnjährige Ära der rechtspopulistischen »Dansk Folkeparti« zu Ende, die die Minderheitenregierung gestützt hatte. Im Gegenzug konnte sie dafür jene seit den 1980er Jahren bestehende zuwandererfeindliche Agenda der extremen Rechten nach und nach umsetzen.

Von Anne Jessen

1995 wurde die »Dansk Folkeparti« (»Dänische Volkspartei«; DVP) als Splittergruppe der rassistischen »Fortschrittspartei« gegründet – schon damals nahm die heutige Parteivorsitzende Pia Kjærsgaard, die sich schon länger in diesem Milieu engagiert hatte, eine wichtige Rolle ein. Öffentlich bekannt wurde sie, als sie 1988 als Mitglied der »Fremskridtspartiet« (»Fortschrittspartei«) neben Mitgliedern der »Det konservative Folkeparti« (»Konservativen Partei«) an einem internationalen Kongress der »World Anticommunist League« (WACL) in Taiwan teilnahm. Begeistert kehrte sie heim und schrieb im Parteiblatt »Fremskridt«, dass die WACL »eine internationale Organisation« sei, »deren klares Ziel es ist, den Kommunismus weltweit zu bekämpfen. Ich gebe diesem guten Zweck meine volle Unterstützung. [...] Ich möchte persönlich daran arbeiten, dass unsere Kontakte zu Taiwan enger zusammengeknüpft werden«. Noch heute ist dieser Antikommunismus bei der DVP zu spüren, obwohl sie ein soziales Image pflegt und stets versucht, sich als Sprachrohr der kleinen (und alten) Leute darzustellen – nur sollten diese Menschen keine »Ausländer« sein.



^ Pia Kjærsgaard wirbt für eine Grenze


^ Hakenkreuzfahnen der DNSB, rechts Chef Jonni Hansen

Drei Jahre nach der Gründung der Partei gab es Parlamentswahlen, bei denen die DVP 13 Mandate erwarb. Staatsminister wurde der Sozialdemokrat Poul Nyrup Rasmussen, der keine Zusammenarbeit mit dieser »Volkspartei« wünschte. Gleich nach der Wahl 1998 erklärte er im Parlament, dass die Partei nie »stubenrein« werde. Zu viel Rassismus hafte seines Erachtens an ihr. Es sollten berühmte Worte werden, die noch heute sowohl von politischen AnhängerInnen als auch GegnerInnen zynisch zitiert werden. Als Antwort auf Poul Nyrup Rasmussen arbeitete die DVP sehr bewusst darauf hin, ein Bild von sich zu zeichnen, das nicht rassistisch gefärbt ist. Es wurde in den darauffolgenden Jahren sehr darauf geachtet, dass keine »Rechtsextremen« in der Partei Aufnahme fanden beziehungsweise es keine derartigen Mitglieder gab. Zwei Mal schloss die Partei in größerem Umfang Mitglieder mit entsprechenden Anschauungen aus der Partei aus: im Jahr 1999 19 Aktivisten der Jugendorganisation und 2003 neun Mitglieder der DVP selbst. Die Partei verfolgte dabei eine Doppelstrategie: Sie legte sie sich ein soziales Image zu und distanzierte sich vom »Extremismus«, gleichzeitig verschärfte sie ihre Rhetorik gegenüber MigrantInnen im Allgemeinen und Muslims und Muslimas im Besonderen.

Zwei Monate nach dem 11. September 2001 waren in Dänemark wieder Parlamentswahlen. Die sozialdemokratische Regierung wurde abgewählt und eine Koalitionsregierung zwischen der liberalen Partei »Venstre« und den Konservativen konstituierte sich mit Unterstützung der DVP. Diese hatte insgesamt 22 Mandate erhalten – bei den folgenden Wahlen konnte sie ihre parlamentarische Macht ausbauen und errang bei den Wahlen 2007 schließlich 24 Mandate.

Nach 2001 entwickelte sich die DVP zunehmend zu einem bedeutenden politischen Machtfaktor – diese Rolle wurde ihr auch zugewiesen durch die Regierungskoalition, die sie als Stütze ihrer Minderheitsregierung benötigte. Die DVP galt

derweil in vielen Kreisen als »stubenrein«. Zehn Jahre lang duldeten die Konservativen und Liberalen in der Regierung den Rassismus der Partei, um ihre eigene Macht zu erhalten. Die generelle Ausländerfeindlichkeit der DVP entwickelte sich unterdessen zu einem immer deutlicheren antimuslimischen Kulturkampf, dem sich viele BürgerInnen aus der gesellschaftlichen Mitte anschlossen.

Wortakrobatik

»Dänemark ist das Land der Dänen« – dieser Satz leitet das Arbeitsprogramm der DVP ein. Er ähnelt dem Leitsatz der »Danmarks Nationalsocialistiske Bevægelse« (»Dänische Nationalsozialistische Bewegung«; DNSB): »Dänemark den Dänen«. Obwohl sich keine organisatorischen und politischen Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Parteien finden lassen, teilen sie an einem Punkt dieselbe Geisteshaltung. Sie manifestiert sich in ihrem Dänemarkbild, das das Land als isolierte Kulturgemeinschaft versteht, wo Fremde (bei der DNSB sind es »Juden« und »Muslime«, bei der DVP »Muslime«) als Eindringlinge und Feinde betrachtet werden. Die DNSB skandiert in den Straßen »Ausländer raus«, während die DVP Gesetze macht, die AusländerInnen die Einreise erschweren beziehungsweise unmöglich machen. »Es hat sich besonders schwierig gezeigt, Flüchtlinge und Einwanderer mit muslimischem Hintergrund zu integrieren. [...] Es gibt keine Gesellschaft in der Welt, wo eine friedliche Integration von Muslimen in eine andere Kultur möglich gewesen ist. Es ist unverantwortlich, Dänemark einen Kulturzusammenstoß zuzufügen, der risikiert sehr ernste Folgewirkungen zu bekommen. [...] Wir müssen die Notwendigkeit erkennen, dass unsere Gesellschaft sich dagegen schützen muss, überrannt zu werden«, schreibt die DVP in ihrem Arbeitsprogramm. Der Gedanke, dass Dänemark beschützt werden müsse, kann im Übrigen mehr als 25 Jahre zurückverfolgt werden.

Die Keimzelle

In den 1980er Jahren gab es in Dänemark mehrere nationalistische Gruppierungen. Einige hatten ihren Ursprung in der dänischen nationalsozialistischen Bewegung, andere in christlichen Kulturvereinen. Dazu tauchten bei Wahlen verschiedene neue ausländerfeindliche Bürgerlisten auf. Trotz ideologischer und organisatorischer Differenzen hatten alle jedoch eine mehr oder weniger diffuse Vorstellung von einer dänischen Partei. Aus diesem braunen Sumpf heraus wurde 1987 »Den Danske Forening« (»Dänischer Verein«) gegründet mit dem Vorsatz, alle »Nationalgesinnten« in einer »Widerstandsgruppe« zu vereinen. Hier wurde bewusst auf die dänische Widerstandsbewegung während der nazideutschen Besetzung Dänemarks angespielt. Dies sollte dem Verein Legitimität und Anerkennung verleihen. Die Botschaft des Vereins war die Repatriierung aller in Dänemark lebenden »Ausländer«. Einige der Mitbegründer dieses »Dänischen Vereins« waren spätere Gründer und führende Köpfe der DVP (Søren Krarup, Jesper Langballe – beide Pfarrer – und Søren Espersen).

Der »Dänische Verein« unterstützte verschiedene fremdenfeindliche Bürgerlisten, die zu Kommunalwahlen aufgestellt wurden. Dabei ging es vor allem darum herauszufinden, wie viele Stimmen derartige Organisationen bekommen könnten – quasi ein Pilotprojekt, um die Chancen einer »nationalen Partei« zu bestimmen. Doch viel Zuspruch fanden die lokalen Bürgerlisten nicht, weshalb der »Dänische Verein« vorerst die Pläne einer Parteigründung aufgab.

1995 schien dann die Zeit gekommen, die scharfe nationalistische, fremdenfeindliche Rhetorik in eine andere Form zu packen, um die Politik besser verkaufen zu können. Mitbegründer des »Dänischen Vereins« gründeten die »Dänische Volkspartei«, wobei sie bis 2002 Mitglied beider Organisationen blieben. Erst dann schieden sie aus dem Verein aus mit der Begründung, dass dessen »dumme« Rhetorik der »Sache« schade. Dabei hatten sich die beiden inhaltlich nicht sonderlich voneinander entfernt. Immerhin hielt Søren Krarup, Mitglied des Folketings und Sprecher für Ausländerfragen der DVP, 2007 die Festrede zum 20-jährigen Jubiläum des »Dänischen Vereins«. Die Ausländergesetze Dänemarks, die in den letzten zehn Jahren unter dem Druck der DVP immer restriktiver wurden, sind im Übrigen deutlich auf die Repatriierungsgedanken des »Dänischen Vereins" zurückzuführen.

Verschärfungen

Zwischen 2001 und 2011 wurde die Ausländergesetzgebung Dänemarks 76 Mal geändert beziehungsweise verschärft. Das entspricht acht Änderungen/Verschärfungen im Jahr und hat dazu geführt, dass die gesamte Gesetzeslage auf diesem Feld unüberschaubar und undurchsichtig geworden ist. Am härtesten wurden die Gesetze und Regelungen in Verbindung mit Familienzusammenführungen, Aufenthaltserlaubnissen und der Staatsbürgerschaft geändert. Für die Familienzusammenführung mit Nicht-EU-Bürgern wurde unter anderem ein Punktesystem eingeführt. Wenn beide EhepartnerInnen unter 24 Jahre alt sind, müssen sie insgesamt 120 Punkte sammeln. Sind sie über 24 Jahre, sind es »nur« 60 Punkte. Diese können sie erhalten, wenn sie beispielsweise eine Ausbildung, Arbeit oder Sprachkenntnisse auf Universitätsniveau vorweisen können oder sich zwischen »Bio-Dänen« ansiedeln und nicht in einem »Ghetto«. Ferner muss eine Bankbürgschaft über 100.000,- Dänische Kronen (ca. 13.450,- Euro) gestellt werden. Der- oder diejenige, die nach Dänemark ziehen möchte, muss eine Einwanderungsprüfung bestehen, bei der Kenntnisse der dänischen Sprache und dänischen Kultur geprüft werden. Preis: 3.000,- Kronen (ca. 400,- Euro). Eine permanente Aufenthaltsgenehmigung bekommt, wer 100 Punkte gesammelt hat. Dafür muss unter anderem eine Dänisch-Prüfung bestanden sowie nachgewiesen werden, dass die AntragstellerIn ein Jahr lang in einem Verein aktiv gewesen ist beziehungsweise eine Mitbürgerschaftsprüfung bestanden hat. Selbstverständlich müssen die MigrantInnen einer Arbeit nachgehen.

Die dänische Staatsbürgerschaft kann nach neun Jahren Aufenthalt in Dänemark beantragt werden. Auch hierfür muss man eine Dänisch-Prüfung auf hohem Niveau bestehen und eine Staatsbürgerschaftsprüfung ablegen. Man muss Arbeit haben und darf keine Straftat begangen haben, die mit anderthalb Jahren oder mehr bestraft worden ist.

Dies ist nur ein kleiner Teil der derzeitigen Gesetzeslage für MigrantInnen. Deren Verschärfung und die gleichzeitig immer härtere Rhetorik vor allem gegenüber Muslims und Muslimas hat ein Klima der Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz geschaffen. Es wird Jahre brauchen, um das wieder abzubauen. Viele hoffen, dass mit dem Regierungswechsel nach der Wahl im September 2011, mit der eine sozialdemokratisch geleitete Koalitionsregierung – ohne Unterstützung durch die DVP – an die Regierung kam, ein Anfang gemacht werden kann. ■

Schwedens extreme Rechte

Eine gespaltene Bewegung blickt nach Europa

Noch im September 2010, als die »Sverigedemokraterna« in den schwedischen Reichstag einzogen, machte sich bei der neonazistischen Rechten Hoffnung breit, an dem Erfolg partizipieren zu können. Aus der desolaten Situation der letzten Jahre wollte sie mit neuem Schwung auf die Straße gehen. Doch stattdessen organisierte sich die extreme Rechte im Verlauf des Jahres 2011 neu.

Von Mathias Wåg

Großer Aufwand wurde betrieben, um für den zehnten »Salemmarsch« im Dezember 2010 zu werben. Die Veranstalter aus dem Umfeld der Newsseite »Info-14« hatten im Vorfeld dafür unter dem Namen »Salemfond« all ihre finanziellen Ressourcen zusammengekratzt. Sie verteilten 200.000 Flugblätter und 27.000 neugedruckte Zeitungen. Führende rechte Politiker aus Deutschland und England waren neben eigenen Landsleuten als Redner eingeladen worden. Die Hoffnung bestand darin, das größte neonazistische Treffen Skandinaviens, dessen TeilnehmerInnenzahl in den letzten Jahren stetig gesunken war, wieder zu einem politischen Erfolg werden zu lassen. Dafür sollte versucht werden, auch jene zu mobilisieren, die bei der Reichstagswahl im September 2010 »national« gewählt hatten.

Das Resultat fiel jedoch anders aus. Zwar kamen mehr als 700 TeilnehmerInnen und damit mehr als in den letzten Jahren – doch im Vergleich zu 2003, als über 2.000 Neonazis auf die Straße gingen, hielt sich der »Erfolg« in Grenzen. Nur Wochen danach machte die Seite »Info-14« nach fünfzehnjähriger Aktivität zu. Das rechte Netzwerk der Seite »Fria nationalister« (»Freie Nationalisten«, FN) legte gleichzeitig seine Tätigkeit nieder, und im September 2011 meldete der Fond, es würden keine weiteren Aufmärsche organisiert werden. Zeitgleich mit dem politischen Durchbruch der »Sverigedemokraterna« (»Schwedendemokraten«, SD) starb somit im selben Monat ein anderer wesentlicher Teil der »nationalen Bewegung«. Das Jahr 2011 wurde damit zu einem Jahr, in dem die Karte der schwedischen extremen Rechten neu gezeichnet werden musste. Dabei war vor elf Jahren »der Salemmarsch« aus genau so einer Umorganisierung entstanden.



^ »Salemmarsch« 2008



^ »Sverigedemokraterna«

Ausschlüsse und Umorganisierung

Während der 1990er Jahre waren der RechtsRock das eine und die regelmäßigen Aufmärsche und Kundgebungen der »Sverigedemokraterna« das andere Standbein der extremen Rechten gewesen. Die meisten führenden Neonazis erhielten bei dieser Partei ihre Schulung und organisatorische Erfahrung. In der jüngeren Generation, die für die Präsenz auf der Straße sorgte, florierten die radikalen Ideen. Die Verbindungen zum RechtsRock-Milieu waren deutlich. Mit ihnen wurden diese ‹Demokraten› die rechte Partei, die auf der Straße am aktivsten war. Aber die ständigen Konfrontationen mit GegendemonstrantInnen bei Kundgebungen trugen auch zu ihrem schlechten Ruf bei. Als die SD Mitte der 1990er Jahre mit dem Ausschluss der militanten Mitglieder begann, verschwanden diese keinesfalls aus der Szene: Sie nahmen stattdessen ihre Erfahrungen mit in die neonazistische Bewegung und trugen so dazu bei, diese neu aufzubauen. Einer derjenigen, die ausgeschlossen wurden, war bis dahin der erste Vorsitzende des SD-Jugendverbands »Sverigedemokratisk Ungdom« (»Schwedendemokratische Jugend«) gewesen: Robert Vesterlund. Er baute zusammen mit anderen Mitgliedern des Jugendverbands ein AktivistInnennetzwerk mit der Plattform »Info-14« als Sammlungspunkt auf. Dieses Netzwerk initiierte im Jahr 2000 schließlich den »Salemmarsch«.

Der Partei reichte es jedoch nicht, mit dem lebhaften neo-nazistischen Milieu außerhalb ihrer Strukturen zu brechen, sie kehrte vielmehr der Straßenpolitik ganz den Rücken. 2001 schloss die Partei noch einmal in großem Umfang nunmehr unliebsame Aktivisten und vor allem auch jene Kader aus, die eben diese Straßenpräsenz organisiert hatten. Aus der Struktur heraus, die die Kundgebungen der SD organisiert hatte, wurden 2001 die »Nationaldemokraterna« (ND) gegründet. Die ND ist die Partei, die der NPD hinsichtlich ihrer inhaltlichen Ausrichtung und ihrer Mitglieder am ehesten ähnelt.

Europäische Verbindungen

Die Gruppe, die nun die Führung bei SD übernahm, begann die »Dänische Volkspartei« zu kopieren und ihre Partei gen Rechtspopulismus zu transformieren – ein langwieriger Prozess, der erst 2010 zum erhofften Wahlerfolg führte. Dabei unterschied sich die Situation in Schweden von der der übrigen nordischen Länder, wo es starke Protest- und Populismusparteien in den Parlamenten gab und jenseits davon nur unbedeutende neonazistische Milieus. Vielmehr glich die politische Sphäre der extremen Rechten in Schweden der in Deutschland, mit einer starken außerparlamentarischen extremen Rechten und relativ geringem parlamentarischen Einfluss der rassistischen Parteien. Doch die SD hat sukzessive ein wachsendes Umfeld um sich gesammelt – zu dem auch Blogs wie »Politiskt inkorrekt« gehör(t)en, das im November 2011 eingestellt wurde – sowie das europäische »CounterJihad-Netzwerk« und dessen Bewegung auf der Straße, die sich in Form der bri-

tischen »English Defence League« organisiert. Von SympathisantInnen der Partei wurde dann 2011 die »Swedish Defence League« gegründet. Und ihr Abgeordneter und Verantwortlicher für die Außenpolitik, Kent Ekeroth, spielte in der Finanzierung und Organisation dieser europäischen Netzwerke eine wichtige Rolle.

»Gegen die Schwedenfeindlichkeit«

Es ist makaber, dass der Mord an einem jungen neonazistischen Skinhead im Stockholmer Vorort Salem 2000 zur Rettung für die neonazistische außerparlamentarische Bewegung des Landes wurde. Daniel Wretström war in eine Schlägerei mit mehreren migrantischen Jugendlichen geraten, von denen einer später für den Mord verurteilt, aber als psychisch gestört eingestuft wurde und in die Psychiatrie kam. Als die Umstände von Wretströms Tod bekannt wurden, gelang es dem »Info-14«-Netzwerk, auf einen Schlag die Ausdrucksformen und Arbeitsweise der extremen Rechten zu erneuern. Im Dezember 2000 wurde der erste »Salemmarsch« organisiert.

Das Innovative am Konzept dieses Aufmarschs war, dass es ihm gelang, seine Botschaft in einen vermeintlichen Antirassismus zu kleiden – als Protest gegen die »Schwedenfeindlichkeit«. Breite antifaschistische Gegenaktionen und Outings in den Medien wurden zu einer »Hetzkampagne gegen Nationale« erklärt und »Info-14« ließ verlauten, die PolitikerInnen und Medien trügen die Verantwortung für den Mord durch die Schaffung einer Lynchstimmung gegen »Nationale«. Für viele junge Leute war es weniger stigmatisierend, zu diesem ›Event‹ zu gehen als zu RechtsRock-Konzerten. Der zweite Erfolgsfaktor war, dass die Veranstaltung zu einem einigenden Band wurde für die jenseits der SD zersplitterte rechte Szene. Alle Organisationen der extremen Rechten nahmen teil. Und es lag an dem hohen Vertrauenskapital, das die Organisatoren von »Info-14« genossen, und an ihrer eisernen Organisation, dass keine Gruppierung den Marsch für sich vereinnahmen konnte. Als Ausgleich organisierte »Info-14« parallel jedes Jahr im Sommer den »Marsch des Volks« (»Folkets marsch«), bei dem alle Gruppen ihre Fahnen und Transparente tragen durften. Durch diesen Ausweichtermin gelang es, den »unpolitischen« und offenen Charakter des Marsches in dem Stockholmer Vorort zu erhalten.

Der dritte Erfolgsfaktor wurde erst nach einigen Jahren deutlich, nämlich die Bildung eines unabhängigen AktivistInnenumfelds, für das die Aufmärsche als breite Mobilisierungsbasis dienten. Aktionsgruppen im ganzen Land verteilten die Materialien des »Salemfonds« und organisierten Busfahrten nach Salem. Oft kam es in der Vorbereitung zu gewaltsamen Konfrontationen mit AntifaschistInnen, und in den Tagen vor dem Aufmarsch häuften sich Angriffe auf eben diese wie auch auf linke Lokale. Diese AktivistInnenstruktur wurde jedoch nach und nach zur Konkurrenz für die traditionellen rechten Organisationen. Um den Konflikt zu lösen, schaute die extreme Rechte nach Deutschland und versuchte, das Organisationsmodell der NPD zu kopieren: eine gegenseitige Unterstützung von »Freien Nationalisten« und einer extrem rechten Partei, von der beide Seiten profitieren könnten. Der Import dieses Modells gestaltete sich aber schwierig. Die schwedischen »Nationaldemokraten« sind instabil und von inneren Auseinandersetzungen gebeutelt. Die »Freien« haben durch die »Salemmärsche« eine bessere Struktur als die Partei und können viel mehr als ihre deutschen Kollegen die Agenda bestimmen. Nichtsdestotrotz kommt den ND die Rolle einer Organisierungsschule für die gesamte extreme Rechte zu – wie in den 1990er Jahren dem SD.

Eine neue Lage

Die Hochphase der ND um 2003 fiel zeitlich mit den besten Jahren des Marsches zusammen, doch seitdem ist die Organisation wegen verschiedener Spaltungen deutlich dezimiert. Von einigen tausend Mitgliedern und mehreren kommunalen Mandaten hat die Partei nun nur noch ihr Mandat in Södertälje und ihre lokalen Gruppen existieren hauptsächlich auf dem Papier. Im Kontext der Aufgabe des »Salemfonds« geriet die Partei in die tiefste Krise ihrer zehnjährigen Geschichte. In dieser Lage entschieden sich die ND für eine organisatorische Neuorientierung: Sie öffneten die Türen für die neonazistische Bewegung und banden die Reste der »Freien Nationalisten« an sich. Die Partei bot sich zur Finanzierung verschiedener Projekte der »Freien« an – etwa einer Kampagne gegen Pädophile – und dafür, die politischen Fragen der AktivistInnen parlamentarisch voranzutreiben. Diese sollten dafür weiterhin auf der Straße aktiv sein und die ND-Zeitung »Nationell idag« (»National heute«) verbreiten. Dieses Medium ist der Trumpf der Partei im rechten Lager: Als einzige extrem rechte Gruppe erhält sie staatliche Unterstützung für eine Wochenzeitung. Hintergrund dafür ist, dass der Staat viele Zeitungen und Zeitschriften unterstützt, um die Vielfalt der Presselandschaft zu gewährleisten. 2010 wurden beispielsweise ca. 100 Projekte mit rund 500 Millionen Kronen (55 Mio. Euro) unterstützt, die Zeitung der ND erhielt ca. 1,6 Millionen Kronen (177.000,- Euro). In der Redaktion von »Nationell idag« sind auch Mitglieder anderer rechter Gruppen angestellt. Die »Nationaldemokraten« sind heute weniger eine Partei mit einer Zeitung; eigentlich ist es korrekter, von einer Zeitung zu sprechen, zu der eine kleine Partei gehört. Mit der staatlichen Unterstützung wird eine Kanzlei unterhalten, die neben der Zeitschrift auch eine ganze Bewegung organisiert. Durch die offene Zusammenarbeit mit den »Freien« haben sich die ND radikalisiert. Als die »Schwedendemokraten« bei ihrem Parteitag Ende November 2011 verkündeten, sie seien eine sozialkonservative Partei, sahen die ND ihre Chance, sich im Gegensatz dazu als Partei mit einer »politisch revolutionären Richtung« zu profilieren. Von der Zeitungsredaktion und der Parteizentrale wurde am 24. September 2011 die Organisation »Förbundet Nationell ungdom« (»Verband nationale Jugend«, FNU) aus den Resten der »Freien« präsentiert.

In dieser neuen Situation, der engen Zusammenarbeit der ND und ihrer Zeitung, der »Nordengruppen« – einer Internetseite mit einer Reihe von AutorInnen und Publikationen, die sich vor allem mit »Rassenbiologie« befassen und bei der Umorganisation geholfen haben – sowie der neuen AktivistInnenstruktur um den nationalen Jugendverband, wurde der Nachfolger des »Salemmarschs« vorgestellt. Der neue Einheitsmarsch sollte mitten in der Stockholmer Innenstadt während der Nobelpreisfeierlichkeiten stattfinden, wenn die ganze Welt auf Schweden blickt, und nicht in einem versteckten Vorort. Der Aufmarsch sollte radikalisiert werden, sich direkt gegen die »institutionalisierte Schwedenfeindlichkeit« richten und neben dem schwedischen Reichstag angemeldet werden.

Doch die Einigkeit währte nicht einmal bis zum Beginn des Aufmarschs selbst. Die neue Allianz wandte sich gegen die ND. Die neonazistischen Gruppen versammelten sich dort, wo Ressourcen vorhanden waren, aber sie hatten nicht vor, der Führung der ND zu folgen. Die Konflikte begannen Ende Oktober 2011, als Neonazis zwei Mal führende ND-Mitglieder in deren Parteilokalen misshandelten. Die Partei antwortete, indem sie zwei der Täter von ihren Teilzeit-Kanzleijobs als Organisatoren feuerte.

Am 10. Dezember 2011 marschierten schließlich Neonazis unter dem Motto »Stoppt die Schwedenfeindlichkeit« in Stockholms historischer Altstadt auf. Eine breite antifaschistische Mobilisierung versammelte sich um den gesamten Demonstrationsweg herum und führte eine Krachblockade durch, mit Trillerpfeifen, bengalischen Feuern und Vuvuzelas. Die nationale Manifestation hatte sich bis dahin so zerstritten, dass sie nur mehr 400 bis 500 TeilnehmerInnen aus ganz Skandinavien versammelte. Dabei war der Marsch dafür gedacht, der nationalen Bewegung neue Kraft und Einheit zu geben. Er sollte kreativ sein und neue Wege suchen, den Raum ausnutzen, den die Wahlerfolge der SD geschaffen hatten. Stattdessen zeigte sich auf der Straße eine zersplitterte und geschwächte Bewegung, die weiterhin an ihren alten Problemen laboriert. ■

»Kriegerin« – Darstellung rechter Frauen im Spielfilm

Von Johanna Sigl

Im Januar 2012 kam, begleitet von großem medialen Interesse, der Spielfilm »Kriegerin« in die Kinos. Der Film richtet als erster seines Genres die Perspektive auf Mädchen und (junge) Frauen in der extremen Rechten. Und dafür hat er sich den geeignetsten Zeitpunkt ausgesucht, denn selten war das öffentliche mediale Interesse an extrem rechten Frauen so groß wie seit der Selbstenttarnung von Beate Zschäpe.

Die seitdem in den Medien aufgeworfenen Fragen über die Aktivitäten von Zschäpe als Frau innerhalb einer rechtsradikalen Untergrundzelle offenbaren, dass das vorherrschende Bild noch immer geprägt ist von Unverständnis, Unwissen und vor allem von sexistischen Stereotypen, die Frauen ihren rechten politischen Handlungswillen absprechen. Der Film reproduziert diese Klischees nicht, dennoch werden andere herangezogen: So spielt die Handlung in einem fiktiven, trostlosen ostdeutschen Ort, in dem eine verrohte, gewalttätige rechtsradikale Clique marodierend durch die Straßen zieht und unbehelligt Angst und Schrecken verbreiten kann. Als Zuschauende steht man ihr machtlos gegenüber, erträgt die ästhetisierende Bildsprache nur schlecht und sucht antifaschistische Gegenkultur vergebens – ob des gezeigten Kräfteverhältnisses erscheint sie allerdings auch als nahezu sinnlos.

Der Clique gehören drei junge Frauen aus verschiedenen sozialen Milieus an, die alle an unterschiedlichen Punkten ihrer extrem rechten politischen Sozialisation stehen und damit differenzierte, durchaus realistische Bilder von Frauentypen innerhalb der rechten Szene repräsentieren. Und das ist eine Stärke des Films. Er fokussiert rechte Frauen und trägt damit dazu bei, dass diese als Akteurinnen innerhalb der rechten Szene präsenter werden.

Die jeweiligen Einstiegsverläufe greifen auf Forschungsergebnisse zurück (unter anderem Michaela Kötting vom »Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus«). Die Bedeutung der familiären Bindungsbeziehungen, die in allen Fällen von emotionaler Unsicherheit auf Seiten der Töchter geprägt ist, wird herausgestellt. Der Gang in die rechte Szene geht für die Protagonistinnen mit einem vermeintlichen Gewinn an Macht und Sicherheit einher. Und auch der fortwährenden Bedeutung der NS-Vergangenheit wird der Raum eingeräumt, der ihr in Einstiegsverläufen noch immer nachzuweisen ist.

Bleibt der Film zwar in dem Bild, welches er von Rechtsradikalismus als Szene zeichnet, in nahezu allen gängigen und manchen schon überholt scheinenden Klischees verhaftet, so entwirft er doch ein differenziertes Bild von Frauen innerhalb der rechten Szene.

Der Film bleibt jedoch trotz dieser begrüßenswerten, erstmals gezeigten Perspektive in seinem Wert für weitere Auseinandersetzungen lediglich auf diesen Teilkomplex beschränkt. Er reicht somit für eine fundierte Behandlung des Themas Rechtsradikalismus nicht aus, was allerdings auch nicht die Intention des Regisseurs war.

David Wnendt (Regie, Drehbuch): Kriegerin. Deutschland, 2011, 103 min., FSK 12.

Leerstellen der Wendezeit

Von Michael Barthel

Die »Wendezeit« ist in der Öffentlichkeit weitgehend positiv besetzt. Schlagworte wie »friedliche Revolution« oder »Wiedervereinigung« bestimmen die Debatten und sollen eine Wende hin zum Guten beschreiben. Alternative Perspektiven auf die damalige »neue Republik« zeichnen ein anderes Bild: Sie sind gekennzeichnet von der Welle rassistischer Gewalt Anfang der 1990er Jahre. Diese Sichtweise will der kürzlich erschienene Sammelband »Kaltland« aufzeigen. Er kann »Hoyerswerda« und »Rostock-Lichtenhagen« begreifbarer machen. Diese Pogrome bildeten nur den Höhepunkt der Angriffe auf Menschen, die nicht als »deutsch« galten, weil sie keinen entsprechenden Pass hatten oder einfach nicht passend aussahen. Aber auch andere marginalisierte Gruppen erfüllten nicht alle Anforderungen, die die Mehrheitsgesellschaft an sie stellte. Hierzu gehörten Homosexuelle, Behinderte, Punks und alternative Jugendliche. Ihre Perspektiven auf die Wendezeit werden bislang kaum wahrgenommen; es bestehen Leerstellen im kollektiven Gedächtnis. Verwunderlich ist das nicht, denn rechte Ressentiments passen nicht in die medial dominierende Erfolgserzählung von der »friedlichen Revolution«, die da geht: Montagsdemos, Schabowskis Zettel, Mauerfall, Wir-sind-ein-Volk, Wiedervereinigung, Deutschland!

Vor allem werden die Leerstellen deutlich, wenn man sich die umfangreiche Literatur dazu anschaut. Die HerausgeberInnen von »Kaltland« bemängeln entsprechend, dass sich zwar mit dem Wenderoman ein eigenes Genre etabliert hat, es jedoch darauf verzichtet, den Opfern eine Stimme zu geben oder den TäterInnen eine besondere Rolle zukommen zu lassen. Die 42 Texte des Bandes sollen diesen Missstand ändern. Beispielsweise beschreibt Angelika Ngyen in ihrem Beitrag »Mutter, wie weit ist Vietnam?« die Gefühle eines deutschen Kindes mit vietnamesischem Vater. »Während mein Vater in Hanoi stationiert war, kämpfte ich im befreundeten Bruderland an zwei Fronten: gegen die Kinder, die mich quälten, und gegen die Plakate, Parolen und Lieder, die ein Mitgefühl bezeugten, dem ich in meinem Alltag selten begegnet war«, schreibt sie über den Widerspruch von politischer Vietnamsolidarität und realem Rassismus in der DDR.

Die »Entdeckung«, wonach es in Deutschland tatsächlich gewalttätige Neonazis gibt, versetzt die Öffentlichkeit aktuell in besorgtes Staunen. Wirklich überrascht sein kann aber nur, wer sich den Aspekten der jüngsten deutschen Geschichte – so wie sie in Büchern wie »Kaltland« dargestellt werden – verweigert. Alle anderen staunen etwas weniger und begreifen ein bisschen mehr.

Karsten Krampitz, Markus Liske, Manja Präkels (Hg.): Kaltland. Eine Sammlung. Rotbuch: Berlin, 2011, 288 Seiten, 14,95 Euro.



DERRECHTERAND ist ein periodischer Informationsdienst von und für AntifaschistInnen.
Er erscheint alle zwei Monate und kommt im Abo nach Hause.
6 Ausgaben pro Jahr: 15,- Euro (Inland) 19,- Euro (Ausland) 25,-/50,- Euro (Soli)

Aboverwaltung DERRECHTERAND, Postfach 304180, 20324 Hamburg
Postgiro Hannover, BLZ 250 100 30, Konto 44 55 86 - 301

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift DERRECHTERAND bis auf Widerruf.
Ich habe
[ ] 15,- Euro (Inland) [ ] 19,- Euro (Ausland) [ ] 25,- Euro (Soli) [ ] 50,- Euro (Supersoli)
[ ] überwiesen [ ] als Scheck beigelegt.
Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann.

Name ....

Anschrift ....

....

Unterschrift ....

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich augehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

IMPRESSUM

Verlag Der Rechte Rand GbR,
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
Postanschrift und Aboverwaltung:
Der Rechte Rand, Postfach 304180,
20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Druck: Interdruck Berger und Herrmann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.